IMT Nuremberg Archives

H - 3450

International Court of Justice

H3450-0001

H3450-0002

1111

T

H3450-0003

3914-PS

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NÜRNBERG, GERMANY
USA Exhibit 863
Filed 27 May 1946

Lfd. Nr.	Datum	Schreiben Nr.	Abs. bezw. Empfänger	Eig. Zahl	Blatt Nr.
	Bestellung zum Reichsverteidigungskommissar				1
	Bildung des Reichsverteidigungsausschusses			Liste d. Personen	2
	Dienstanweisung für die Reichsverteidigungskommissare				3
	Erstattung d. Sachkosten d. Reichsverteidigungskommissare				4
	Reichsverteidigungssitzung		15. Juni 1940		5
		— " —	17. Sept. 1940		6
	Stülpnagel Verabschiedung				7
	Reichsverteidigungssitzung		26. November 1940		8
		— " —	5. April 1940		9
		— " —	14. Oktober 1940		10

A 09835

H3450-0004

3914-PS

Teilabschrift

Aus dem Reichsgesetzblatt Teil I Nr.158 vom 2.9.1939 (S.1565)

Verordnung
über die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren.
Vom 1.September 1939.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet mit Gesetzeskraft:

§ 1

(1) Zur einheitlichen Steuerung der zivilen Reichsverteidigung wird für jeden Wehrkreis ein Reichsverteidigungskommissar bestellt. Die Reichsverteidigungskommissare nehmen ihren Sitz am Sitz des Wehrkreiskommandos.

2.) Den Reichsverteidigungskommissaren werden Bedienstete unmittelbar nicht zugeteilt. Sie haben ihre Geschäfte ausschliesslich mit Hilfe des behördlichen Apparats folgender Dienststellen zu führen :

im Wehrkreis	I	des Oberpräsidiums	der Provinz Ostpreußen in Königsberg (Pr),
" "	II	" "	der Provinz Pommern in Stettin,
" "	III	" "	Mark Brandenburg in Berlin,
" "	IV	" Reichsstatthalters	in Sachsen-Landesregierung, Ministerium des Innern- in Dresden
" "	V	" Württembergischen	Innenministeriums in Stuttgart,
" "	VI	" Oberpräsidiums	der Provinz Westfalen in Münster,
" "	VII	" Bayerischen Staatsministeriums	d.Innern in München,
" "	VIII	" Oberpräsidiums	der Provinz Schlesien in Breslau,
" "	IX	" "	der Provinz Hessen-Nassau in Kassel
" "	X	der Behörde des Reichsstatthalters	(Staatsverwaltung) in Hamburg,
" "	XI	des Oberpräsidiums	der Provinz Hannover in Hannover,
" "	XII	der Regierung in	Wiesbaden,
" "	XIII	" " in	Ansbach,
" "	XVII	" Behörde des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich	(Staatl.Verwaltung des Reichsgaues Wien),
" "	XVIII	" Behörde des Landeshauptmanns in	Salzburg

./.

A 098830

3914-PS
3

H3450-0005

§ 2

(1) Den Reichsverteidigungskommisaren liegt die Steuerung der Verwaltung aller zivilen Verwaltungszweige im Bereich des Wehrkreises ob. Ausgenommen sind die Reichspost, die Reichsbahn sowie die Reichsfinanzverwaltung in bezug auf die Geldbewirtschaftung, die bei der Durchführung der Reichsabgabenordnung und des Steueranpassungsgesetzes sich ergebenden Angelegenheiten und der verstärkte Grenzaufsichtsdienst.

2.) Die Reichsverteidigungskommissare sind im Wehrkreise die Organe des Ministerrats für die Reichsverteidigung. Sie haben den Weisungen der Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und für die Wirtschaft sowie der obersten Reichsbehörden für deren Geschäftsbereich Folge zu leisten und unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern. Die obersten Reichsbehörden haben sich bei Durchführung grundsätzlicher Reichsverteidigungsmassnahmen der Kommissare zu bedienen und sie über die übrigen Reichsverteidigungsmassnahmen laufend zu unterrichten.

(3) Die Reichsverteidigungskommissare haben in engstem Einvernehmen mit den zuständigen Wehrmachtdienststellen im Wehrkreise die Massnahmen der zivilen Verteidigung mit den Belangen der Wehrmacht in Uebereinstimmung zu bringen. Im Rahmen der Befugnisse der obersten Reichsbehörden können sie nach Massgabe der ihnen von diesen erteilten Weisungen sämtlichen zivilen Behörden ihres Wirkungsbereichs, die nicht oberste Reichsbehörden oder oberste preussische Landesbehörden sind, Weisungen in allen Reichsverteidigungsangelegenheiten für den Bereich des Wehrkreises erteilen.

(4) Berichte an die obersten Reichs-und preußischen Landesbehörden über grundsätzliche Reichsverteidigungsangelegenheiten haben die zivilen Behörden durch die Hand der Reichsverteidigungskommissare zu leiten. Im übrigen sind die Reichsverteidigungskommissare über die sonstigen Reichsverteidigungsmassnahmen zu unterrichten. Die Wehrkreisbefehlshaber leiten Anregungen und Ersuchen allgemeiner Art an zivile Behörden im Wehrkreis durch die Hand der Reichsverteidigungskommissare.

§ 3

Der Reichsverteidigungskommissar wird durch den Leiter der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Behörde vertreten, sofern er nicht selbst der Leiter ist.

§ 4

Die im Operationsgebiet auf der Grundlage vollziehender Gewalt getroffene Organisationsregelung bleibt unberührt.

A 098837

./.

H3450-0006

3914-PS
4

§ 5

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung trifft im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und dem Oberkommando der Wehrmacht die zur Durchführung dieses Erlasses erforderlichen Einzelanordnungen.

Berlin, den 1.September 1939.

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung

Göring
Generalfeldmarschall

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung

Frick

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Lammers

A 098838

H3450-0007

~~1111~~ 3914-PS 5

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII. Wien, den 8.Sept.1939.

III F

Vertraulich!

Am 2.September 1939 hat mich der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung, Generalfeldmarschall Göring, zum Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis XVII ernannt. Meine Befugnisse und Aufgaben ergeben sich aus der einschlägigen Verordnung vom 1.9.1939.

Die Zusammenarbeit der Dienststellen der zivilen Verwaltung und die einheitliche Ausrichtung der gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung im Wehrkreis XVII möchte ich zunächst durch folgende Maßnahmen sicherstellen:

1.) Die laufenden Aufgaben werden in regelmäßigen wöchentlichen Aussprachen besprochen. Zu diesen Aussprachen sind die Gauleiter von Niederdonau und Oberdonau mit ihren Regierungspräsidenten, Bürgermeister Dr.Neubacher sowie die Leiter des Haupternährungsamtes und des Hauptwirtschaftsamtes Wien, der stellvertretende Gauleiter von Wien, der Reichstreuhänder der Arbeit, der Präsident der Reichsbahndirektion Wien, der Präsident des Landesarbeitsamtes sowie der Leiter meines Bezirkswirtschaftsamtes und meines Landesernährungsamtes mit ihren Stellvertretern gebeten. Nach Bedarf werden weitere Behördenleiter und Beamte zugezogen. In diesen Aussprachen sollen alle wichtigen kriegswirtschaftlichen und die Reichsverteidigung betreffenden verwaltungsmäßigen Maßnahmen sowie alle Schwierigkeiten und Mißstände, die sich in der Organisation und der Aufgabenerfüllung ergeben,

A 198899

eingehend erörtert werden, ebenso sollen die berechtigten Wünsche der Bevölkerung zur Geltung gebracht werden. Das Ergebnis dieser Besprechungen und die vorgebrachten Anregungen wird in meinen Entscheidungen und Anordnungen berücksichtigt werden.

2.) Alle Anträge und Anregungen, die in Sachen der Kriegswirtschaft oder der Reichsverteidigung seitens einer Dienststelle der staatlichen, gemeindlichen oder Wirtschaftsverwaltung zu den vom Reich angeordneten Maßnahmen und Bestimmungen an eine zentrale Reichsstelle gerichtet werden und die eine Abänderung oder irgendwie eine anderweitige Regelung betreffen, gehen durch mich. Einschlägige Berichte und Schreiben an oberste Reichsstellen sind über meine Dienststelle zu leiten. Die unter 1.) vorgesehenen Besprechungen werden dazu dienen, die verschiedenen Anregungen zu klären, und zu vermeiden, daß Anträge aus dem gleichen Wehrkreis verschieden lauten oder in unvollkommener Form gestellt werden.

3.) Mein Beauftragter in Berlin ist angewiesen, mit besonderer Sorgfalt kriegswirtschaftliche Fragen bei den Reichszentralstellen zu klären und die berechtigten Wünsche unserer Landschaft, insbesondere auch der einzelnen wirtschaftlichen Betriebe zu vertreten. Der Beauftragte steht auch den Gauleitern von Niederdonau und Oberdonau zur Verfügung. Im übrigen geht der Verkehr mit meinem Beauftragten in Berlin über meine Dienststelle.

4.) Die kriegswirtschaftliche Umstellung sowie notwendig werdende Betriebseinschränkungen werden bei manchen Betrieben zu erheblichen Einschränkungen führen. Zur leichteren Überwindung von Schwierigkeiten steht bei meiner Dienststelle in Wien die

T 09880

H3450-0008

H3450-0009

3914-PS
7

Rationalisierungsstelle, die mit gleicher Arbeitsintensität ihre Tätigkeit fortführt, zur Verfügung.

5.) Wegen des Dienstweges bestimme ich weiter:

a) Der Verkehr der Wirtschaftsämter, Ernährungsämter sowie des Hauptwirtschaftsamtes und des Haupternährungsamtes Wien mit den zentralen Reichsstellen geht über das Bezirkswirtschaftsamt bezw. Landesernährungsamt.

b) Der Verkehr des Bezirkswirtschaftsamtes mit den Wirtschaftsämtern geht über die Landeshauptmänner. Soweit die Dringlichkeit den unmittelbaren Verkehr erfordert, sind die Landeshauptmänner von dem Schriftwechsel zu benachrichtigen.

Das Gleiche gilt für das Landesernährungsamt mit der Maßgabe, daß die Abteilung B auch bei den Landeshauptmännern in Oberdonau und Niederdonau errichtet ist.

c) Der Verkehr des Bezirkswirtschaftsamtes und des Landesernährungsamtes mit den zentralen Reichsstellen geht in allen Fragen von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung sowie in allen Angelegenheiten, die eine Änderung bestehender Regelungen betreffen, über die staatliche Verwaltung des Reichsgaues Wien.

6.) Meine Behörde als Reichsverteidigungskommissar ist die staatliche Verwaltung des Reichsgaues Wien, Wien I, Parlamentsgebäude. Im Verhinderungsfall vertritt mich mein Vertreter in der staatlichen Verwaltung des Reichsgaues Wien, Regierungspräsident Barth.

gez.: B ü r c k e l
begl.

098841

H3450-0010

3914-PS
8

An

die Herren Landeshauptmänner von Oberdonau und Niederdonau, Wien,

die Abwicklungsstellen der Österreichischen Landesregierung, Wien

Herrn Bürgermeister Dr.Ing. Neubacher und die komm.Beigeordneten und Leiter der unmittelbar unterstellten Ämter bei der Gemeindeverwaltung Wien,

den stellvertretenden Gauleiter Parteigenossen Scharizer, Wien,

den Reichstreuhänder der Arbeit, Gauleiter Proksch, Wien,

die Zweigstelle Wien des Reichsarbeitsministeriums für Arbeitseinsatz und Arbeitsvermittlung, z.Hd.von Herrn Präsident Gärtner, Wien,

die Herren Oberfinanzpräsidenten Wien, Niederdonau, und Oberdonau,

die Herren Oberlandesgerichtspräsidenten Wien und Linz,

die Regierungsforstämter Wien und Salzburg,

die Reichspropagandaämter Wien und Linz,

die Wirtschaftskammern in Wien und Linz,

die Industrie- und Handelskammern in Wien, St.Pölten und Linz,

die Handwerkskammern in Wien, St.Pölten und Linz,

die staatliche Verwaltung des Reichsgaues Wien, Bezirkswirtschaftsamt,

die staatliche Verwaltung des Reichsgaues Wien, Landesernährungsamt,

die staatliche Verwaltung des Reichsgaues Wien, Holz- und Forstwirtschaftsamt,

den Herrn Bevollmächtigten für den Nahverkehr bei der staatlichen Verwaltung des Reichsgaues Wien,

das Hauptwirtschaftsamt Wien,

das Haupternährungsamt Wien,

den Herrn Polizeipräsidenten Wien,

zur Kenntnis und Beachtung.

Die Landeshauptmänner ersuche ich um Verständigung und Anweisung der Landräte und Oberbürgermeister (Wirtschafts- und Ernährungsämter), Herrn Bürgermeister Dr.Neubacher um Verständigung der Bezirkshauptmannschaften, das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit - Aufgabenkreis Arbeit - bitte ich endlich um Verständigung und Anweisung der Sozialversicherungsträger.

0988

H3450-0011

3914-PS
9

Nachrichtlich an
den Herrn kommandierenden General im Wehrkreis XVII, Wien,
den Herrn kommandierenden General des Luftgaukdo.XVII, Wien,
die Wehrwirtschaftsinspektion, Wien,
die Wehrersatzinspektion, Wien.

Ich bitte, Anregungen auf dem Gebiete der Reichsverteidigung an mich bezw. meinen Vertreter zu richten, und Ersuchen aller Art gegenüber den Dienststellen der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung durch meine Hand zu leiten.

den Herrn Präsidenten der Reichsbahndirektion, Wien.

In Abdruck an
die Abteilungen I und II der staatlichen Verwaltung des Reichsgaues Wien,
den Stadtschulrat, Wien
den Berufsschulrat, Wien,
die Wehrwirtschaftliche Abteilung, Wien,
die Hauptvermessungsabteilung XIV, Wien,
das Statistische Amt, Wien,
die Referate der Dienststelle Staat und Wirtschaft, im Hause

zur gefl.Kenntnisnahme.

198812

H3450-0012

3914-PS 2870

Eingelangt am 11.10. 1939
I Ro 3.070/39 Blg. 2

Der Generalbevollmächtigte
für die Reichsverwaltung

Berlin, den 7. Oktober 1939.

Nr. GBV. 499/39
2135

An
die Reichsverteidigungskommissare.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung hat den anliegenden Erlaß über die Bildung von Verteidigungsausschüssen und über die Einsetzung von Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare beschlossen. Der Erlaß ist auch im Reichsgesetzblatt verkündet. Ich bemerke dazu folgendes:

1. Der Zweck, den die Verteidigungsausschüsse erfüllen sollen, ist in dem Erlaß selbst festgelegt. Der Verteidigungsausschuß soll dem Reichsverteidigungskommissar seine Aufgabe, die erforderliche Einheitlichkeit der zivilen Reichsverteidigungsmaßnahmen innerhalb des Wehrkreises herzustellen, erleichtern, indem er ihm die Möglichkeit zur gleichzeitigen persönlichen Fühlungnahme mit allen Beteiligten eröffnet. Um diesem Zweck gerecht zu werden, wird darauf hinzuwirken sein, daß die Mitglieder des Verteidigungsausschusses an den Besprechungen möglichst persönlich teilnehmen. Lediglich in den Fällen, in denen von dem staatlichen Verwaltungsbezirk (Provinz, Land) nur ein Kreis oder einige wenige Kreise durch die Wehrkreisgrenzen abgeschnitten werden, wird es genügen, wenn sich der für die abgeschnittenen Kreise zuständige Oberpräsident oder Gauleiter bei den Sitzungen vertreten läßt. Eine Liste der Persönlichkeiten, die kraft Amtes Mitglieder des Verteidigungsausschusses sind, ist beigefügt. Ich bitte, die betreffenden Persönlichkeiten von ihrer Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuß zu unterrichten.

Außerdem ersuche ich um möglichst umgehende Übermittlung von Vorschlägen für die Berufung weiterer Mitglieder in den Ausschuß. Dabei bitte ich aber davon auszugehen, daß jeweils nur

H3450-0013

39-1-95
II

nur die Berufung einiger weniger Mitglieder in Betracht kommen kann. Ich bitte, die einzelnen Vorschläge zu begründen.

Die Behörden, mit deren Hilfe die Beauftragten ihre Geschäfte zu führen haben (Ziffer III des Erlasses) werde ich gesondert mitteilen.

2. Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung hat folgende Beauftragte und zwar jeweils für den Bereich ihres Parteigaues, soweit dieser innerhalb des Wehrkreises liegt und nicht Operationsgebiet ist, ernannt:

Im Wehrkreis II: Reichsstatthalter Gauleiter Hildebrandt f.d.Gau Mecklenburg
" " III: Stellvertretender Gauleiter Görlitzer f.d.Gau Berlin
" " IV: Gauleiter Eggeling f.d.Gau Halle/Merseburg
" " VI: Gauleiter Grohé f.d.Gau Köln-Aachen
" Florian f.d.Gaue Düsseldorf und Essen
Reichsstatthalter Gauleiter Dr.Meyer f.d.Gau Westfalen/Nord
" " X: Oberpräsident Gauleiter Lohse f.d.Gau Schleswig-Holstein
Reichsstatthalter Gauleiter Röver f.d.Gau Weser/Ems
" " XII: Gauleiter Simon f.d.Gau Koblenz/Trier
" " XVII: Landeshauptmann Gauleiter Eigruber f.d.Gau Oberdonau
" " Jury f.d.Gau Niederdonau
" " XVIII: " " Hofer f.d.Gau Tirol/Vorarlberg
" " Uiberreither f.d.Gau Steiermark
Stellvertretender Gauleiter Kutschera f.d.Gau Kärnten.

Ausdrücklich weise ich darauf hin, daß die Gesamtverantwortung für die einheitliche Steuerung der gesamten zivilen Reichsverteidigungsmaßnahmen innerhalb des Wehrkreises bei den Reichsverteidigungskommissaren verbleibt und durch die Einsetzung von Beauftragten nicht berührt wird.

3. Schließlich teile ich noch mit, daß den Reichsverteidigungskommissaren demnächst eine Dienstanweisung zugehen wird, deren Aufgabe es sein soll, sicherzustellen, daß von den Reichsverteidigungskommissaren bei der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte einheitlich verfahren wird.

Frick

A 09815

H3450-0014

3914-PS
12

W e h r k r e i s XVII.

Reichsverteidigungskommissar: Reichskommissar Gauleiter Bürckel.

Verteidigungsausschuß:

Mitglieder kraft Amtes:

Landeshauptmann Gauleiter Eigruber,
Landeshauptmann Gauleiter Jury,
Höherer SS und Polizeiführer SS-Brigadeführer Kaltenbrunner,
Regierungspräsident in Wien Barth,
Regierungspräsident in Niederdonau Dr.Gruber,
Regierungspräsident in Oberdonau Dr.von Helms,
Leiter der Zweigstelle Ostmark des Reichsarbeitsministers für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe Präsident Gärtner,
Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Ostmark Proksch.

A 098910

H3450-0015

3914-PS
13

Anordnung

des Ministerrates für die Reichsverteidigung zur Durchführung der Verordnung über die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren

Vom 22. September 1939.

(RGBl. I. S. 1937)

I

(1) In dem Bereich eines jeden Reichsverteidigungskommissars wird ein Verteidigungsausschuß gebildet. Der Verteidigungsausschuß hat die Aufgabe, den Reichsverteidigungskommissar zu beraten und ihn bei der einheitlichen Steuerung der zivilen Reichsverteidigung im Wehrkreis zu unterstützen.

(2) Dem Verteidigungsausschuß gehören an:

a) kraft Amtes: die Reichsstatthalter (in der Ostmark die Landeshauptmänner), die Gauleiter, die Oberpräsidenten, die Ministerpräsidenten und Minister der Länder, die höheren SS- und Polizeiführer, die Regierungspräsidenten, die Landesarbeitsamtspräsidenten und die Reichstreuhänder der Arbeit, deren Bezirke ganz oder teilweise im Wehrkreis liegen.

b) kraft Berufung: deutsche Männer, die der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung beruft.

Der Reichsverteidigungskommissar kann auch andere Persönlichkeiten zu den Beratungen zuziehen.

(3) Der Verteidigungsausschuß wird durch den Reichsverteidigungskommissar einberufen und tritt unter seinem Vorsitz zusammen.

II

(1) Der Reichsverteidigungskommissar trägt die Verantwortung für die einheitliche Steuerung der zivilen Reichsverteidigung innerhalb seines Bereichs.

(2) Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsver-

teidigung

098817

3914-PS
14

H3450-0016

teidigung kann auf gemeinsamen Vorschlag des Stellvertreters des Führers und des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung für bestimmte Gebiete des Wehrkreises Beauftragte bestellen, die die Befugnisse des Reichsverteidigungskommissars nach dessen Weisungen auszuüben haben.

(3) Die Beauftragten sind den Reichsverteidigungskommissaren nachgeordnete Organe des Ministerrats für die Reichsverteidigung und haben den Weisungen des Vorsitzenden des Ministerrates für die Reichsverteidigung, des Stellvertreters des Führers, der Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und für die Wirtschaft und der Obersten Reichsbehörden für deren Geschäftsbereich Folge zu leisten.

(4) Die Beauftragten üben die ihnen übertragenen Befugnisse des Reichsverteidigungskommissars nur persönlich aus. Eine Übertragung auf andere Personen oder Dienststellen ist ausgeschlossen.

III

Weder die Bestellung der Reichsverteidigungskommissare noch der Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare darf zur Errichtung neuer Dienststellen führen. Den Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare werden daher ebenso wenig wie den Reichsverteidigungskommissaren Bedienstete unmittelbar zugeteilt. Die Beauftragten haben ihre Geschäfte ausschließlich mit Hilfe des behördlichen Apparates der Dienststellen zu führen, die der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung bestimmt.

IV

Ein unmittelbarer Geschäftsverkehr zwischen den Obersten Reichsbehörden und den Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare findet grundsätzlich nicht statt. Der Geschäftsverkehr erfolgt über den zuständigen Reichsverteidigungskommissar.

V

098918

H3450-0017

3914-PS
15

V

Die im Operationsgebiet auf der Grundlage vollziehender Gewalt getroffene Organisationsregelung wird durch die Bestellung von Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare nicht berührt.

Berlin, den 22. September 1939

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung
gez.Göring
Generalfeldmarschall.

gez.R.Hess, Der Stellvertreter des Führers.

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung
gez.Frick

Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft
gez.Walther Funk

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez.Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez.Dr.Lammers.

A 098819

3914-PS
16 F

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung

GBV Nr. 804 V/39 / 2135

Berlin, den 8. Dezember 1939
NW 40, Königsplatz 6

Schreiben sind zu richten:
An den
Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung
z. Hd. Herrn Staatssekretär Dr. Stuckart
Berlin NW40, Königsplatz 6

13. Dez. 1939

B

Eingelangt am 13. XII. 1939
I Ra 3.295/39 Dig.
1010 B

An
den Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII

Auf den Erlaß vom 7. Oktober 1939 - GBV 499/39 / 2135 - ist mir ein Vorschlag für die Berufung von Mitgliedern in den Verteidigungsausschuß des Wehrkreises bisher nicht zugegangen. Ich halte es für geboten, in jeden Verteidigungsausschuß einen leitenden Kommunalbeamten (Oberbürgermeister) zu berufen und bitte, dies bei der Aufstellung Ihres Vorschlages, dessen umgehender Übersendung ich nunmehr entgegensehe, zu berücksichtigen.

gez. Dr. Frick

Ministerium des Innern

Dirigent
[signature]

Wien, den 13.12.1939

Den oben angeführten Erlass vom 7.10.1939 - GBV 499/39 / 2135 habe ich am 13.10.1939 unter I Ra 3079 vorgelegt.

[signature], RRt.

H3450-0018

H3450-0019

3914-PS
17

15.Dezember 1939

An den
Generalbevollmächtigten für
die Reichsverwaltung
B e r l i n NW 40
Königsplatz 6

Zum Erlaß vom 7.10.1939 - GBV 499/39 / 2135 - und
vom 8.12.1939 - GBV 804 V/39 / 2135 .

Die in Ihren Erlassen vorgesehenen Besprechungen des Reichsverteidigungsausschusses finden bei mir für den Wehrkreis XVII bereits seit Kriegsbeginn in Abständen von 1 bis 2 Wochen statt. Zu den Besprechungen werden regelmäßig die in Ihrem Erlaß von 7.Oktober ds.Js. genannten Personen sowie der Bürgermeister von Wien und, im Hinblick auf die große Wichtigkeit der Verkehrsfragen in der Ostmark, der Reichsbahnpräsident von Wien geladen. Das Generalkommando läßt sich durch den Rüstungsinspekteur vertreten. Ferner nehmen in der Regel an den Sitzungen die Leiter des Bezirkswirtschaftsamtes, des Landesernährungsamtes und des Holzwirtschaftsamtes sowie die sonstigen Mitglieder des Führungsstabes Wirtschaft, der Bevollmächtigte für den Nahverkehr und die Reichskommissare bei den Handelskammern Oberdonau, Niederdonau und Wien teil.

Soweit zur Erörterung besonders vertraulicher Angelegen-

09884

3914-PS
18

H3450-0020

heiten ein besonderes Bedürfnis besteht, habe ich mir vorbehalten, mit den in Ihrem Erlaß vom 7.10.1939 bezeichneten Personen besondere Besprechungen abzuhalten. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit dem Generalkommando durch Einzelbesprechungen sichergestellt.

Die von mir getroffene Regelung hat sich im Wehrkreis XVII hervorragend bewährt. Es ist eine wirklich vorbildliche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen erreicht, und ich möchte Sie bitten, an dieser Regelung, die sich durchaus im Rahmen Ihrer beiden Erlasse und der für die Reichsverteidigungskommissare erlassenen Dienstanweisung hält, nichts zu ändern.. Die formelle Berufung der an den Besprechungen teilnehmenden Personen zu Mitgliedern des Reichsverteidigungsausschusses erübrigt sich.

Heil Hitler!

gez. Brückel

098

H3450-0021

3914-PS
19

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung

Berlin, den 1.März 1940.
NW 40, Königsplatz 6

GBV Nr. 301/40
2107

Schreiben sind zu richten:
An den
Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung
z. Hd. Herrn Staatssekretär Dr. Stuckart
Berlin NW40, Königsplatz 6

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII
Eingel. am 6. März 1940
RDR – 61/40 Blg. 9
1010 B

An

den Herrn Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII

W i e n
Parlamentsgebäude.

Betrifft: Verteidigungsausschüsse.
Auf das Schreiben vom 15.Dezember 1939.

Im Parlament b. Hrn. Mayer vermutlich vorzulegen.

Die zur Zeit in Vorbereitung befindliche Berufung weiterer Mitglieder neben den Mitgliedern kraft Gesetzes in die Verteidigungsausschüsse geht auf die Bestimmung in Ziff.I Abs.2 b der Anordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung zur Durchführung der Verordnung über die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren vom 22.September 1939 -RGBl.I S.1937- zurück. Da solche Berufungen nicht zwingend vorgeschrieben sind, andererseits nach derselben Bestimmung die Möglichkeit besteht, auch Persönlichkeiten, die nicht Mitglieder sind, zu den Beratungen hinzuzuziehen, bestehen grundsätzlich keine Bedenken Ihrem Wunsche zu entsprechen. Ich würde es aber doch für zweckmäßig halten, daß ebenso wie das für alle anderen Wehrkreise geschieht, auch in den Verteidigungsausschuß des Wehrkreises XVII ein leitender Kommunalbeamter berufen wird. Ich werde daher, falls mir eine andere Mitteilung nicht zugeht, den Bürgermeister von Wien auf die Ernennungsliste setzen.

Im Auftrag
gez. Dr. Globke.

Reichsministerium des Innern

+ Zdl.

Beglaubigt
Zerendy
Kanzleiangestellter.

3914-PS
20

H3450-0022

- 15/III. -

f. Rep. Rat v. Fischer

nach Rückkehr vorzulegen.

v. Fischer

098853

3914-PS
21

F

Der Generalbevollmächtigte
für die Reichsverwaltung
GBV 57/40 g
2107

Berlin, den 4. März 1940
Am Königsplatz 6

Geheim

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII
Eingel. am 9. März 1940
RDR - 67/40 g Blg. 8
1010 B

An

die Reichsverteidigungskommissare

Betrifft: Vorträge und Referate in den Reichsverteidigungsausschüssen.

Von den Vorträgen und Referaten, die vor den Reichsverteidigungsausschüssen gehalten werden, bitte ich, mir in Zukunft jeweils einen Abdruck zu übersenden, damit ich die darin enthaltenen Anregungen bei den Zentralbehörden verwerten kann.

Im Auftrag

Hobke

f. Reg. präsidenten vorgetragen.
Soll von Fall zu Fall berücksichtigt werden.

Zdk

[illegible] 11/3.

A 098854

H3450-0023

H3450-0024

3914-PS
22

Der Reichskommissar
für die Wiedervereinigung
Österreichs mit dem Deutschen Reich
Staatliche Verwaltung
des Reichsgaues Wien

Wien, am 8.März 1940

abgef. 8.III.
[illegible]

RVK 61/40

Betrifft: Verteidigungsausschüsse.

An den

Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs
mit dem Deutschen Reich

z.Hd.v.Herrn Regierungsinspektor M a y e r

P a r l a m e n t

Nach fernmündlicher Rücksprache bitte ich um Anschluss des Vorganges vom 15.Dezember 1939.

Heil Hitler !

[illegible]

Stadtinspektor.

Beilage:
Schreiben d.Gen.Bev.f.d.
Reichsverwaltung v.1.III.40,
- GBV Nr. 301/40 -
2107

U mit 1, Sch. vom 15.12.1939
2, Erl. d. GBV. v. 7.10.39
3, Erl. d. GBV. v. 8.12.39

an Insp. [illegible]

zurückgeleitet. Ich bitte um möglichst umgehende Rückgabe der Verhandlungen.

Heil Hitler!
Mayer.

A 098855

H3450-0025

3914-PS
23 F

25. April 1940

Der Generalbevollmächtigte
für die Reichsverwaltung
- Der Stabsleiter -
GBV 478/40
2107

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII
Eingel. am 3. Mai 1940
IaRD-R 725/40 Blg. 0
1010 B

An

die Reichsverteidigungskommissare

Betrifft: Verteidigungsausschüsse.

Die Berufung von weiteren Mitgliedern in die Verteidigungsausschüsse gemäß Anordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung zur Durchführung der Verordnung über die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren vom 22. September 1939 - RGBl. I Nr. 190, S. 1937, Ziffer I 2 b ist aus organisatorischen Gründen zurückgestellt worden. Es bestehen keine Bedenken, daß die Verteidigungsausschüsse in der Form tagen, die sie kraft Gesetzes haben. Die zur Berufung vorgeschlagenen Persönlichkeiten können gemäß I Abs. 2 der obengenannten Verordnung zu den Beratungen hinzugezogen werden.

v. Stuckart.

+ Durch die bisherige praktische Handhabung überholt
Ida. [illegible] R 4/5.

3414-PS 1111
24

Der Überleitungskommissar
für die Landesarbeitsämter in der Ostmark

~~Zweigstelle Ostmark~~
~~des Reichsarbeitsministers~~
~~für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe~~

Geschäftszeichen: I 1 / 2044 / 38

Wien 1, am 30. Mai 1940
Hohenstaufengasse 2
Postamt 8, Schließfach 27
Fernruf: U-27-5-30 Serie
Bankkonto: Reichsbankhauptstelle Wien
Postsparkassenkonto: Wien 232.026

An den
Reichsverteidigungskommissar für
den Wehrkreis XVII,
W i e n , I.

Die Zweigstelle Ostmark des Reichsarbeitsministers für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe ist mit dem 1.April 1940 aufgelöst worden. An ihre Stelle sind in der Ostmark 4 Landesarbeitsämter getreten, die ihren Dienstbetrieb voll am 1.6.1940 aufnehmen. Für die Zeit vom 1.4.- 31.5.1940 habe ich als Überleitungskommissar für die Landesarbeitsämter in der Ostmark die Übergabe der Dienstgeschäfte der früheren Zweigstelle auf die Landesarbeitsämter vorgenommen. Diese Tätigkeit geht mit dem 31.5.1940 zu Ende. Damit kommt auch meine Mitgliedsschaft im Verteidigungsausschuss in Fortfall.

Die Leitung des Landesarbeitsamtes Wien-Niederdonau und gleichzeitig die Geschäfte des Reichstreuhänders für dieses Wirtschaftsgebiet ist dem bisherigen Reichstreuhänder für das Wirtschaftsgebiet Ostmark, Herrn Gauleiter Proksch übertragen. Die gleiche Stellung im Landesarbeitsamt Oberdonau bezw. als Reichstreuhänder für Oberdonau hat Herr Reichstreuhänder Böhm in Linz.

Ich bitte diese beiden Herren in den Reichsverteidigungsausschuss zu berufen. Die Anschrift der Herren sind: Wien, I., Schubertring 6/11,
Linz, Pöstlingbergstrasse 30.

1.)

Wfg. v. 28.6.40.
Min. Rat v. Krosigk ersucht um
1.) Berufung in den Verteidigungsausschuß
2.) Liste zurück.

Bereits in die Liste der RV. Kan. II eingetragen

H3450-0026

H3450-0027

3914-PS
25

Wehrkreiskommando XVII
(stellv.Gen.Kdo.XVII)
Abt.Ic, Az.: 1 k 35

Wien, den 12.Juni 1940

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII

Bezug: OKW Az. 1 k 35 AHA/Ag/E (Vb) vom 5.4.40 Eingel.am 18. Juni 1940

U

IaRD-6 198/40 Blg. 2

An

DER REICHSSTATTHALTER IN WIEN
ZENTRALBÜRO
Eingang: 17. VI. 1940
STV. Ia GV. —
RV

den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis XVII,

W i e n I.,
Parlament,

gemäss Bezugsverfügung zur weiteren Veranlassung übersandt.
Abgabenachricht ist erteilt.

Für das Wehrkreiskommando
Der Chef des Generalstabes
I.A.

Oberstleutnant.

PS 098858

3914-PS
26

Für Herrn Ministerialrat H a b e r m a n n .

Die Adjutantur des Generals H i r s c h a u e r lässt mitteilen, dass darum gebeten wird das Luftgaukommando XVII auch zu den Reichsverteidigungsratssitzungen einzuladen.

Wien, den 27.September 1940

H. Müller

(H.Müller)
Obergebietsführer

RL

Was ist und wer gedacht?

R

A. 093059

H3450-0028

H3450-0029

3914-PS
27

NSKK

Motorobergruppe Süd-Ost

Wien 3/40, 27.9.1940.
Rudolf von Alt-Platz 1
Fernruf U 13-4-86

Der Gauleiter in Wien
Adjutantur
Eing.: 28 SEP. 1940

Briefb. Nr.: 2116/40
Betr.: Mot.Transport
Bezug: ---
Beilagen: ---

An den Herrn

Reichsstatthalter von Wien
Reichsleiter Baldur von SCHIRACH

W i e n I.

Auf Anordnung des Reichsmarschalls Göring vom 5. Februar 1940 ist der Korpsführer zum Beauftragten für den motorisierten Transport für die Kriegswirtschaft ernannt worden.

Er ist zu den Sitzungen des Reichsverteidigungsrates zu laden, soweit Fragen des Transportwesens behandelt werden.

Da solche Fragen sicherlich auch bei dem Reichsverteidigungsausschuss im Reichsgau Wien auftreten, wäre ich dankbar, wenn die Motorgruppe Niederdonau, wie in den anderen Reichsgauen, zu den Sitzungen geladen würde, soweit dort Transportfragen zur Sprache kommen.

Als Vertreter benenne ich den Verbindungsführer zum Bevollmächtigten für den Nahverkehr im Wehrkreis XVII, Brigadeführer und Stabsführer B ö h r e r, Wien III/40, Metternichgasse 4.

Heil Hitler!

DER FÜHRER DER MOTOROBERGRUPPE SÜDOST

Seydel.
Obergruppenführer.

Herrn Habermann; Obergruf. Seydel mitteilen dass ich seiner Bitte entsprechen werde. 1/10.

A 698869

H3450-0030

3914-PS
28

Der persönliche Referent.

9. Oktober 1940.

ABGEFERTIGT
Willscher
10. OKT. 1940

1.) An den
Herrn Obergruppenführer S e y d e l

in W I E N, III/40, Rudolf v.Altplatz 1.

Betr.: Mot.Transport
Ihr Schreiben Nr.2116/40 vom 27.9.1940.

Sehr geehrter Herr Obergruppenführer !

Der Herr Reichsleiter und Reichsstatthalter in Wien hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass er Ihrem Ersuchen entsprechen und Sie künftighin zu den Sitzungen des Reichsverteidigungsausschusses einladen wird.

Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass grundsätzlich die Leiter der beteiligten Aemter und Behörden selbst an den Sitzungen des Reichsverteidigungsausschusses teilnehmen. Im einzelnen Falle Ihrer Verhinderung ist es wohl auch möglich, dass der von Ihnen genannte Vertreter Brigadeführer B ö h r e r über Ihren Auftrag bei den Sitzungen erscheint.

A 098861

Heil Hitler !

(Ministerialrat Hibermann)

2.) Herrn Reg.-Präs. Dr. Dellbrügge

3.) Herrn Reg.-Rat Dr. Fischer

2-3 zur Kenntnis

~~4.) Frau Willscher z. Danksagung~~

5.) z.d.A. 9.10

H3450-0031

3914-PS
29

Wien, am 28. September 1940.

Herrn Reichsleiter vorzulegen.

Wie Ministerialrat Habermann mitgeteilt hat, ist vom Herrn Reichsleiter der Wunsch geäußert worden, die Teilnehmerzahl des Reichsverteidigungsausschusses zu verringern.

Auf jeden Fall müssen am Verteidigungsausschuß teilnehmen (DVO. zur VO. über die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren vom 22.9.39, RGBl. I S. 1937):

1) Die Mitglieder kraft Amtes:

Reichsstatthalter Dr. J u r y

Reichsstatthalter E i g r u b e r

Regierungspräsident in Wien Dr. D e l l b r ü g g e

Regierungpräsident in Niederdonau Dr. G r u b e r

Regierungspräsident in Oberdonau Dr. von H e l m s

Höhere SS und Polizeiführer, SS Gruppenführer Dr. K a l t e n b r u n n e r

Landesarbeitsamtpräsident und Reichstreuhänder der Arbeit P r o k s c h .

2) das Mitglied kraft Berufung durch den Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung:

Bürgermeister in Wien (Regierungspräsident J u n g).

Es können nur gestrichen werden

3) Mitglieder, die vom Reichsverteidigungskommissar zugezogen werden.

Ich schlage vor, folgende Personen als Mitglieder des Verteidigungsausschusses zuzuziehen:

General von S t ü l p n a g e l,

Generalmajor G a u t i e r, Rüstungsinspekteur,

Direktor A n s e l m, Beauftragter des Reichsmunitionsministers Dr. TODT,

Ministerialrat Dr. F ö r s t e r, Führungsstab Wirtschaft, Landes-

098862

H3450-0032

3914-PS
30

Landesbauernführer R e i n t h a l l e r oder Gauamtsleiter Mayerzedt, Landesernährungsamt Donauland, Abteilung A,

Ministerialrat H a b e r m a n n, Landesernährungsamt Donauland, Abteilung B ,
(mit Dr.G l a s e r, als Protokollführer)

Reichsbahnpräsident T ö p f e r ,

Ministerialrat Dr.C a e s m a n n, Nahverkehrsbevollmächtigter,

Ministerialrat D a n n e r, Sonderbeauftragter für die Kohlenbe - wirtschaftung,

Regierungsrat Dr.F i s c h e r , RV - Referent.

Es ergibt sich also die aus der Anlage 1 ersichtliche Teilnehmerliste gegenüber der bisherigen (Anlage 2), in der ich die gestrichenen Personen angekreuzt habe.

Dem Wunsche, die Besprechungen in noch kleinerem Kreise abzuhalten, kann dadurch Rechnung getragen werden, daß ein Arbeitsausschuß für Wirtschafts-und Ernährungsfragen gebildet wird, der je nach Bedarf vor der Sitzung des Verteidigungsausschusses zusammentritt. An diesem Ausschuß könnten teilnehmen:

der Reichsleiter als Vorsitzender,

Regierungspräsident Dr.D e l l b r ü g g e ,

Ministerialrat Dr.F ö r s t e r (Führungsstab Wirtschaft)

Landesbauernführer R e i n t h a l l e r oder sein Vertreter (Landesernährungsamt Donauland - Abteilung A -)

Ministerialrat H a b e r m a n n (Landesernährungsamt Donauland - Abteilung B -)

Generalmajor,Rüstungsinspekteur G a u t i e r ,

und von Fall zu Fall einer oder der andere der übrigen Mitglieder.

T-098863

H3450-0033

3914-PS
31

Anlage 1

Teilnehmerliste des Reichsverteidigungsausschusses.

1.) Reichsleiter als Reichsverteidigungskommissar,

2.) Regierungspräsident in Wien Dr. D e l l b r ü g g e ,

3.) Bürgermeister in Wien (Regierungspräsident J u n g),

4.) Reichsstatthalter Dr. J u r y ,

5.) Reichsstatthalter E i g r u b e r ,

6.) Regierungspräsident Dr. G r u b e r ,

~~7.) Regierungspräsident Dr. von H e l m s ,~~

8.) SS-Gruppenführer Dr.K a l t e n b r u n n e r ,

9.) Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h ,

10.) General ~~von S t ü l p n a g e l~~, Streccius

11.) Generalmajor G a u t i e r , Rüstungsinspekteur,

12.) Direktor A n s e l m, Beauftragter des Reichsmunistionsministers Dr.TODT,

13.) Ministerialrat Dr.F ö r s t e r , Führungsstab Wirtschaft,

14.) Landesbauernführer R e i n t h a l l e r oder Gauamtsleiter Mayerzedt, Landesernährungsamt - Abteilung A -

15.) Ministerialrat H a b e r m a n n ~~mit~~

~~16.) Dr.G l a s e r als Protokollführer, Landesernährungsamt-Abt.B-,~~

16.) Reichsbahnpräsident T ö p f e r ,

17.) Ministerialrat Dr.C a e s m a n n , Nahverkehrsbevollmächtigter,

18.) Ministerialrat D a n n e r , Sonderbeauftragter für die Kohlenbewirtschaftung,

19 ~~20~~.) Regierungsrat Dr.F i s c h e r , RV-Referent.

Löhr (nicht eingeladen)

BRS

A 098864

H3450-0034

3914-PS
32

Anlage 2

Bisherige Anwesenheitsliste des Reichsverteidigungsausschusses.

1.) Reichsleiter

2.) ~~Regierungspräsident in Wien~~

3.) Bürgermeister in Wien (~~Regierungspräsident J u n g~~)

4.) Reichsstatthalter Dr. J u r y

5.) Regierungspräsident Dr. G r u b e r

6.) Gauwirtschaftsber. S c h m i e d, Gauleitung Niederdonau,

7.) Reichsstatthalter E i g r u b e r

~~8.) Regierungspräsident v. H e l m s~~

9.) Gauwirtschaftsber. H i n t e r l e i t n e r, Gauleitung Oberdonau

10.) Stellvertr. Gauleiter S c h a r i z e r

11.) SS-Gruppenführer K a l t e n b r u n n e r, Höherer SS-u. Polizeiführer,

12.) Generalmajor Dr. R e t z l a f f, Inspekteur d. Ordnungspolizei,

13.) Gauleiter P r o k s c h, Landesarbeitsamtspräsident u. Reichstreuhänder der Arbeit,

14.) General ~~v. S t ü l p n a g e l~~, stellvertr. kommand. General im Wehrkreis XVII,

15.) Generalmajor G a u t i e r, Rüstungsinspekteur,

16.) Direktor Dr. A n s e l m, Beauftragter des Reichsmunitionsministers Dr. Todt,

17.) General ~~L ö h r~~, Luftgaukommando,

18.) Ministerialrat Dr. F ö r s t e r, Führungsstab Wirtschaft,

19.) ~~Regierungsrat~~ J o e d e c k e, Referent des Bezirkswirtschaftsamtes,

20.) Landesbauernführer R e i n t h a l e r, Landesernährungsamt Donauland,

21.) Gauamtsleiter M a y e r z e d t, stellvertr. Leiter des Landesernährungsamts Donauland-Abt. A-,

22.) Major S c h e i d e m a n n, Referent d. Landesernährungsamts Donauland - Abteilung A -,

23.) Ministerialrat H a b e r m a n n, Landesernährungsamt Donauland, - Abteilung B -,

24.) Reichsbahnpräsident T ö p f e r,

25.)

098865

3914-PS
33

H3450-0035

? + 25.) Oberlandforstmeister V a s o l d, Landesforstamt,

+ 26.) Oberforstrat T h ü r r i g l, Referent des Landesforstamts,

+ 27.) Ministerialrat Dr.C a e s m a n n, Nahverkehrsbevollmächtigter,

+ 28.) Reichsbahnrat P f e i f e r, Referent d.Nahverkehrsbevollmächtigten,

+ 29.) Standartenführer H u b e r , Geheime Staatspolizei,

+ 30.) Beigeordneter R a f e l s b e r g e r , Gemeindeverwaltung Wien,

+ 31.) Ministerialrat D a n n e r, Sonderbeauftragter für die Kohlenbewirtschaftung,

+ 32.) Ministerialrat Dr.P h i l i p p, Preisüberwachungsstelle,

+ 33.) Präsident B ö h m, Landesarbeitsamt Oberdonau,

+ 34.) Vizepräsident R h o m b e r g, Handelskammer Wien,

+ 35.) Baudirektor L e n i k u s, Straßenbaubevollmächtigter - Reichsgau Niederdonau -,

+ 36.) Oberregierungsrat Dr.L i p p e r t , Landesarbeitsamt,

+ 37.) Dr. R e i n h a r t , Hauptwirtschaftsamt Wien,

+ 38.) Dozent Dr.S t a d l e r , Haupternährungsamt-Abt.B- Wien,

39.) Dr.G l a s e r, Protokollführer, Gauwirtschaftsamt

40.) Regierungsrat Dr.F i s c h e r , RV-Referent.

PS 098866

H3450-0036

3914-PS
34

Wien, den 6. Oktober 1941.

Für den R e i c h s l e i t e r .

Liste der Personen, die an der Besprechung im kleinerer Kreise (Vortrag Generalmajor Z e l l n e r) teilnehmen:

Reichsstatthalter Dr. J u r y
Reichsstatthalter Dr. E i g r u b e r
General der Infanterie S t r e c c i u s
General der Flakartillerie H i r s c h a u e r
Generalleutnant G a u t i e r
SS-Gruppenführer Dr. K a l t e n b r u n n e r (?)
Stellvertretende Gauleiter S c h a r i z e r
Regierungspräsident Dr. D e l l b r ü g g e
Regierungspräsident Dr. G r u b e r
Regierungspräsident Dr. P a l t e n
Bürgermeister J u n g (?)
Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h
Landesarbeitsamtspräsident B ö h m
Ministerialrat Dr. F ö r s t e r
Regierungsrat Dr. H o f f m a n n

3914-PS
35

Reichsverteidigungsausschuss.

J u r y, Gauleiter und Reichsstatthalter	Reichsstatthalter in N.D.	I.,Herrengasse 11	U20-5-20
G r u b e r, Reg.Präs. Dr.	" "	"	"
Dozent Dr. S c h m i d t, Gauwirtschaftsberater	Gauleitung Nied. Don.	I. Löwelstraße 20	U 22-5-70
E i g r u b e r, Gauleiter u.Reichsstatthalter	Reichsstatthalter in Oberdonau	Linz,Volksgartenstrasse 40	
v. H e l m s,Reg. Präs.	Reichsstatthalter in Oberdonau	Linz,Volksgartenstrasse 40	
[illegible] i n t e r l e i t m e r [illegible]irtschaftsberater	Gauwirtschaftsamt	Linz,Klostergasse 7	55-60
[illegible] h a r i z e r stellvertr.Gauleiter	Gauleitung Wien	I.,Parlament,	R 50-5-60 direkte Leitung vom Haus Kl.251
→ Schneeberger, Gauobmann	Deutsche Arbeitsfront	VI., Theobaldg. 19 B 27203	
Dr. F i s c h e r Reg.Rat	Reichsstatthalterei	I.,Ballhausplatz 2	U 24-5-20
RAFELSBERGER, Gauwirtschaftsberater	Amt des Gauwirtsch. Beraters	I.,Strauchgasse 1	A 49-5-60
REINTHALLER,Minister, Staatssekretär	Landesernährungsamt	I.,Löwelstrasse 16	U 25-5-35
G a u t i e r,Gen.Maj.	Rüstungsinsp.XVII	III.,Pettenkofengasse 1,	U 17-2-73
[illegible] TÜLPNAGEL,General	Befehlshaber im Wehrkreis XVII	I.,Stubenring 1	U 12-5-80
[illegible] h r Alexander General d.Flieger	Chef der Luftflotte IV und Befehlshaber Südost	50, Schwarzenbergplatz 13,	R 47-5-72
KALTENBRUNNER Dr. SS-Gruppenführer	SS-Oberabschnitt Donau	I.,Parkring 8	R 27-5-75
T ö p f e r,Reichsbahnpräsident	Reichsbahndirektion Wien	III.,Schwarzenbergplatz 3,	U 17-5-00
P r o k s c h, Gauleiter	Reichstreuhänder der Arbeit,	I.,Schubertring Nr.6	U 27-5-30
F ö r s t e r Dr. Ministerialrat	Bezirkswirtschaftsamt	IX.,Berggasse 16	R 57-5-70
V a s o l d Ing. Oberlandforstmeister	Regierungsforstmat	III.,Marxergasse 2	U 14-5-20
P f e i f e r,Reichsbahnrat	Bevollmächtigter f.d. Nahverkehr	I.,Kärntnerring 8	U 49-5-33
M a y e r z e d t Ing.Dr.	Staatskommissar i.d. Landesbauernschaft	I.,Löwelstrasse 16	U 25-5-35

R 098868

H3450-0037

H3450-0038

3914-PS
36

R h o m b e r g Präsident	Präs.d.Industrie-und Handelskammer,Wien	I.,Stubenring 8-10	R 23-5-00 U 28-5-20,Kl. 110
H u b e r Standartenführer	Inspekteur der Sicherheitspolizei	I.,Morzinpaltz	A 17-5-80
A n s e l m Dr. [illegible]	Gebietsbeauftragter für Bewaffnung und Munition	I Eschenbachg. 9 ~~IV.,Lothringerstrasse 8~~	U 43-5-75
L e n i k u s Baudirektor	Reichsstatthalterei Niederdonau	I.,Herrengasse Nr.11-13	U 20-5-20
G l a s e r Dr.	Gauwirtschaftsamt	I.,Strauchgasse 1	A 49-5-60
S t a d l e r Dr. Dozent	Hauptwirtschaftsamt	I.,Strauchgasse 1	A 49-5-60
B ö h m Präs.	Präsident des Landesarbeitsamtes Oberdonau	Linz	61-25
R e i n h a r t Dr.	Hauptwirtschaftsamt	I.,Strauchgasse Nr.1	A 49-5-60
Dr.L i p p e r t, Oberregierungsrat	Landesarbeitsamt Wien und Niederdonau	I.Hohenstaufengasse 2	U 27-5-30
T h ü r r i g l, Oberforstrat	Holz-und Forstwirtschaftsamt		U 14-5-20
S c h e i d e m a n n Major	Landesernährungsamt Donauland		U 25.5-35
P h i l i p p Dr. Ministerialrat	Preisbildungsstelle	I.,Herrengasse 7	U 29-5-60
J o e d e c k e Regierungsrat	Bezirkswirtschaftsamt	IX.,Berggasse 16	R 57-5-70
Seydel Obergruppenführer	NSKK Motorobergruppe Süd-Ost	III/40, Rudolf v. Altplatz 1	U 13.4.86
Stellvertreter Brigadeführer Bührer	NSKK	III/40, Metternichgasse 4	
Min. Rt Dauner	Reichsstelle f. Kohle	II, Kleine Sperrg. 5	

H3450-0039

3914-PS
37

Mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.
J.O.
[illegible]
27. 7. 1942.

L i s t e

der Mitglieder des Reichsverteidigungsausschusses im Wehrkreis XVII

1.) a) Mitglieder kraft Amtes:

Reichsstatthalter und Gauleiter Dr. J u r y

Reichsstatthalter und Gauleiter E i g r u b e r

<Höherer SS und Polizeiführer SS-Gruppenführer a. KALTENBRUNNER>

Regierungspräsident in Wien Dr. D e l l b r ü g g e

Regierungspräsident in Niederdonau Dr. G r u b e r

Regierungspräsident in Oberdonau Dr. P a l t e n

<Landesarbeitsamtpräsident und Reichstreuhänder der Arbeit>
Gauleiter P r o k s c h

Landesarbeitsamtspräsident Oberdonau B ö h m

b) Mitglieder kraft Berufung durch den Vorsitzenden des Ministerrates für die Reichsverteidigung:

Bürgermeister in Wien J u n g

c) Als Sachbearbeiter:

Oberregierungsrat Dr. F e l b e r

2.) Personen, die vom Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis XVII den Ausschussberatungen ständig zugezogen werden:

S t r e c c i u s , General der Infanterie, Stellvertretender Kommandierender General und Befehlshaber im Wehrkreis XVII

H i r s c h a u e r , Kommandierender General und Befehlshaber im Luftgau XVII, General der Flakartillerie

G a u t i e r , Generalleutnant, Rüstungsinspekteur des Wehrkreises XVII

S c h a r i z e r , Stellvertretender Gauleiter

A 098870

H3450-0040

3914-PS
38

Schneeberger, Gauobmann, DAF.

Reinthaller Ing., Unterstaatssekretär

Rafelsberger Dipl.-Ing., Gauwirtschaftsberater

Vasold Ing., Oberlandforstmeister

Lenikus Dipl.-Ing., Oberregierungsrat

Hinterleitner, Gauwirtschaftsberater Linz

Töpfer Ing., Reichsbahnpräsident

Danner Dr., Ministerialrat

~~Scheidemann~~, Major a.D.

Caesmann Dr., Ministerialrat

Mayerzedt, Gauamtsleiter

Förster Dr., Ministerialrat

Schmied Dr. Dozent, Gauwirtschaftsberater Niederdonau

siehe nächstes Blatt!

A 098871

3914-PS
39

Annahmestelle XVII f. Offiz.Bewerber des Heeres (Heerespersonalamt)
zuHd.v.Herrn Oberst Brüning.

Rossauerkaserne.

auf Wunsch des Regierungspräsidenten in die Einladungslisten aufnehmen.

H3450-0041

DER REICHSSTATTHALTER IN WIEN

Abschrift

3914-PS
40

31. August 1942.

An Herrn
Ministerialrat Dr. F ö r s t e r o.v.i.A.
in W i e n 9.,
Berggasse 16.

Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat nunmehr die Aufstellung von 3 Landesbauernschaften im Wehrkreis angeordnet. Leiter in Niederdonau ist Unterstaatssekretär R e i n t h a l l e r , der gleichzeitig vorläufig auch für Oberdonau beauftragt ist. Die Besetzung der Stelle Wien ist noch offen.

Ich bitte um Stellungnahme, welche Auswirkung dies für den Führungsstab Wirtschaft hat.

I.V.
Dr. Dellbrügge

Dem
Referat Z-RV
im H a u s e

zur Kenntnis und Äußerung, ob der Leiter des Landesernährungsamtes geborenes Mitglied des Reichsverteidigungsausschusses ist und wie zukünftig wegen der 3 Ämter verfahren werden wird.

I.V.

H3450-0042

3914-PS
41

H3450-0043

10.10.1942.

Der Leiter des Landesernährungsamtes ist nicht geborenes Mitglied des Reichsverteidigungsausschusses. Es erübrigt sich daher m.E. bzw. eine Maßnahme.

Z.v.A.

Ja.

[illegible]

H3450-0044

3914-PS
42

Eingelangt am 18. XII 1939
I Na 3.305/39 Blg. 1
10103

Der Reichskommissar
für die Wiedervereinigung
Österreichs mit dem Deutschen Reich

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII.

Wien 1, den 15. Dezember 1939.
Parlamentsgebäude
Fernruf R 50-5-60

Ma/Ko.

An

a) RSt.IM./I z.Hd.von Herrn Reg.Rat Dr. F i s c h e r
oder Vertreter im Amt

W i e n I

Ballhausplatz 2

b) STV. I/4
z.Hd.von Herrn Mag.Oberkomm.Dr. H o f b a u e r
oder Vertreter im Amt

W i e n I

Rathaus.

Betrifft: Dienstanweisung für die Reichsverteidigungskommissare.

Anliegend übersende ich Ihnen Abdruck der Dienstanweisung für die Reichsverteidigungskommissare mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Unter Bezugnahme auf Abschnitt V Ziffer 5 der Anweisung bitte ich insbesondere, etwa bei Ihnen eingehende Schriftstücke, die für den Reichsverteidigungskommissar bestimmt sind, unverzüglich an mich weiterzuleiten, damit die persönliche Bearbeitung der Angelegenheiten durch den Reichsverteidigungskommissar gewährleistet ist.

Heil Hitler!
I.V.
Barth

21. 12. 39
für den Abstand
R

XXII

098875

H3450-0045

3914-PS
43

Anlage II zu GBV 629 V/VII/39
2135

Dienstanweisung für die Reichsverteidigungskommissare.

I. Aufgaben des Reichsverteidigungskommissars.

Der Reichsverteidigungskommissar hat folgende Aufgaben:

1. Dem Reichsverteidigungskommissar obliegt die einheitliche, zusammenfassende, übergeordnete Steuerung der zivilen Reichsverteidigungsangelegenheiten in seinem Bereich.

a) Zum sachlichen Bereich des Reichsverteidigungskommissars gehören grundsätzlich alle zivilen Behörden und Stellen, denen die Wahrnehmung von Reichsverteidigungsangelegenheiten obliegt, ohne Rücksicht darauf, welche friedensmäßige Stellung diese Stellen haben. Ausgenommen sind Reichspost, Reichsbahn sowie die Reichsfinanzverwaltung in bezug auf die Geldbewirtschaftung, in bezug auf die bei der Durchführung der Reichsabgabenordnung und des Steueranpassungsgesetzes sich ergebenden Angelegenheiten; ausgenommen ist ferner der Verstärkte Grenzaufsichtsdienst.

b) Steuerung der zivilen Reichsverteidigungsangelegenheiten bedeutet die Richtung weisen, Richtlinien geben und Weisungen erteilen, wo es aus Gründen der Einheitlichkeit und Schlagkraft notwendig ist. Steuerung bedeutet nicht Übernahme der Reichsverteidigungsangelegenheiten in eigene Durchführung. Der Reichsverteidigungskommissar soll also nicht Verteidigungsanlegenheiten an sich heranziehen oder selbst unmittelbar durchführen.

Falls die Verteidigungsangelegenheiten im Wehrkreis

A 098876

3914-PS
44

reibungslos laufen, hat ein Eingreifen des Reichsverteidigungskommissars zu unterbleiben.

c) Durch die Einsetzung des Reichsverteidigungskommissars sind keinerlei Zuständigkeitsverlagerungen unter den Behörden eingetreten.

Die einzelnen Behörden arbeiten auch auf dem Gebiet der Reichsverteidigung weiter wie bisher. Auch die Reichsverteidigungsreferenten der anderen Behörden werden nicht bei der geschäftsführenden Behörde zusammengezogen, sondern bleiben an ihren bisherigen Behörden. Der Reichsverteidigungskommissar kann sie aber mit Weisung versehen.

d) Die Schaffung neuer Dienststellen oder die Einsetzung von Sonderbeauftragten für bestimmte Sachgebiete ist unzulässig. Die Geschäfte des Reichsverteidigungskommissars sind ausschließlich durch die in der Verordnung über die Bestellung der Reichsverteidigungskommissare bestimmten Behörden zu führen.

Eine Ausnahme davon gilt für die Reichsverteidigungskommissare für die Wehrkreise VI, IX, XI, XII und XVII, die ihren Wohnsitz nicht am Sitz der geschäftsführenden Behörde haben. Sie können sich in dringenden Fällen ausnahmsweise auch ihrer Friedensbehörde bedienen (zu vgl. auch Ziff. V 2).

2. Der Reichsverteidigungskommissar hat die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht sicherzustellen.

a) Der Reichsverteidigungskommissar hat sich vor allem über die wichtigen Arbeiten und Planungen des Wehrkreiskommandos, gegebenenfalls auch der höheren Dienststellen der Kriegsmarine und der Luftwaffe, soweit sie den Arbeitsbereich der zivilen Dienststellen berühren, zu unterrichten

098977

H3450-0046

H3450-0047

und auch den Wehrkreisbefehlshaber über die entsprechenden Arbeiten der zivilen Dienststellen auf dem Laufenden zu halten. Wenn sich Widersprüche oder Reibungen ergeben, hat er ausgleichend einzugreifen. Bestehen die Widersprüche zwischen Dienststellen der Wehrmacht und zivilen Dienststellen, so hat er gemeinsam mit dem Wehrkreisbefehlshaber für den erforderlichen Ausgleich zu sorgen.

b) Der Reichsverteidigungskommissar vertritt die zivilen Behörden einheitlich gegenüber dem Befehlshaber des Wehrkreises. Diese Vertretung wird sich in der Regel auf die für den Wehrkreis grundsätzlich wichtigen Angelegenheiten beschränken können. Dagegen soll - auch zur Vermeidung von Verzögerungen - der normale Geschäftsverkehr zwischen den zivilen und militärischen Dienststellen in laufenden Verwaltungsangelegenheiten nicht durch die Hand des Reichsverteidigungskommissars laufen.

3. Der Reichsverteidigungskommissar ist Ausführungsorgan für bestimmte fest umrissene Aufträge.

Die Aufträge können sich ergeben:

a) aus Verordnungen des Ministerrats oder aus Einzelanordnungen des Vorsitzenden des Ministerrats,

b) aus Verordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan, des GBV, des GBW und des Chefs des OKW, sowie aus Einzelanordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan, des GBV und des GBW,

c) aus Verordnungen sowie Einzelanordnungen der obersten Reichsbehörden innerhalb ihres Geschäftsbereichs.

Für eine Unterrichtung des Reichsverteidigungskommissars durch die obersten Reichsbehörden über wichtige Maßnahmen, an deren Durchführung der Reichsverteidigungskommissar unmittel-

H3450-0048

3214-33
46

bar interessiert ist, wird gesorgt werden.

4. Über wichtige Maßnahmen und Beobachtungen auf dem Gebiete der zivilen Reichsverteidigung hat der Reichsverteidigungskommissar den zuständigen Zentralbehörden laufend zu berichten. In gleicher Weise haben die Behörden des Wehrkreises den Reichsverteidigungskommissar laufend zu unterrichten.

5. Der Reichsverteidigungskommissar trägt die Verantwortung auch für die Maßnahmen eines Beauftragten.

II. Befugnisse des Reichsverteidigungskommissars.

1. Der Reichsverteidigungskommissar kann im Rahmen der Befugnisse der Obersten Reichsbehörden nach Maßgabe der ihm von diesen erteilten Weisungen sämtlichen zivilen Behörden seines Wirkungsbereichs, die nicht ObersteReichsbehörden oder Oberste Preussische Landesbehörden sind, Weisungen in allen Reichsverteidigungsangelegenheiten für den Bereich des Wehrkreises erteilen.

2. Bei der Handhabung des Weisungsrechts ist folgendes zu beachten:

a) Der Reichsverteidigungskommissar ist an die Weisungen des Vorsitzenden des Ministerrats, des Beauftragten für den Vierjahresplan, des GBV, des GBW und der sonstigen obersten Reichsbehörden gebunden. Gegenvorstellungen haben keine aufschiebende Wirkung. Ein eigenmächtiges Abweichen von der Weisung zeitigt volle persönliche Verantwortlichkeit des Reichsverteidigungskommissars und kann nur ganz ausnahmsweise in Frage kommen, wenn telefonische oder telegrafische Rückfrage unmöglich ist.

b) Das Weisungsrecht des Reichsverteidigungskommissars ist begrenzt durch Anordnungen nach Ziff.a und die bestehenden Gesetze und Verordnungen; vor allem sind z.B. Eingriffe

F 99679

H3450-0049

3914-PS
47

in die Rechtspflege unzulässig.

c) In allen polizeilichen Angelegenheiten hat sich der Reichsverteidigungskommissar ausschließlich an den für den Wehrkreis zuständigen höheren ᛋᛋ- und Polizeiführer zu wenden.

3. Für die Arbeitsweise des Verteidigungsausschusses gilt folgendes:

a) Der Verteidigungsausschuß soll regelmäßig, mindestens einmal im Monat, zusammentreten. Es ist Pflicht des Reichsverteidigungskommissars, die Besprechungen persönlich zu leiten.

b) Im Verteidigungsausschuß sollen wichtige Reichsverteidigungsprobleme des Wehrkreises behandelt werden. Die Sitzungen des Verteidigungsausschusses dienen dazu, den Reichsverteidigungskommissar durch die verantwortlichen Männer aus den verschiedenen Aufgabengebieten des Wehrkreises mündlich zu unterrichten und die einheitliche Ausrichtung der Reichsverteidigungsmaßnahmen der verantwortlichen Aufgabenträger sicherzustellen.

c) Die Mitglieder des Verteidigungsausschusses sollen an den Sitzungen persönlich teilnehmen. Zuzuziehen sind außer den Mitgliedern der Reichsverteidigungsreferent (unten Ziff.V,4) sowie der Leiter des Führungsstabes Wirtschaft, erforderlichenfalls auch die Leiter der beteiligten Wirtschaftsverwaltungsämter (Bezirkswirtschaftsamt, Landes-(Provinzial-) Ernährungsamt, Forst- und Holzwirtschaftsamt) und die Leiter der sonstigen Dienststellen, deren Geschäftsbereich Gegenstand der Beratungen ist.

Dem Wehrkreisbefehlshaber ist von den Sitzungen des Verteidigungsausschusses Mitteilung zu machen, damit er selbst teilnehmen oder sich vertreten lassen kann.

Der Wehrkreisbefehlshaber veranlaßt gegebenenfalls die Teilnahme der höheren Dienststellen der Kriegsmarine und der

192860

3914-PS
48

H3450-0050

Luftwaffe an den Sitzungen.

III. Beauftragte des Reichsverteidigungskommissars.

Die in einigen Wehrkreisen bestellten Beauftragten üben für ihr Gebiet die Befugnisse des Reichsverteidigungskommissars aus. Für ihre Stellung gilt folgendes:

1. Die Beauftragten sind dem Reichsverteidigungskommissar nachgeordnet und an dessen Weisungen gebunden.
2. Der Reichsverteidigungskommissar kann sich die Erledigung bestimmter Reichsverteidigungsangelegenheiten vorbehalten.

   Die Befugnisse der Beauftragten erstrecken sich nicht auf die Wahrnehmung der polizeilichen Angelegenheiten.
3. Der Reichsverteidigungskommissar hat dafür zu sorgen, daß auch der Beauftragte die Grundsätze, die für die Tätigkeit des Reichsverteidigungskommissars gelten, beachtet.

IV. Sonderregelung für die Operationsgebiete.

1. Der Bereich des Reichsverteidigungskommissars findet seine Grenze am Operationsgebiet. Im Operationsgebiet liegt die vollziehende Gewalt in der Hand des Oberbefehlshabers des Heeres und der von ihm mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt beauftragten nachgeordneten Befehlshaber. Die Steuerung der zivilen Verwaltung wird hier durch den Befehlshaber der Armee bewirkt, dem für diese Zwecke ein ihm unterstellter Chef der Zivilverwaltung beigegeben ist.
2. Die Stellung der Freimachungskommissare wird durch die Einsetzung des Reichsverteidigungskommissars nicht berührt.

V. Arbeitsweise und Geschäftsgang.

1. Die Vertretung des Reichsverteidigungskommissars ist in der Verordnung über die Bestellung der Reichsverteidigungskommissare zwingend geregelt (§ 3).

098981

H3450-0051

3914-PS
49

Der Reichsverteidigungskommissar wird durch den allgemeinen Vertreter der Behörde vertreten, deren er sich nach § 1 Abs.2 der Verordnung über die Bestellung der Reichsverteidigungskommissare bedient. Diese Vertretungsregelung gilt für die Wehrkreise I, II, III, VII, VIII, X, XVII und XVIII. Ist er nicht selbst Leiter dieser Behörde, so wird er durch den Leiter dieser Behörde vertreten. Diese Vertretungsregelung gilt für die Wehrkreise IV, V, VI, IX, XI, XII und XIII.

Die Beauftragten können ihre Befugnisse nur persönlich ausüben. Vertretung ist also schlechthin unstatthaft.

2. Der Dienstsitz des Reichsverteidigungskommissars ist regelmäßig der Sitz der Behörde, die nach der Verordnung über die Bestellung der Reichsverteidigungskommissare deren Geschäfte zu führen hat.

In den Fällen, in denen der Reichsverteidigungskommissar seinen Wohnsitz nicht am Sitz der geschäftsführenden Behörde hat (bei den Reichsverteidigungskommissaren für die Wehrkreise VI, IX, XI, XII und XVII), ist eine Verlegung des Wohnsitzes nicht erforderlich. Die Erlasse der obersten Reichsbehörden gehen in diesen Fällen nachrichtlich auch an den Wohnsitz des Reichsverteidigungskommissars zu Händen des RV-Referenten der allgemeinen und inneren Verwaltung, sodaß der Reichsverteidigungskommissar stets unterrichtet ist und entscheiden kann, ob ein persönliches Eingreifen erforderlich ist.

3. Für den Dienstweg gelten folgende Grundsätze:

a) Zwischen den obersten Reichsbehörden und dem Reichsverteidigungskommissar besteht ein unmittelbarer Geschäftsverkehr. Die obersten Reichsbehörden leiten grundsätzlich wichtige Reichsverteidigungsmaßnahmen durch die Hand des Reichs-

[illegible]82

3914-PS
50

H3450-0052

verteidigungskommissars. In dringenden Eilfällen findet auch in grundsätzlichen Reichsverteidigungsangelegenheiten unmittelbarer Verkehr mit der zuständigen Behörde statt, jedoch wird dem Reichsverteidigungskommissar gleichzeitig eine Abschrift zugeleitet. Im übrigen verbleibt es bei dem üblichen Geschäftsverkehr zwischen den obersten Reichsbehörden und deren nachgeordneten Dienststellen.

b) Ein unmittelbarer Geschäftsverkehr zwischen den obersten Reichsbehörden und den Beauftragten findet grundsätzlich nicht statt.

c) Der Reichsverteidigungskommissar hat grundsätzlich auch gegenüber den nachgeordneten Dienststellen den bisher geltenden Dienstweg einzuhalten; unmittelbare Weisungen an untere Verwaltungsbehörden sind zu vermeiden.

4. Der Sachbearbeiter des Reichsverteidigungskommissars ist der durch Erlaß des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung vom 12.Juni 1939 eingesetzte federführende Reichsverteidigungs-Referent des Wehrkreises.

Für alle wirtschaftlichen Fragen ist der Leiter des am Sitz des Wehrkreiskommandos eingerichteten Führungsstabes Wirtschaft Sachbearbeiter. Er hat bei allen Maßnahmen den federführenden Reichsverteidigungs-Referenten des Wehrkreises zu beteiligen.

5. Der Reichsverteidigungskommissar wird tätig unter der Bezeichnung "Der Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis .....".

Der Reichsverteidigungskommissar übt seine Befugnisse und dementsprechend auch das Zeichnungsrecht in der Regel persönlich aus. Im Falle der Vertretung (§ 3 der Verordnung vom 1.September 1939) zeichnet der Vertreter "In Vertretung". Zeichnung "Im Auftrag" ist nicht statthaft.

098983

H3450-0053

3914-PS
51

6. Für die Tätigkeit des Reichsverteidigungskommissars werden grundsätzlich keine besonderen Mittel zur Verfügung gestellt. Jeder Reichsverteidigungskommissar muß mit dem bei der geschäftsführenden Behörde vorhandenen Personal auskommen. Den Sachaufwand trägt ebenfalls diese Behörde.

Für Dienstreisen (auch für Reisen des Reichsverteidigungskommissars von seinem Wohnsitz an den Sitz der geschäftsführenden Behörde), steht dem Reichsverteidigungskommissar Reisekostenvergütung nach dem Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten vom 15.Dezember 1933 (RGBl.I S.1067) zu. Abrechnungsstelle ist die geschäftsführende Behörde.

Das Gleiche gilt für die Beauftragten des Reichsverteidigungskommissars (Ziff.II Abs.2 der Anordnung des Ministerrats vom 22.September 1939 -RGBl.I S.1937-). Soweit die Beauftragten Gauleiter ohne Staatsamt sind, sind die Vergütungssätze nach Stufe I b zu berechnen.

098884

H3450-0054

3914-PS
52

Der Generalbevollmächtigte
für die Reichsverwaltung
GBV 247/40
2107

Berlin, den 29. Februar 1940.

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Gehrkreis XVII
Eingel. am 6. März 1940
RDG – 60/40 Blg. 2
1010 B

An die

Reichsverteidigungskommissare

Betrifft: Erstattung der Sachkosten der Reichsverteidigungskommissare.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nur diejenigen Kosten aus Reichsmitteln erstattet werden können, die mir von den geschäftsführenden Behörden ordnungsmäßig durch Rechnungsbelege nachgewiesen werden.

Die Belege müssen den einschlägigen kassentechnischen Bestimmungen und den Rechnungslegungsvorschriften (vergl. Teil 3 der Rechnungslegungsordnung für das Reich-RRO.) entsprechen. Jeder Beleg ist durch einen hierzu berechtigten Beamten der geschäftsführenden Behörde festzustellen und mit der vorgeschriebenen Richtigkeitsbescheinigung zu versehen (vergl. Teil 4 der Rechnungslegungsordnung für das Reich).

Auch Anträgen auf Erstattung von Portokosten sind Belege beizufügen, die den vorgenannten Bestimmungen genügen. Bei der geschäftsführenden Behörde ist ein besonderes Portobuch für Portoausgaben des Reichsverteidigungskommissars zu führen.

Geräte, deren Beschaffung notwendig geworden ist, sind in ein von der geschäftsführenden Behörde besonders anzulegendes Geräteverzeichnis einzutragen. Die Eintragung ist auf dem Rechnungsbeleg unter Angabe der Seite und Nr. des Verzeichnisses zu vermerken.

Verdingungen von Lieferungen und Leistungen sind von den geschäftsführenden

A 098885

3914-PS
53

H3450-0055

geschäftsführenden Behörden nach den einschlägigen Bestimmungen (Verdingungsordnungen usw.) vorzunehmen.

Eine Rückgabe der Rechnungsbelege nach erfolgter Erstattung kann in keinem Falle erfolgen.

Den Rechnungsbelegen ist eine besondere Bescheinigung des Reichsverteidigungskommissars voranzustellen, daß die in den vorgelegten Belegen nachgewiesenen Ausgaben in Ausübung der Tätigkeit als Reichsverteidigungskommissar notwendig geworden und entstanden sind.

Im Erstattungsantrag ist die Anschrift der Kasse, an die die Erstattung gezahlt werden soll, genau anzugeben.

Eine unmittelbare Erstattung an die geschäftsführenden Behörden der Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare findet nicht statt.

Abschließend weise ich darauf hin, daß bei allen Maßnahmen, durch die dem Reich Sachkosten entstehen, das Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in jeder Hinsicht zu beachten ist.

Die vorgenannten Bestimmungen gelten für die Beauftragten der Reichsverteidigungskommissare und deren geschäftsführende Behörden sinngemäß.

Ich bitte, die geschäftsführenden Behörden, die Beauftragten und deren geschäftsführende Behörden baldmöglichst zu unterrichten.

Im Auftrag

+ Hobke

Die geschäftsführende Behörde ist im Wehrkreis XVII. Die eigene Behörde des RV Kommiss. Deshalb keine getrennte Kassenführung. Zdr. [illegible] R 3/3.

A098886

H3450-0056

3914-PS
54

A u s z u g

aus der "Dienstanweisung für die Reichsverteidigungskommissare".

Befugnisse des Reichsverteidigungskommissars.

1. Der Reichsverteidigungskommissar kann im Rahmen der Befugnisse der Obersten Reichsbehörden nach Massgabe der ihm von diesen erteilten Weisungen sämtlichen Zivilen Behörden seines Wirkungsbereichs, die nicht Oberste Reichsbehörden oder Oberste Preussische Landesbehörden sind, Weisungen in allen Reichsverteidigungsangelegenheiten für den Bereich des Wehrkreises erteilen.

2. Bei der Handhabung des Weisungsrechts ist folgendes zu beachten :

   a) Der Reichsverteidigungskommissar ist an die Weisungen des Vorsitzenden des Ministerrats, des Beauftragten für den Vierjahresplan, des GBV, des GBW und der sonstigen obersten Reichsbehörden gebunden. Gegenvorstellungen haben keine aufschiebende Wirkung. Ein eigenmächtiges Abweichen von der Weisung zeitigt volle persönliche Verantwortlichkeit des Reichsverteidigungskommissars und kann nur ganz ausnahmsweise in Frage kommen, wenn telefonische oder telegrafische Rückfrage unmöglich ist.

   b) Das Weisungsrecht des Reichsverteidigungskommissars ist begrenzt durch Anordnungen nach Ziff. a und die bestehenden Gesetze und Verordnungen; vor allem sind z.B. Eingriffe in die Rechtspflege unzulässig.

A 00087

3914-PS
55

Wien, den 4. Mai 1940.
Parlamentsgebäude

Der Reichsstatthalter in Wien

Der Reichsverteidigungskommissar

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII
Eingekam 6. Mai 1940
IaRD-R 127/40 Blg. 8
1010 B

Herrn
Reg.Rat Dr. F i s c h e r,
W I E N, I.,
Ballhauspl. 2.

Am Freitag, den 10.Mai 1940 findet in meiner Dienststelle, Parlament, Zimmer 5 um 11 Uhr Vormittag die Sitzung des Verteidigungsausschusses statt.

Ich lade Sie zu dieser Sitzung ein.

Der Reichsstatthalter in Wien

Heil Hitler !

gez: B ü r c k e l

begl.

Mayer

Regierungsinspektor

Zu Ri/5

A 98888

H3450-0057

H3450-0058

3914-PS
56

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 21.Juni 1940.

Gauleiter Jury , Vorsitz,

Reg.Präs. Gruber i.V. Dr. Hanshofer

Gauwirtsch.Berater Ing.Gladanowitsch

Gauleiter Eigruber

Gauwirtsch.Berater Hinterleitner i.V.

Gauleiter Scharitzer

Min.Rat Felber v. Felber

Gauwirtsch.Berater Rafelsberger

Minister Reinthaler

Reg.Präsident Jung

Generalmajor Gautier

General d. ~~Flieger~~ Inf. v.Stülpnagel

" " Löhr

General Retzlaff

Präsident Töpfer

Gauleiter Proksch

Min.Rat Förster

Oberlandforstmeister Ing.Vasold

Min.Rat Dr.Caesmann

Ing.Dr.Mayerzedt

Minister Dr.Fischböck

Staf Oberreg.Rat Huber

Baurat Sturm

Baudirektor Lenikus

Oberreg.Rat Dr.Kleefeld

./.

A098889

3414-PS
57

H3450-0059

Oberforstrat Thürrigl
Major Scheidemann
Ministerialrat Philipp
Reg.Rat Joedecke
Dr.Schiettinger

Thürrigl
Scheidemann
Philipp
Joedecke
Schiettinger

Ob. Reichsf. SS Pers. Stab R.F.S.S. Wien

Chef des Stabes Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer SS Berlin

Chef des Amtes Chef des Rassen- und Siedlungshauptamtes SS Berlin

Chef des Amtes Chef des Amtes XVII

Chef des Amtes Chef des Amtes XVII

Chef des Amtes Chef des Amtes XVII

H3450-0060

3914-PS
58

1111

-159-

Dr. G l a s e r

Wien, den 15.VI.1940.

P R O T O K O L L

Über die Reichsverteidigungsausschussitzung vom 15.VI.1940.

Gauleiter J u r y eröffnet die Sitzung und bittet die erschienenen Herren, mit den Ausführungen zu beginnen.

General G a u t i e r ergreift das Wort. Er erklärt zunächst bezüglich des ARBEITSEINSATZES in der Rüstungsindustrie könne ein genaues Bild über den Bedarf an Arbeitskräften noch nicht gegeben werden. Ein Bedarf von ungefähr 1.000 Arbeitskräften sei wahrscheinlich.

Es sei unbedingt nötig, für die Arbeiterunterkünfte den Wohnungs-und Siedlungsbau fortzusetzen. Derzeit ruhe ein Grossteil dieser Bauten. Diesbezüglich habe sich die Rüstungsindustrie bereits an das Oberkommando des Heeres gewendet, weil der Standpunkt vertreten wird, dass bis zum Winter diese Bauten unbedingt fertiggestellt werden müssen. Insbesondere handelt es sich hiebei um Enzesfeld, Wilhelm Gustloff-Werke, Semperit, Steyr u.a. Der Bau dieser Wohnungen sei im Zusammenhang mit der seinerzeitigen Zusage des Generalfeldmarschalls unbedingt nötig.

Bezüglich der freien Fertigungskapazitäten sind derzeit noch Untersuchungen im Gange. Die Nachprüfungen bei den Betrieben sind noch nicht abgeschlossen.

Er müsse unbedingt auf die Hochwasserkatastrophe im Triestingtal hinweisen. Hiedurch seien wichtige Betriebe lange Zeit stillgelegt gewesen. Ein Ausbau der Entwässerungen, Talsperren u.dgl. sei unbedingt nötig, um hier weitere ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden. Er verweise nur darauf, dass z.B. bei Krupp alle Motoren erstickt waren und neu gewickelt werden mussten.

Bezüglich des ARBEITSFRIEDENS könnten im allgemeinen günstige Beobachtungen gemacht werden. Es tauchten zwar Klagen über Arbeitsscheue auf, diese müsse man aber zur Arbeit

zwingen

A 098891

H3450-0061

3914-PS
59 -160-

zwingen oder hungern lassen. Eine Arbeitseinstellung von einigen Stunden sei in einem Falle bei Hutter & Schrantz aus örtlichen Gründen aufgetaucht, aber bald behoben worden. Es müsse jetzt schon darauf hingewiesen werden, dass bei der Vergebung des Kriegsverdienstkreuzes alle Stellen trachten müssen, gleichmässig vorzugehen, um nicht diese Auszeichnung, wie einzelne Auszeichnungen aus dem Weltkrieg, zu entwerten.

Oberbefehlshaber General v. S t ü l p n a g e l erklärt dazu:

Die Ausführungen bezüglich des Kriegsverdienstkreuzes seien richtig. Dasselbe gelte auch für das E.K. Er verweise in dem Zusammenhang darauf, dass im Heimatheer trotz grosser Leistungen Anträge für das Kriegsverdienstkreuz bis 1.VII.1940 zurückgestellt worden seien.

Bezüglich der Verbesserung der Wasserstrassen teile er die Meinung, es müsse alles, auch was jetzt nicht infolge Abbeitskräftemangel gemacht werden könne, getan werden, um sofort, wenn Arbeitskräfte und -Material da seien, arbeiten zu können. Es dürfe nicht vorkommen, dass immer die Truppen für Hochwasserhilfen u.dgl. herangezogen werden und dann womöglich vorne fehlen.

Min.Rat Dr. H a b e r m a n n führt hiezu aus, dass die Regelung dieser Frage im Gange sei, und zwar sowohl in Niederdonau als auch in Wien, wo Präs. J u n g Untersuchungen eingeleitet habe über alle Massnahmen, die getroffen worden können und zu treffen sind. Dies bestätigte auch Gauleiter J u r y.

Gen. v. S t ü l p n a g e l erklärt, bezüglich der Kriegsgefangenen seien grosse Zuschübe in der nächsten Zeit zu erwarten. Es seien aber noch gar keine Anforderungen hierfür da. Der Grund sei vielleicht der, dass sie nicht auf dem richtigen Weg über die Arbeitsämter gegeben werden und daher bei unzuständigen Stellen herumschwimmen. Derartige Fälle seien ihm von Wels, Horn und Tulln bekannt.

Der

A0988 92

3984-PS
60 -161-

Der V e r t r e t e r des L a n d e s e r n ä h r u n g s a m t e s erklärt hiezu, dass in der Landwirtschaft dafür Sorge getragen sei, dass die Anforderungen nur über das Arbeitsamt gehen. Gen. v. S t ü l p n a g e l erklärt, es müsse jedenfalls unbedingt klappen, um nicht einerseits die vornehmlich dringenden Arbeiten zu gefährden und die Staatsautorität andererseits zu untergraben.

Hierauf berichtet Min.Rat Dr. F ö r s t e r, die STILLEGUNGSAKTION sei im vollen Gange. Im Sinne des Planes hätten 1.268 Betriebe des Handwerks stillgelegt und 6.750 Arbeitskräfte dadurch frei werden sollen. Tatsächlich sei die Zahl aber viel geringer, da die gemeldeten Gefolgschaftsziffern in der Zeit der Meldung durch verschiedene Umstände, wie Einberufungen u.s.w., sich verändert haben. Es müssten auch viele Stillegungsbescheide zurückgezogen werden, da sich zeige, dass bei vielen fast kein Erfolg und viel grösserer Schaden angerichtet würde, wenn sie aufrecht blieben. Eine abschliessende Ziffer könne daher noch nicht gegeben werden.

Die Anforderungen der Arbeitsämter betragen 11.800 Arbeitskräfte, davon 9.000 Männer. Auch diese Zahl sei aber nicht ganz fix, weil die Rüstungsbetriebe oft dann viel weniger Leute brauchen, offenbar wegen der Umstellungen, die bei dem Fertigungsprogramm im Gange sind. Die AUSNAHMEAKTION, von Betrieben Arbeitskräfte durch Ausnehmung frei zu erhalten, wobei 5% oder auch mehr Arbeitskräfte eines Betriebes, je nach Feststellung einer Kommission, abgezogen werden, ist gleichfalls noch im Gange. Im allgemeinen müsse gesagt werden, dass jedenfalls die Widerstände gegen die Stillegungsaktion stark seien, sehr viele Einsprüche erfolgen und meistens darauf verwiesen werde, dass mit Rücksicht auf den Vormarsch die Situation sehr stark verändert sei. Diesbezüglich sei auch bereits nach Berlin berichtet worden, Eine Stellungnahme sei noch nicht erfolgt, weshalb die Aktion fortgesetzt werde. Eine Erleichterung sei aber möglich.

Wenn

A 098893

H3450-0062

H3450-0063

Wenn die Stillegungsaktionen wirklich Erfolg haben sollen, müsse man unbedingt zur Stillegung grosser Betriebe übergehen, die mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stellen können und bei denen die Massnahme auch nach sozialen Gesichtspunkten leichter vertretbar sei.

Zur KOHLENFRAGE sei zu sagen, dass die Hausbrandbevorratung vollständig unzureichend sei. In diesem Zusammenhang sei interessant, dass der Reichskohlenkommissar das Bezirkswirtschaftsamt aufgefordert habe, zu melden, welche Betriebe

1.) von der Kohlenseite her stillgelegt werden können,
2.) bei welchen Betrieben der Vorrat zulasse, dass sie 1 Monat nicht beliefert werden, woraus sich eine Verschärfung der Kohlensituation ergebe. Von den im Zusammenhang mit diesem Rundschreiben zu erwartenden Massnahmen sollen ausgenommen sein, Wehrmachtsbetriebe, Versorgungsbetriebe und aus dem Zivilsektor jene von kriegsentscheidender Bedeutung. Die Kohlenlage sei die, dass bei einem Bedarf von 36o Mill. Tonnen etwa 8o Mill. Tonnen fehlen. Verschärft sei die Kohlensituation noch durch das Transportproblem.

Min.Rat Dr. D a n n e r führt hiezu aus, dass die Kohlenversorgung stossweise erfolge. Die ostmärkische Industrie sei jedenfalls im allgemeinen für 1 1/4 Monate, also durchschnittlich gut versorgt, besonders das E-und Gaswerk. Dagegen sei die Situation bei Hausbrand zugegebenermassen schlecht, was zum Teil darauf zurückzuführen sei, dass andere Kohlensorten angeliefert werden, die für Hausbrand nicht tragbar sind. Es sei anzunehmen, dass die Anmeldungen zur Bevorratungsaktion im Übrigen den Bedarf übersteigen. Es werde eine Kürzung vorgenommen werden müssen, wobei bei der Gruppe I, Hausbrand mit Einzelofenheizung, die ungefähr 4o% der gesamten angemeldeten Menge ausmache, womöglich keine Kürzung vorgenommen werde. Die Kürzung werde eher bei der Gruppe "Zentralöfen und Gewerbe" vorgenommen werden. Im Übrigen seien nach seinen Unterlagen bereits ungefähr 4 Fünftel des Bedarfes, etwa 8o%, angeliefert. Durch die Umstellung im Oberschlesischen Syndikat und die Betrauung des Herrn Dr. Regner dort, werde die Situation für die Ostmark besser werden. Im allgemeinen sei die Situation bei der Steinkohle besser, wo 9 Mill.

A 098894 Tonnen

H3450-0064

3914-PS
62
-163-

Tonnen Kohle zu viel vorhanden seien; bei Braunkohle aber schlechter, wo ungefähr 23 Mill. Tonnen zu wenig da seien. Die Bevorratungsaktion in der Ostmark habe im Übrigen noch nicht eingesetzt.

Min.Rat Dr. F ö r s t e r führt fort und spricht über die TREIBSTOFFLAGE. Die in der Ostmark vorgenommenen Einschränkungen werden von der Reichsstelle sehr begrüsst. Es dürfte nun eine leichte Entspannung eintreten. In diesem Zusammenhang bittet er, dass dann gewisse Härten, die sich bei einzelnen Industriefirmen im Zusammenhang mit der Entwinkelungsaktion ergeben haben, ausgeglichen werden können.

Hiezu berichtet Dr. H a b e r m a n n, dass am 14. d.M. gemeldet werden konnte, dass durch die Entwinkelungsaktion in Wien, die vorgesehenen 10% unterschritten wurden, sodass es möglich sei, nun gewisse Härten in Einzelfällen auszugleichen. Gen. v. S t ü l p n a g e l erklärt dazu, dass er diesen Erfolg in Wien äusserst begrüsse, er sei aber der Meinung, dass man trotzdem bei Erleichterungen vorsichtig sein müsse, in welchem Zusammenhang er auf den grossen Brennstoffbedarf für England verweise.

Es berichtet sodann Major S c h e i d e m a n n vom Landesernährungsamt. Die VERSORGUNG bilde im allgemeinen keine Schwierigkeiten. Bei Gemüse seien kleine Mängel aufgetreten. Schwierigkeiten seien auch bei Futtermittel vorhanden. Der Viehstand müsse weiter etwas reduziert werden. Die Heu- und Haferumlagen sind umgelegt und es werde alles daran-gesetzt werden, um die Kontingente alle wirklich aufzubringen. Es seien allerdings sicher gewisse Schwierigkeiten dabei noch zu überbrücken. Besonders durch die Elementarereignisse sei schwerer Schaden angerichtet worden. In ganz Niederdonau 15.000 ha, davon besonders viel in den Gebieten Hollabrunn und Nikolsburg. Besonders bei Hafer sei daraus eine Schwierigkeit eingetreten. Dieser mache 26% der ganzen Ernte aus und es würden sicher noch verschiedene Schäden durch Hagel und andere Umstände eintreten. Sicher sei aber, dass die Aufbringungen trotz allem besser sein werden als im Vorjahr.

Die Frage des ARBEITSEINSATZES wird in der Landwirtschaft jetzt wieder dringend werden. Es liegen bereits Anmeldungen auf den Bedarf von 10.000 Arbeitskräfte vor. Er bitte in diesem Zusammenhang, wie für den Anbau auch für die Ernte

Ang 895

Urlaube von der Wehrmacht, besonders für kleine und mittlere Betriebe zu gewähren. Gen. v. S t ü l p n a g e l erklärt hiezu, dass noch nicht feststehe, in welchem Umfang Urlaube gewährt werden können, es werde aber vielleicht möglich sein, eine Erleichterung zu schaffen. Oberführer S c h a r i z e r erklärt, er müsse feststellen, dass entgegen dem angeblichen Bedarf von 10.000 Arbeitskräften der Landwirtschaft bei der Gauleitung in Wien bisher nur 2 Männer und 400 HJ.Jungen für die Erntehilfe angefordert worden seien.

Gauleiter J u r y erklärte hiezu, dass im allgemeinen zur Deckung des Arbeitsbedarfes im Gau ein arbeitsweiser Ausgleich mit freiwilligen Helfern getroffen werde. Insbesondere bei den Frauen habe sich der freiwillige Einsatz günstig erwiesen. Es hätten nur ganz wenige dienstverpflichtet werden müssen, die übrigen hätten sich freiwillig bereit erklärt. Die geringen Anforderungen zum freiwilligen Arbeitseinsatz von Kräften aus Wien seien vielleicht zum Teil darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr damit oft schlechte Erfahrungen gemacht wurden und solche Helfer ihre Einstellung als Sommerfrische betrachtet und zum Hamstern benutzt hätten. Zur Leistungsfrage habe sich im Gau Niederdonau die Errichtung von Arbeitserziehungslagern sehr bewährt. Es hätten dabei nur ungefähr 10% der in diese Lager Eingezogenen ausserordentlich streng behandelt werden müssen. Hier seien allerdings Schwierigkeiten vorhanden, weil die Arbeitslager formell als Einziehung zur Schutzhaft gezählt wurden. Diese Schwierigkeiten könnten aber überwunden werden.

Es spricht sodann Gauleiter P r o k s c h. Zur LOHNPOLITIK müsse gesagt werden, es sei festzustellen, dass der Lohnstop durch die Einheitsregelung von Berlin fast überall gebrochen wurde. Er müsse in diesem Falle die Arbeitsfront bitten, mit ihm gemeinsam sich für eine Beibehaltung des Lohnstops einzusetzen. In der Praxis sei oft das Gegen-

teil

A099896
H3450-0065

H3450-0066

teil festzustellen. Besonders viel Gebrauch werde von der Lücke gemacht, die sich dadurch ergebe, dass bei Änderungen der Tätigkeit ohne Befragen des Treuhänders vom Lohnstop abgegangen werden könne. In vielen Betrieben sei besonders die Tendenz wahrzunehmen, die Gehalte der leitenden Angestellten zu erhöhen. Dem müsse stark entgegengetreten werden. Was für die Kleinen gelte, müsse auch für die Grossen Gültigkeit haben. In diesem Zusammenhang müsse unbedingt auch einer strengeren Einhaltung des Preisstops und der Preissenkung unter exemplarischer Bestrafung bei Preisüberschreitungen das Augenmerk zugewendet werden.

Bezüglich der FRAUENARBEITEN sei nun eine Regelung getroffen worden. Es sei dies eine so brauchbare Form, die bald bekanntgemacht werden werde.

Bezüglich der URLAUBSABGELTUNG werde den Wünschen nach Abgeltung der Urlaube 1938/39 entsprochen; für 1940/41 müsse man sich hier aber ablehnend verhalten. Für die Höhe des Reallohnes in der Ostmark sei charakteristisch, dass jetzt schon Anträge auf Abgeltung des Urlaubs gestellt werden. In diesem Zusammenhang müsse erwähnt werden, dass die Arbeiter, besonders jetzt in der Rüstungsindustrie, meistens nicht in der Lage sind, die Schwerarbeiter-Lebensmittelzulagen zu kaufen.

Die ARBEITSEINSATZLAGE sei angespannt, besonders in der letzten Zeit. Die Zahl der Arbeitslosen sei auf 11.000 zurückgegangen, darunter nur 6442 Männer und davon 1.800 voll einsatzfähig. Eine Erleichterung erwarte man sich vor allem durch die Kriegsgefangenen. Hiezu kommt, dass man in Zukunft gestattet, dass auch die Belgier, Franzosen und Polen an einem Ort verwendet werden und dass der Einsatz an einzelnen Plätzen auch von aufgeteilten Kräften unter 10 Mann erfolgen könne, wobei allerdings mindestens 10 Mann je als geschlossene Kolonne übernachten, wohnen und auch sonst zusammensein sollen. General v. S t ü l p n a g e l macht hiezu auf die grosse Gefahr aufmerksam, welche in einer gemeinsamen Beschäftigung von Franzosen, Belgiern und Polen, die sich prügeln, wie sich bereits gezeigt habe, liege. Die Frage der Aufsichtspersonen der einzel-

nen

H3450-0067

3914-PS
65

nen Arbeitertruppen sei ausserdem besonders schwierig. Es kämen in der Ostmark bereits verhältnismässig viele Entweichungen vor. Er habe Klagen über das Verhalten der Hilfspolizei vorliegen. Die Abstellung sei oft schwierig, weil diese den Landräten unterstehen. Er bittet diesbezüglich um Unterstützung des Vorgehens mit den Landräten. Gauleiter P r o k s c h schlägt hiezu vor, dass man vielleicht die freiwilligen Helfer aus den Städten als Überwachungspersonal verwenden könne. Polnische Arbeitskräfte und Kräfte aus der Slowakei seien fast nicht mehr zu erwarten.

Zur AUSNAHMEAKTION erklärt Gauleiter Proksch, dass diese keine grossen Erfolge habe. Der Grund liege darin, dass die Ostmark von Arbeitskräften zu Gunsten des Altreichs bereits viel zu stark entblösst wurde. Es werde immer wieder betont, dass die verhältnismässig grosse Zahl der Facharbeiter in der Ostmark durch den geringen Rationalisierungsstand der Betriebe bedingt sei und man diese Kräfte nicht abziehen könne, wenn man die Betriebsleistung nicht gefährden wolle.

Zur STILLEGUNGSAKTION sagt Gauleiter P r o k s c h: Ein Erfolg könne, wie Min.Rat Förster ausführte, nur dann erzielt werden, wenn endlich grosse Betriebe stillgelegt würden.

Zu der angeschnittenen PREISFRAGE führt Dr. H a b e r m a n n aus, dass Gauleiter Bürckel diese bereits seinerzeit untersuchen liess und auf Grund der Untersuchungen Pg. Rafelsberger ein Exposé ausgearbeitet habe, dessen Vorschläge der Gauleiter im wesentlichen gebilligt habe. Die weitere Verfolgung erfolge nun von Pg. Rafelsberger.

Oberführer S c h a r i z e r wirft im Zusammenhang mit der ARBEITSEINSATZFRAGE die Frage auf, ob nicht die Juden mehr eingesetzt werden könnten, dass Arbeiter von Erdarbeiten u.dgl. weggenommen und dort Juden eingesetzt würden. Gauleiter P r o k s c h erklärt hiezu, dass die Juden im allgemeinen sehr wenig leisten, weshalb sie bei Arbeiten, die termingebunden sind, nicht verwendet werden könnten.

Major

A 098898

H3450-0068

Major S c h e i d e m a n n kommt noch auf die LOHNFRAGE zurück und erklärt, dass in der Landwirtschaft grosse Lohnüberschreitungen bei den Grossbetrieben zu verzeichnen sind, wodurch die Bauern, die nicht mitkönnen, das Nachsehen haben. Er verlangt hiezu exemplarische Bestrafung.

Min.Rat T ö p f e r spricht zur VERKEHRSLAGE.

Die Verkehrslage sei weiterhin äusserst angespannt. Der Verkehr sei über 78% grösser als im Vorjahr. Das Personal sei ungeheuer überbeansprucht, von einem Urlaub könne keine Rede sein. In dem Zusammenhang verweist er auf die KOHLENVERSORGUNGSLAGE DER REICHSBAHN, die als geradezu katastrophal bezeichnet werden müsse. Er stellt das Ersuchen, die Reichsbahnangelegenheit jederzeit äusserst zu unterstützen, verweist darauf, dass sie z.B. 40 wichtige Kriegswirtschaftsbauten, wie den doppelseitigen Ausbau der Stränge nach Hegyeshalom auszuführen habe und fast ihr Programm nicht mehr ausführen könne. In diesem Zusammenhang richtet er den Appell an die Landwirtschaft, unnütze Transporte zu vermeiden. Es komme immer wieder vor, dass viele Waren der Landwirtschaft von der Ostmark in weit entfernte Gebiete des Altreichs geführt werden, die hier ebenso abgesetzt werden könnten.

Die Juden könnten seiner Ansicht nach gut beim Verladen des aus den SA-Sammlungen noch lagernden Schrotts eingesetzt werden. Mit Rücksicht auf die angespannte Verkehrslage, sei es ausgeschlossen, dass der Personenverkehr wieder vergrössert werde.

Der Italienverkehr sei glatt bewilligt worden trotz Zusatzleistungen. Auch die Personalabgabe in besetzte Gebiete sei klaglos erfolgt.

Oberbahnrat B i r k e r führt hiezu aus: Die Wagenanforderungen für die Rüstungswirtschaft und die Ernährungswirtschaft können weiterhin voll befriedigt werden. Die Anforderungen steigen allerdings stündlich, weil die Güter, die darunter fallen, der Zahl nach ständig ansteigen.

Es sei nun eine neue grundsätzliche Regelung bezüglich der Wagenbeistellungen getroffen worden, wodurch die einzelnen Direktionen grössere Freizügigkeit haben. Diese wird nächste Woche veröffentlicht werden. Es werde eine

H3450-0069

3914-PS
67

-168-

gewisse Lockerung eintreten und möglich sein, den Bedarf verhältnismässig gut zu befriedigen. Anforderungen der Bau-und Zementindustrie werden allerdings in nächster Zeit nicht befriedigt werden können.

Zur KOHLENFRAGE schlage er vor, unbedingt so wie im Vorjahr auch heuer jetzt schon alles daranzusetzen, dass im grossen Umfang Ruhr-und Saarkohle auch in die Ostmark kommt. Von der Ruhr können Transporte in 38-45 Stunden ohneweiters in die Ostmark kommen.

Zur SÜDOSTFRAGE, Leitstelle in Berlin, sei zu sagen, dass Beschwerden dagegen eingebracht wurden, dass die Genehmigungen alle nach Berlin gehen müssen. Es werde erreicht werden, dass auf Grund der Zuteilung gewisser Kontingente die Genehmigungen für die Ostmark nun hier erteilt werden können und nicht in Berlin angesucht werden müssen.

Min.Rat D a n n e r erklärt zu der Anregung, Ruhr- und Saarkohle nach Wien zu liefern, dass es an sich jetzt etwas schwierig sei, Ruhrkohle zu bekommen, weil im Vorjahr teilweise noch englische Kohle nach Norddeutschland gekommen sei. Immerhin sei aber vorgesehen, dass die Anlieferungen für die Ostmark auch aus dem Ruhrgebiet kommen und das Verhältnis Ruhr zu Oberschlesien bei den Anlieferungen in die Ostmark 3 : 4 sei.

Hierauf schliesst Gauleiter J u r y die Debatte und bittet Oberleutnant K i r c h n e r vom Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, seinen Vortrag über den neuen wehrwirtschaftlichen Erzeugungsplan zu halten, was in der Folge geschieht.

AD98900

H3450-0070

Anlage 2

3914-PS
68

Wien, den 17. September 1940.

Anwesenheitsliste des Reichsverteidigungsausschusses

~~Reichsbleiter~~

+ ~~Präsident~~ B ö h m.
✓ Gauleiter Dr. J u r y
✓ Regierungspräsident G r u b e r .
✓ Regierungspräsident J u n g
~~Gauwirtschaftsber.~~ Schmidt
✓ Gauleiter E i g r u b e r
✓ Reg.Präs. v. H e l m s
~~Gauwirtschaftsber.~~ Hinterleitner
Stellvertr.Gauleiter Scharizer
Regierungsrat F i s c h e r
~~Beigeordneter~~ Rafelsberger
✓ Minister Reinthaller +
✓ Generalmajor G a u t i e r +
✓ General von Stülpnagel
~~General~~ L ö h r
✓ SS-Gruppenführer Kaltenbrunner !
~~Generalmajor~~ Dr. R e t z l a ff
✓ Präsident T ö p f e r
✓ Gauleiter P r o k s c h
✓ Ministerialrat F ö r s t e r
~~Oberlandforstmeister~~ Vasold
✓ Reichsbahnrat P f e i f e r
✓ ~~Staatskommissar Dr.~~ Mayerzedt +
~~Vizepräs.~~ R h o m b e r g
~~Standartenführer~~ H u b e r
✓ Direktor Dr. A n s e l m ~~Beauftragter des R.Min.Min.?~~
~~Dozent Dr.~~ S t a d l e r
Dr. G l a s e r
~~Baudirektor~~ L e n i k u s

A098901

H3450-0071

3914-PS
69

Ober-Regierungsrat Dr. L i p p e r t

Oberforstrat T h ü r r i g l

Major S c h e i d e m a n n

Ministerialrat P h i l i p p

Regierungsrat J o e d e c k e

Dr. R e i n h a r t

A 98902

H3450-0072

3914-PS
70

Frühere Liste

Reichsverteidigungsausschuss.

J u r y, Gauleiter und Reichsstatthalter	Reichsstatthalter in N.D.	I.,Herrengasse 11	U20-5-20
G r u b e r, Reg.Präs.	" "	"	"
Dr. S c h m i d t, Gauwirtschaftsberater	Gauleitung N.D.	I., Löwelstr.20	U 22-5-70
E i g r u b e r, Gauleiter u.Reichsstatthalter	Reichsstatthalter in Oberdonau	Linz,Volksgartenstrasse 40	
v. H e l m s,Reg. Präs.	Reichsstatthalter in Oberdonau	Linz,Volksgartenstrasse 40	
H i n t e r l e i t m e r Gauwirtschaftsberater	Gauwirtschaftsamt	Linz,Klostergasse 7	55-60
[illegible] h a r i z e r Stellvertr.Gauleiter	Gauleitung Wien	I.,Parlament,	R 50-5-60 direkte Leitung vom Hau Kl.251
Dr. F i s c h e r Reg.Rat	Reichsstatthalterei	I.,Ballhausplatz 2	U 24-5-20
RAFELSBERGER, Gauwirtschaftsberater	Amt des Gauwirtsch. Beraters	I.,Strauchgasse 1	A 49-5-60
REINTHALLER,Minister, Staatssekretär	Landesernährungsamt	I.,Löwelstrasse 16	U 25-5-35
C[illegible]a u t i e r,Gen.Maj.	Rüstungsinsp.XVII	III.,Pettenkofengasse 1,	U 17-2-73
v. STÜLPNAGEL,General	Befehlshaber im Wehrkreis XVII	I.,Stubenring 1	U 12-5-80
[illegible] h r Alexander General d.Flieger	Chef der Luftflotte IV und Befehlshaber Südost	50, Schwarzenbergplatz 13,	R 47-5-72
KALTENBRUNNER Dr. SS-Gruppenführer	SS-Oberabschnitt Donau	I.,Parkring 8	R 27-5-75
T ö p f e r,Reichsbahnpräsident	Reichsbahndirektion Wien	III.,Schwarzenbergplatz 3,	U 17-5-00
P r o k s c h, Gauleiter	Reichstreuhänder der Arbeit,	I.,Schubertring Nr.6	U 27-5-30
F ö r s t e r Dr. Ministerialrat	Bezirkswirtschaftsamt	IX.,Berggasse 16	R 57-5-70
V a s o l d Ing. Oberlandforstmeister	Regierungsforstmat	III.,Marxergasse 2	U 14-5-20
P f e i f e r,Reichsbahnrat	Bevollmächtigter f.d. Nahverkehr	I.,Kärntnerring 8	U 49-5-33
M a y e r z e d t Ing.Dr.	Staatskommissar i.d. Landesbauernschaft	I.,Löwelstrasse 16	U 25-5-35

A098903

H3450-0073

3914-PS
71

R h o m b e r g Präsident	Präs.d.Industrie-und Handelskammer,Wien	I.,Stubenring 8-10	R 23-5-00 U 28-5-20,Kl. 110
H u b e r Standartenführer	Inspekteur der Sicherheitspolizei	I.,Morzinpaltz	A 17-5-80
A n s e l m Dr.	Gebietsbeauftragter für Bewaffnung und Munition	I., Eschenbachg 9 ~~IV.,Lothringerstrasse~~ 8	U 43-5-75
L e n i k u s Baudirektor	Reichsstatthalterei Niederdonau	I.,Herrengasse Nr.11-13	U 20-5-20
G l a s e r Dr.	Gauwirtschaftsamt	I.,Strauchgasse 1	A 49-5-60
S t a d l e r Dr. [illegible]nt	Hauptwirtschaftsamt	I.,Strauchgasse 1	A 49-5-60
[illegible]ohm Präs.	Präsident des Landesarbeitsamtes Oberdonau	Linz	61-25
R e i n h a r t Dr.	Hauptwirtschaftsamt	I.,Strauchgasse Nr.1	A 49-5-60
Dr.L i p p e r t, Oberregierungsrat	Landesarbeitsamt Wien und Niederdonau	I.Hohenstaufengasse 2	U 27-5-30
T h ü r r i g l, Oberforstrat	Holz-und Forstwirtschaftsamt		U 14-5-20
S c h e i d e m a n n Major	Landesernährungsamt Donauland		U 25.5-35
[illegible]i l i p p Dr. [illegible]sterialrat	Preisbildungsstelle	I.,Herrengasse 7	U 29-5-60
J o e d e c k e Regierungsrat	Bezirkswirtschaftsamt	IX.,Berggasse 16	R 57-5-70

A098904

Geheim

3914-PS
72
1111

PROTOKOLL DER REICHSVERTEIDIGUNGSAUSSCHUSS-SITZUNG VOM 17.1.1940.

Reichsleiter von Schirach eröffnet die Sitzung mit Begrüssungsworten an die Erschienenen und führt in einleitenden Worten aus, dass nicht die Meinung aufkommen dürfe, man könne unter allen Umständen bereits mit einem ganz kurz bevorstehenden Kriegsende rechnen, es müsse vielmehr auf alle Fälle auf eine lange Kriegführung vorbereitet werden, damit nicht Enttäuschungen eintreten. Er gab der Absicht Ausdruck, den Reichsverteidigungsausschuss in Hinkunft öfter, als dies in der letzten Zeit geschehen war, einzuberufen.

Nach dem dann General v. Stülpnagel erklärte, dass er allgemeine Ausführungen zunächst heute nicht machen wolle, ergriff Generalmajor Gautier das Wort. Er führte aus, vom Führer sei sofort nach dem Sieg über Frankreich ein neues Programm für den weiteren Fortgang der Rüstungen aufgestellt worden.

Dadurch seien in der Rüstungsfertigung Umstellungen nötig geworden, welche im Bereiche des Wehrkreises XVII von der Rüstungsinspektion im Verein mit allen zuständigen Stellen, vor allem dem Vorsitzenden des Munitionsausschusses, Dr. Daub, in Angriff genommen werden. Der Verlauf des Krieges gegen Frankreich habe gezeigt, dass der Munitionsverbrauch verhältnismässig gering sei und die Bedeutung der schnellmotorisierten Truppen ungeheuer sei. Das Rüstungsprogramm sei daher ab nun im wesentlichen durch folgende Punkte gekennzeichnet:

1.) Drosselung der Munitionsfertigung,
2.) Beschleunigte Fertigung von Panzerkampfwagen für den Bedarf der schnellmotorisierten Truppen,
3.) bei der Marine forcierte Durchführung der U-und Schnellbootprogramme,
4.) bei der Luftwaffe forcierte Durchführung des Ju 88-Programmes.

Die

A 8905

H3450-0074

3914-PS
73

Blatt 2)

Die Umstellung im Rüstungsprogramm, besonders die Drosselung der Munitionsfertigung habe naturgemäss in der Wirtschaft Schwierigkeiten mit sich gebracht. In der Ostmark insbesondere seien grosse Investitionen durchgeführt worden, um eine grosszügige Inangriffnahme der Fertigung im Sinne des ursprünglichen Munitionsprogrammes zu ermöglichen. Das Munitionsprogramm sei dabei hier gerade im Anlaufen gewesen. Es sei nun in den meisten dieser Betriebe gar nicht zum Anlaufen gekommen, es müsse aber erklärt werden, dass die betreffenden Firmen sich sofort für die neuen Aufgaben bereitwilligst zur Verfügung gestellt haben. Die Rüstungsinspektion habe, in Zusammenarbeit mit den sonst hierfür zuständigen Stellen sich dabei bemüht, für den Ersatz von Schäden finanzieller Art, die dadurch entstanden sind, Sorge zu tragen.

Es sei möglich gewesen, ~~ix~~ durch die in der Zeit vom 29.VII. bis 4.IX.194o eingesetzten Wehrwirtschaftsprüfer 22.ooo Vergütungsanträge, die von,durch die Umänderungen im Munitionsprogramm benachteiligten Firmen gestellt wurden, sofort zu erledigen, wobei bereits bei einem Grossteil die Bezahlung der Vergütungen erfolgt sei.

Inzwischen ist vom Führer ein weiterer grosser Ausbau der Rüstung angeordnet worden, welcher sich im Laufe der nächsten Wochen weiter auswirken wird, und zwar nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handwerk.

Zur Rüstung müsste gesagt werden, dass Maschinen und Rohstoffe aus den besetzten Gebieten in solchem Masse zur Verfügung stehen, dass bei einem langen Kriege ein Engpass auch in der Ostmark nur in dem Mangel an Arbeitskräften bestehe. Es müsse deshalb

1.) die weitere Abgabe von Arbeitskräften aus der Ostmark im Wege des Reichsausgleiches verhindert werden. Dies wird zwar nicht immer restlos möglich sein, besonders bei plötzlichen Anforderungen für besondere Vorhaben, müsste aber nach Möglichkeit eingeschränkt werden;

2.)

1098906

H3450-0075

H3450-0076

3914-PS
74

2.) müssen die Bestrebungen verstärkt werden, ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene in die Ostmark überstellt zu erhalten, wofür die Rüstungsinspektion schon Vorbereitungen getroffen habe;

3.) müssen die Bauvorhaben eingeschränkt werden, um Arbeitskräfte zu sparen, auch aus der Rüstungsindustrie selbst, worauf die Rüstungsinspektion selbst einwirke.;

4.) müssen die Betriebsführer bei der Anforderung von Arbeitskräften die grösste Gewissenhaftigkeit obwalten lassen. Im Zusammenhang damit sei zu erwähnen, dass Reichsminister Todt bei Ausserachtlassung dieser Pflicht der Betriebsführer sogar die Gefängnisstrafe angedroht habe;

5.) müssen durch ausgedehnte Beurlaubungen geschulte Kräfte gewonnen werden.

Zur Leistung der Arbeit in der Ostmark sei zu sagen, dass sie durch Einflüge nicht gestört würde, trotzdem aber Ermüdungserscheinungen durch zu lange Arbeitsdauer auftreten. Es müsste die Forderung aufgestellt werden, dass nicht mehr als 6o Arbeitsstunden pro Woche verlangt werden dürfen. Ausserdem müssen alle Dienststellen darauf hinwirken, dem Arbeiter alle Sorgen, soweit es möglich ist, zu erleichtern. Dies gelte insbesondere für die Kohlenlieferung für den Winter und für die weitere Sicherstellung des Transportes zum Arbeitsplatz im Winter, wo sich im vergangenen Winter, es sei nur verwiesen auf die inzwischen behobenen Unzukömmlichkeiten am Bahnhof Hirtenberg, grosse Missstände gezeigt haben. Die Vorarbeiten für eine Vermeidung der Wiederholung dieser Missstände sind im Gange.

Die Verleihung von Kriegsverdienstkreuzen habe jetzt begonnen.

General v. S t ü l p n a g e l führt hiezu aus:

Bezüglich der Frage der Kriegsgefangenen seien gemeinsam mit dem Reichstreuhänder der Arbeit und dem Arbeitsamt in äusserst scharfem Ton gehaltene Anträge nach Berlin gerichtet worden, wobei loo.ooo Kriegsgefangene angefordert wurden. Trotzdem sei es leider nur möglich gewesen, jetzt eine Bewilligung von 15.ooo Kriegsgefangenen zu erhalten. Im Augenblick sehe er hier keine Möglichkeit,

 einer

H3450-0077

3914-PS
73

einer weiteren Besserung, da eben auch die Anforderungen aus dem Altreich und selbst nach Frankreich äusserst gross seien. Im Zusammenhang damit müsse er erwähnen, dass er mit der Zurverfügungstellung des Ersatzheeres in Hinkunft nicht so grosszügig verfahren könne wie bisher, es werden im kommenden Winter grosse Anforderungen an das Ersatzheer gestellt werden und er könne dieses nur bei wirklich katastrophaler Lage für den Arbeitsmarkt freistellen. Im Zusammenhang damit wird auch eine strengere Behandlung der Uk-Stellungen als bisher nötig sein. Ein besonders strenger Massstab müsse bei UK-Stellung bei dem Jahrgang 1914 und jüngere angelegt werden.

Im Zusammenhang auf den Angriff auf das Werk bei Braunau bittet er alle Stellen, auch Parteistellen, in solchen Fällen zunächst den zuständigen Wehrmachtstellen allein den Zutritt zu überlassen und Interventionen und Besichtigungen zurückzustellen.

Der Bevollmächtigte für den Nahverkehr, Ing. P f e i f e r, erklärt zur Regelung des Berufsverkehrs für den Winter, dass die Vorbereitungen so getroffen worden seien, dass er hoffe, es werde eine zufriedenstellende Regelung in diesem Winter, im Gegensatz zum vergangenen möglich sein. Er führt weiters aus, dass bezüglich der Nutzkraftfahrzeuge derzeit 12.889 im Wehrkreis 17 laufen und ein Bedarf von 2.385 auf Grund konkreter Ansuchen noch bestehe; hingegen im 3. Viertel des Jahres 1940 nur eine Zuweisung von 403 Wagen erfolgt sei. Es sei allerdings vor 14 Tagen noch eine Sonderzuweisung von 100 Stück holländischen Beutewagen erfolgt, diese aber müssten laut Weisung aus Berlin ausschliesslich auf den Gau Oberdonau verteilt werden.

Dr. F ö r s t e r erklärt zunächst gleichfalls, dass der grösste Engpass derzeit bei den Arbeitskräften liege. Zur Durchführung des schweren Programmes der Wehrmacht fehlen z.B. noch im gesamten Reichsgebiet 60.000 qualifizierte Facharbeiter. Es sei deshalb neuerdings eine Auskämmaktion im Gange, die voraussichtlich aber nicht zu grossen Erfolgen führen werde. Deshalb werden auch Verlagerungen innerhalb der Rüstungsindustrie selbst notwendig werden.

A 000908

Zur

3914-PS
76

Blatt 5)

Zur Frage der UK-Stellungen erklärte er, es sei eine Neuregelung dahin getroffen, dass jetzt vor allem nur Weltkriegsteilnehmer und noch nicht ausgebildete Fachkräfte aus den Jahrgängen 1901-1909 UK- gestellt werden können. Die UK-Stellung aller anderen Kräfte sei fraglich.

Bezüglich der Treibstofflage führte er aus, dass die Lage beim Vergasertreibstoff verhältnismässig gut, bei Dieseltreibstoff aber ungünstig sei. Die Bestrebung sei, eine Mischung von Benzin und Schmieröl an Stelle von Dieseltreibstoff zu verwenden. Auch Treibgas führte bisher zu keinem grossen Erfolg und stiess auf die Schwierigkei der Abhängigkeit von der Leichtbenzinproduktion. Ab 1.X.1940 wird auch eine Bewirtschaftung von Treibgas auf Bezugscheine eingeführt werden müssen.

Bei Kohle sei die Lage nicht als bedrohlich anzusehen. Es seien bereits über 40% des Hausbrandbedarfes eingelagert und werden voraussichtlich bis Beginn der Heizperiode 50% eingelagert werden können. Die Arbeitsgemeinschaft des Wiener Kohlenhandels habe sich in der Transportfrage hier bewährt.

Die neue Kleiderkarte sei ausgegeben. Ab 1.X.1940 wird eine, für 4 Monate bestimmte Seifenkarte ausgegeben werden.

Bei den Schuhen sei die Lage etwas besser als im Vorjahr, hingegen müsse die Versorgung mit Berg-und Arbeitsschuhen noch immer als vollkommen unzureichend bezeichnet werden. 50% der Anforderungen können nicht gedeckt werden.

Bei Reifen sei die Versorgungslage etwas besser, nur sehr schlecht bei besonders grossen Reifen, die nicht erhältlich sind.

Über die Kohlenversorgungslage spricht noch Min.Rat Dr. D a n n e r. Im allgemeinen habe sich die

Kohlen-

A 198909

H3450-0078

3914-PS
77

Blatt 6)

Kohlenversorgungslage gebessert- Es seien 100.000 Beutelastwagen neu eingestellt worden, welche die Transportlage wesentlich verbessert haben. Die Anlieferungen seien daher verhältnismässig viel grösser als im Vorjahr.

Bezüglich der Arbeiterfrage im Bergbau seien auch Erleichterungen eingetreten. Es wird ein Teil der beim Heer eingezogenen Bergarbeiter wieder in die Grube zurückgeführt (55.000) und es würden in den Gruben nunmehr 15.000 Italiener, Polen und andere Ausländer beschäftigt. Weiters werden auch neue Gruben angeworben.

Bei Braunkohle sei die Lage allerdings noch immer ungünstig. Hier fehlen 1/2 Mill. Tonnen.

In der Zeit vom 1.IV-31.VIII.1940 sei heuer um 33% mehr Kohle angeliefert worden als im Vorjahr.

Bei Erdöl sei die Produktion in der Ostmark im Jahre 1940 bereits auf 400.000 t gestiegen, sodass das Erdölrevier hier an 2. Stelle im Reich, bald wahrscheinlich an erster Stelle stehen wird.

Pg. Meyerzedt spricht über die Ernährungslage. Er schickt voraus, dass sich die schlechte Witterungslage äusserst ungünstig ausgewirkt habe.

Bei Getreide-und Futtermittel hätten durch die späte Ernte Hilfen der Reichsstelle zur Bedarfsdeckung einsetzen müssen.

Bei Nährmitteln sei die Lage günstig. Die Quote werde nicht ausgenützt.

Die Lage im Futtermittelsektor sei nach wie vor äusserst ungünstig und angespannt.

Die Getreideernte sei fast zur Gänze hereingebracht, sie sei bei Weizen und Roggen ungefähr 60-70% der Vorjahrsernte, bei Gerste 107-110% und bei Hafer ebenfalls 107-110%.

Körnermais leide sehr und werde vielleicht heuer nicht mehr ausreifen.

Der

A 098910

H3450-0079

H3450-0080

3914-PS
78

Der Herbstanbau schreite im wesentlichen fort. Auch an Saatgut sei kein Mangel.

Bei Obst sei die Ernte katastrophal. 5o-6o% der Zwetschken und 3o-4o% der Marillen seien überhaupt erfroren. Die Importe seien auch zurückgegangen, besonders aus dem Südosten wegen der schlechten Ernte dort. Der Verbrauch ist um das Doppelte gestiegen. Eine Sättigung des Marktes könne nicht stattfinden.

Vom Reichsernährungsministerium sei ein Sonderkontingent für Wien von lo Waggon pro Tag und 2o Waggon während der Messe zugesichert worden, von denen ~~xind~~ 7o Waggon nicht angekommen sind, worüber die Untersuchung derzeit noch laufe. In ungefähr 14 Tagen werden nach und nach looo Waggon Sommeräpfel aus der Südmark nach Wien kommen, die bei normaler Witterung bereits längst hier eingetroffen wären. Dann wird noch versucht, von den in der Steiermark noch vorhandenen looo Waggon Winteräpfeln so viel als möglich nach Wien zu bringen. Auf alle Fälle werde die Obstlage im Winter ungünstig sein. Zur Verbesserung werde jetzt der Kundenpass eingeführt und man müsse dafür Sorge tragen, dass der Verkauf unbedingt unter dem Ladentisch aufhöre.

Gemüse sei bis Ende August ungefähr normal aufgebracht worden, um bedarfdeckend zur Verfügung zu stehen. Infolge der kalten Witterung habe sich aber die Herbsternte verschoben, sodass der Mangel bis zum Winter andauern werde, dann werde bis Weihnachten genügend Gemüse vorhanden sein, von da an müsse der Bedarf vom Altreich gedeckt werden. Die nötigen Mengen seien bereits zugesichert.

Bei Fleisch habe der Bedarf gedeckt werden können. Die Anlieferungen aus dem Inland seien allerdings, vor allem wegen des Futtermittelmangels, sehr gering, die Deckung erfolge fast ausschliesslich aus den Einfuhren.

Bei Pferdefleisch seien verhältnismässig grosse

Mengen

A098911

H3450-0081

Mengen zur Verfügung gestellt worden.

Bei Milch sei die Anlieferung gestiegen. Seit Einführung des Kundenpasses seien auch in der Magermilchverteilung in Wien keine Schwierigkeiten mehr vorhanden.

Bei Butter sei eine Erzeugungssteigerung von 3o.ooo kg pro Woche zu verzeichnen. Trotzdem müsse noch ein Zuschuss von 2oo.ooo kg pro Woche erfolgen, was auf den erhöhten Butterverbrauch pro Kopf zurückzuführen sei, der 37.79 g, 38.88 g und 4o.87 g betragen habe.

Bei Käse sei der Bedarf auch stetig gestiegen.

Margarine werde ab 7.X.194o wieder wahlweise ausgegeben.

Der Ölbedarf könne gedeckt werden.

Bei Kartoffeln sei die Frühernte sehr gut, die Haltbarkeit aber nicht. Trotz vieler Angstkäufe bei Karzoffeln könne der Bedarf gedeckt werden, der 75 Waggon pro Tag betrage, gegen 3o Waggon normal. Spätkartoffeln stünden auch gut. Es sei Vorsorge getroffen, dass die Kartoffel heuer vor Eintritt der schlechten Witterung nach Wien gebracht und hier gelagert werden.

Bei Eiern könne der Bedarf gedeckt werden.

Wild sei wenig, es seien in Niederdonau jetzt 126.ooo.-- abgeschossen gegen 8o.ooo im Vorjahr.

Die Zuckerrüben haben sich in den letzten 2 Wochen erholt, der Zuckergehalt sei allerdings geringer als normal.

Der Bierverbrauch sei gesunken.

Bei Wein sei die Ernte schlecht, 6o-7o% unter normal. Importe aus Frankreich werden wahrscheinlich nur schleppend kommen.

Bei Fischen sei die Anlieferung gering.

Zur Frage der Landarbeiter müsse gesagt werden, dass für den Herbstanbau 15.ooo Arbeitskräfte fehlen. Es sei unbedingt eine zusätzliche Zuweisung von Kriegsgefangenen nötig. Auch eine zusätzliche Zuweisung von Treibstoff für den Drusch sei notwendig, wo derzeit 4oo.ooo kg Vergaser- und 25o.ooo kg Dieseltreibstoff fehlen.

A 98912

Es

H3450-0082

3914-PS
80

Es spricht sodann Oberlandesforstmeister V a s o l d vom Forst-und Holzwirtschaftsamt. Er führt aus, dass bei der Holzaufbringung grosse Transportschwierigkeiten herrschen und ausserdem grosser Mangel an Arbeitskräften. Es sei für den kommenden Winter Abhilfe unbedingt nötig, wenn die Forstwirtschaft ihre wehrwirtschaftlichen Aufgaben überhaupt erfüllen solle. Besonders müsse der Mangel an geschulten Waldarbeitern behoben werden. Bei der Zurverfügungstellung von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern hierfür sei unbedingt nötig, dass auch auf die fachliche Eignung Rücksicht genommen werde. Zur Deckung des Bedarfes an Arbeitskräften sei nötig, dass die älteren geschulten Waldarbeiter aus dem Wehrdienst UK gestellt und die jüngeren Jahrgänge bis 1910, zumindestens während des Winters beurlaubt werden. Bezüglich der Kriegsgefangenen sei eine Erleichterung der Einsatzbedingungen unbedingt nötig, und zwar bezüglich der Unterkünfte u.dgl. Weiters müsse wegen der Bekleidung der Gefangenen Abhilfe seitens der Arbeitsämter und der Stallags getroffen werden. Nach Abschluss der Herbstbestellung in der Landwirtschaft müssen im erhöhten Ausmass Kriegsgefangene für die Forst-und Holzwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Auch der Frage der Grenzgänge im nördlichen Niederdonau unter Zrverfügungstellung fachlich geschulter Slowaken müsse dabei ein Augenmerk zugewendet werden. Zur Erleichterung der Transportlage müsse er die Bitte aussprechen, ungefähr 200 Stück Beutepferde, vielleicht auch Speziallastwagen und Traktoren zuzuweisen sowie Kraftfahrer freizustellen. Weiters sei Pferdefutter nötig und Zuweisung von Treibstoff sowie eine Befassung der Preisüberwachungsstelle mit den hohen Forderungen für bäuerliche Gespanne.

Die Brennholzschwierigkeiten seien äusserst gross, es könne fast nichts geschehen, um diese zu mildern.

Es sprachen sodann Dr. R e i n h a r t und Dr. F o r s t e r darüber, dass die Versorgungslage mit Arbeitsschuhen äusserst schlecht sei und von Landräten bereits Meldungen darüber einlangen, dass Erkrankungen aus Mangel an geeigneten Schuhen eingetreten sind.

Gen.v. S t ü l p n a g e l verweist darauf, dass

A0988913

H3450-0083

3914-PS
81

Versorgung der Kriegsgefangenen mit Kleidung sehr schwierig sei, da der Bedarf des Ersatzheeres selbst sehr gross sei und nur äusserst unzureichend gedeckt werden könne. Zur Frage der weiteren UK-Stellung von Kräften für die Forstwirtschaft müsse er auf die strenge Weisung für UK-Stellungen hinweisen. Wegen der Beurlaubung geschulter Waldarbeiter für den Winter mache er darauf aufmerksam, dass die Ansuchen unbedingt rechtzeitig einlangen müssen, was oft nicht der Fall sei. Weiters erklärt er, dass er die Frage der Erleichterung der Einsatzbedingungen bezüglich der Unterkunft nachprüfen werde. Eine Erleichterung des Einsatzes in der Forstwirtschaft an sich sei schwierig, weil die Möglichkeiten einer Flucht hier gross seien und Fluchtversuche in grösserer Anzahl unter keinen Umständen vorkommen dürfen. Auch die Frage der Zurverfügungstellung von Beutepferden werde er prüfen. Die Zürverfügungstellung von Spezial-lastkraftwagen sei ausgeschlossen.

Es sprach sodann Dr. P r o k s c h über die Arbeitseinsatzlage und erklärte, es seien zwar im Bereich des Arbeitsamtes Wien-Niederdonau noch 6.728 Arbeitskräfte arbeitslos, also verhältnismässig viel (die zweitgrösste Zahl im Reich), darunter seien aber sehr viel Juden und viele, die fast nicht einsatzfähig seien und erst von der Fürsorge dem Arbeitsmarkt wieder zugewiesen wurden. Kriegsgefangene seien am 15.IX.194o 26.824 eingesetzt gewesen, davon 15.144 in der Landwirtschaft. Ein offener angemeldeter Bedarf bestehe darüber hinaus an rund 33.ooo Kriegsgefangenen. Die 15.ooo neu zugewiesenen Kriegsgefangenen können daher den Kräftebedarf nicht befriedigen.

Dienstverpflichtungen seien im Monat August 2.256 vorgenommen worden, davon 356 in einem Bereich ausserhalb des Arbeitsamtes. Die Bemühungen werden fortgesetzt werden, das Gebiet des Arbeitsamtes als Gebiet erklären zu lassen, welches keine Abgabe mehr zulasse. Er bitte den Reichsleiter, diese Bemühungen weiter zu unterstützen.

Der Ernteeinsatz habe einen Spitzenbedarf gebracht,

der

A098914

H3450-0084

der abgedeckt werden konnte, unterstützt durch freiwillige Helfer und vor allem auch durch Wehrmachtseinsätze. Der Einsatz der weiblichen Arbeitskräfte lasse noch sehr viel zu wünschen übrig, besonders der alleinstehender Frauen eingerückter Soldaten. Kräfte aus dem Ausland können nur verhältnismässig in geringem Umfang mehr erhalten werden.

Die Zurverfügungstellung geschulter Forstarbeiter, wie sie heute gefordert wurde, sei besonders schwierig, wobei die Frage der Bekleidung eine besondere Rolle spiele. Die Einsatzbedingungen für die Kriegsgefangenen in der Forst- und Holzwirtschaft seien seiner Ansicht nach tatsächlich zu hart. Grosser Bedarf an Arbeitskräften bestehe an Bergleuten, in der Erdölindustrie, besonders in den Steinbrüchen, in der Stein-und Ziegelindustrie, wo bereits Vorbereitungen für den Einsatz von Kriegsgefangenen getroffen wurden, ohne dass solche erhalten werden konnten, in der Textilindustrie, in der Holzindustrie, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, hier besonders bei Bäckern, Müllern und Fleischern, in der Bekleidungsindustrie, im Schuhmachergewerbe, in der Bauindustrie, im Gaststättengewerbe und im Verkehr. Bei den Metallwerkern sei infolge der Umstellung im Rüstungsprogramm die Lage noch nicht sehr verschärft. Die Frage der Grenzgänge, die heute angeschnitten wurde, werde von Berlin gelöst.

Sozialpolitisch müsse gesagt werden, dass in letzter Zeit verhältnismässig viele Arbeitsvertragsbrüche zu verzeichnen sind, an einem Tag 6o-7o, wobei es sich meistens um junge, 17-2ojährige gut bezahlte Kräfte handle. Bei den Hausgehilfinnen seien die Löhne unbedingt zu hoch, besonders die Geschenkzusätze. Mit der Aufhebung der Zollgrenze im Protektorat können unter Umständen Rückwirkungen auf den Gau Niederdonau eintreten, die verhindert werden müssen.

Pg. T ö p f e r spricht über die Verkehrslage und sagt, vom 15.X.194o an beginne neuerdings die für die Reichsbahn besonders angespannte Zeit. Die Lage sei so, dass bei einem Bedarf von 2oo.ooo Güterwagen 15o.ooo zur Verfügung stehen, in der Ostmark bei einem in früheren Zeiten vorhanden gewesenen Bedarf von 2.5oo - 3.3oo Wagen täglich, derzeit ein Bedarf von über 4.ooo bestehe.

H3450-0085

Die 1oo.ooo Beutewagen können hierbei nur eine teilweise Entlastung bringen, weil sie nur einem Einsatz von 2o.ooo pro Tag entsprechen bei einem 5-tägigen Wagenumsatz.

Die gesenkten Wagenstandsgelder haben dazu geführt, dass die Entladungen teilweise nicht sofort vorgenommen werden und bis zu 3oo Wagen pro Tag, z.B. in der Reichsbahndirektion hier, stehen geblieben sind. Dies bedeutet für die Reichsbahndirektion Wien eine solche Belastung, dass wahrscheinlich wieder auf das 5fach statt 3fache der Wagenstandsgelder hinaufgegangen werden muss.

Im Personenverkehr sei die Spitze des Sommerverkehrs verhältnismässig gut bewältigt worden. Es werden nun neuerdings grosse Anforderungen für Militär-Schnell-Urlauberzüge entstehen und Verschiebungen.

Die Lage bei der Kohle beurteile er nicht besonders günstig. Es sei im Verhältnis zum Vorjahr der Vorrat viel geringer. Bei den Bauten der Reichsbahn seien nun auch die dringlichsten Bauten noch in 4 Dringlichkeitsstufen eingeteilt worden:

1.) Kriegswichtig,
2.) Betriebswichtig,
3.) Bauten für den Verkehrsdienst,
4.) Bauten für"Schönheit der Arbeit".

Es könne derzeit überhaupt nur die erste Untergruppe in Angriff genommen werden.

Bezüglich der Leistungen habe sich in der letzten Zeit ergeben, dass vorbestrafte Arbeitskräfte zugewiesen wurden, die im Betrieb für die Aufrichtung einer Art passiven Resistenz Propaganda machen, besonders im Zusammenhang damit, dass die an sich strengeren Altreichsbedingungen, die aber nicht untragbar sind, eingeführt wurden.

Die Arbeitsleistung insgesamt sei von 6oo Mill. Zugs-km auf 9oo Mill. km gestiegen.

Daraus erklärt sich auch, dass trotz absoluter erhöhter Kohlenzufuhr relativ die Kohlenlage heuer ungünstiger ist.

Reichsleiter von S c h i r a c h schliesst mit Dankesworten an die verschiedenen Teilnehmer.

A 198916

H3450-0086

3914-PS

P. 30 - Line 10 & signature of Fischer

P. 31 Fischer name -
Initialed BVS.

P. 33 - Dr. Fischer -

P. 68 Dr Fischer

P. 86 - Dr. Fischer

H3450-0087

1111

3914-PS
84

Wien, am 18. September 1940.

Für Herrn Ministerialrat HABERMANN

Herrn Reichsleiter vorzutragen.

Zur Frage der Teilnehmer an den Reichsverteidigungsausschußsitzungen und der Arbeitsweise des Verteidigungsausschusses bemerke ich folgendes:

Nach der "Anordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung zur Durchführung der Verordnung über die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren" vom 22.IX.1939 (RGBl.I S.1937) ist zu unterscheiden zwischen

1.) Mitgliedern kraft Amtes:

Reichsstatthalter Dr.Jury
Reichsstatthalter Eigruber
Höhere SS und Polizeiführer SS Gruppenführer Kaltenbrunner
Regierungspräsident in Wien Dr. Delbrügge
Regierungspräsident in Niederdonau Dr.Gruber,
Regierungspräsident in Oberdonau Dr. ~~von Helas~~ Palten
Landesarbeitsamtpräsident und Reichstreuhänder der Arbeit Proksch

2.) Mitglieder kraft Berufung durch den Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung:

Bürgermeister in Wien. Blaschke

3.) Personen, die vom Reichsverteidigungskommissar zugezogen werden. (siehe unten).

Die "Dienstanweisung für die Reichverteidigungskommissare" spricht sich unter II Ziffer 3 über die Teilnehmer und die Arbeitsweise des Verteidigungsausschusses folgendermassen aus:

"a) Der Verteidigungsausschluß soll regelmäßig, mindestens einmal im Monat, zusammentreten. Es ist Pflicht des Reichsverteidigungskommissars, die Besprechungen persönlich zu leiten.

b) Im Verteidigungsausschluß sollen wichtige Reichsverteidigungsprobleme des Wehrkreises behandelt werden. Die Sitzungen

A 19917 des

H3450-0088

3914-PS
85

des Verteidigungsausschusses dienen dazu, den Reichsverteidigungskommissar durch die verantwortlichen Männer aus den verschiedenen Aufgabengebieten des Wehrkreises mündlich zu unterrichten und die einheitliche Ausrichtung der Reichsverteidigungsmaßnahmen der verantwortlichen Aufgabenträger sicherzustellen.

c) Die Mitglieder des Verteidigungsausschusses sollen an den Sitzungen persönlich teilnehmen. Zuzuziehen sind außer den Mitgliedern der Reichsverteidigungsreferent, ~~(unten Ziff. V, 4)~~ sowie der Leiter des Führungsstabes Wirtschaft, erforderlichenfalls auch die Leiter der beteiligten Wirtschaftsverwaltungsämter (Bezirkswirtschaftsamt, Landes-(Provinzial-)Ernährungsamt, Forst- und Holzwirtschaftsamt) und die Leiter der sonstigen Dienststellen, deren Geschäftsbereich Gegenstand der Beratungen ist.

Dem Wehrkreisbefehlshaber ist von den Sitzungen des Verteidigungsausschusses Mitteilung zu machen, damit er selbst teilnehmen oder sich vertreten lassen kann.

Der Wehrkreisbefehlshaber veranlaßt gegebenenfalls die Teilnahme der höheren Dienststellen der Kriegsmarine und der Luftwaffe an den Sitzungen."

Unter Berücksichtigung der nach II 3 c der Dienstanweisung zuzuziehenden Personen ergibt sich folgende Teilnehmerliste für den Ausschuß:

Reichsleiter als Reichsverteidigungskommissar

Ministerialrat H a b e r m a n n, persönlicher Referent

Regierungspräsident in Wien

Bürgermeister in Wien

(?) stellvertretender Gauleiter S c h a r i t z e r,

Gau-

A-98918

H3450-0089

3914-PS
86

Gauleiter Dr. J u r y

Regierungspräsident G r u b e r

Gauleiter E i g r u b e r

Regierungspräsident Dr.von H e l m s

SS-Gruppenführer K a l t e n b r u n n e r

Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h

General von S t ü l p n a g e l

Generalmajor G a u t i e r

Direktor A n s e l m, Beauftragter des Reichsmunitionsministers Dr.Todt

Ministerialrat Dr. F ö r s t e r, Führungsstab Wirtschaft,

Landesarbeitsführer R e i n t h a l e r oder Gauamtsleiter Mayerzedt, Landesernährungsamt,

Ministerialrat D a n n e r, Sonderbeauftragter f.d.Kohlenbe-

Ministerialrat Dr.C a e s m a n n oder Reichsbahnrat Pfeifer wirtscha tung

(Nahverkehrsbevollmächtigter)

Reichsbahnpräsident T ö p f e r

Regierungsrat Dr. F i s c h e r, federführender RV-Referent im Wehrkreis XVII

Dr. G l a s e r, Protokollführer.

./ Die Liste der bisherigen Teilnehmer füge ich bei.

Bisher ist die Teilnahme am Verteidigungsausschuß entsprechend dem Inhalt des in Abschrift nachstehenden Berichts des Gauleiters Bürckel/vom 15.Dezember 1939 an den Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung geregelt worden:

"Die in Ihren Erlassen vorgesehenen Besprechungen des Reichsverteidigungsausschusses finden bei mir für den Wehrkreis XVII bereits seit Kriegsbeginn in Abständen von 1 bis 2 Wochen statt. Zu den Besprechungen werden regelmäßig die in Ihrem Erlaß vom 7.Oktober d.Js.genannten Personen sowie der Bürgermeister von Wien und,im Hinblick auf die große Wichtigkeit der Verkehrsfragen in der Ostmark, der Reichsbahnpräsident von Wien geladen. Das Generalkommando läßt sich durch den Rüstungsinspekteur vertreten. Ferner nehmen in der Regel an den Sitzungen die Leiter der Be-

 zirks-

3914-PS
87

H3450-0090

zirkswirtschaftsamtes, des Landesernährungsamtes und des Holzwirtschaftsamtes sowie die sonstigen Mitglieder des Führungsstabes Wirtschaft, der Bevollmächtigte für den Nahverkehr und die Reichskommissare bei den Handelskammern Oberdonau, Niederdonau und Wien teil.

Soweit zur Erörterung besonders vertraulicher Angelegenheiten ein besonderes Bedürfnis besteht, habe ich mir vorbehalten, mit den in Ihrem Erlaß vom 7.10.1939 bezeichneten Personen besondere Besprechungen abzuhalten. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit dem Generalkommando durch Einzelbesprechungen sichergestellt.

Die von mir getroffene Regelung hat sich im Wehrkreis XVII hervorragend bewährt. Es ist eine wirklich vorbildliche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen erreicht, und ich möchte Sie bitten, an dieser Regelung, die sich durchaus im Rahmen Ihrer beiden Erlasse und der für die Reichsverteidigungskommissare erlassenen Dienstanweisung hält, nichts zu ändern. Die formelle Berufung der an den Besprechungen teilnehmenden Personen zu Mitgliedern des Reichsverteidigungsausschusses erübrigt sich."

Den Akt 1111 des RV-Referates (I a RV) füge ich bei.

A 098920

3914-PS
88

Der Stellvertretende
Kommandierende General
des XVII. Armeekorps
und
Befehlshaber im Wehrkreis XVII

Wien I, den 18. Oktober 1940.
Stubenring 1

Der Ba... in Wien
Adjutantur
Eing.: 19 OKT. 1940

An

den Reichsverteidigungskommissar

Herrn Reichsleiter Baldur von S c h i r a c h

W i e n , I.

Ballhausplatz Nr. 2

Infolge plötzlicher Veränderung in meiner Stellung und der damit verbundenen sofortigen Abreise, bin ich leider nicht mehr in der Lage, mich von den Herren Mitglieder des Reichsverteidigungsausschusses persönlich zu verabschieden.

Ich darf Sie Herr Reichsleiter bitten, bei der nächsten Sitzung den Herren meine herzlichsten Abschiedsgrüße zu übermitteln, nebst aufrichtigem Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Wehrkreiskommando.

Meine besten Wünsche begleiten die weitere Tätigkeit des Reichsverteidigungsausschusses.

H e i l H i t l e r !

Im Auftrage

General der Infanterie.

A098921

H3450-0091

3914-PS
89

Entwurf.

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII

I a RV - K ~~1111~~ - 407/40.
1010B

Wien, am 19. November 1940.

1.) Herrn

Die nächste Reichsverteidigungsausschußsitzung findet am

Dienstag, den 26. November 1940, 11 Uhr,

im Zimmer Nr. VI, Wien I, Ballhausplatz 2, ~~statt~~.

Da sich die Ausschußsitzungen ihrer Natur nach im engsten Kreise halten sollen, bitte ich möglichst persönlich zu kommen und von der Heranziehung von Referenten abzusehen.

In Vertretung:

Regierungspräsident.

2.)

A098922

H3450-0092

H3450-0093

3914-PS
90

2.) Tagesordnung

für die Reichsverteidigungsauschußsitzung am 26.November 1940.

1.) Begrüßung durch den Reichsverteidigungskommissar

2.) Einführung des Regierungspräsidenten Dr.Dellbrügge

3.) Einführung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals der Infanterie Streccius

4.) Referat über den Rüstungsstand (Generalmajor Gautier)

5.) Referat über die Wirtschaftslage (Ministerialrat Dr.Förster)

6.) Referat des Nahverkehrsbevollmächtigten (Ministerialrat Dr.Caesmann)

7.) Referat über die Kohlenversorgung (Ministerialrat Danner)

8.) Referat über die Ernährungsfragen (Gauamtsleiter Meyerzedt)

9.) Referat über die Transportverhältnisse der Reichsbahn (Reichsbahnpräsident Töpfer)

10.) Referat über Arbeitseinsatz und soziale Verhältnisse (Landesarbeitsamtspräsident Proksch)

V

11/11.

Zu 1.) abgegeben am 20.11.41
V

A098923

3914-PS
91

Der Reichsstatthalter in Wien

Landesernährungsamt Donauland

Gesch.-Z. JVA I 50/LEA
Im Schriftverkehr stets angeben

Zum Schreiben vom 19.11.1940

Gesch.-Z. I a RV-K 1111-407/40

Wien, 21.11.1940
1., Löwelstraße 16
Postanschrift: Wien 1., Postfach 250

22
RV-K 407/40
Der Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis XVII
Eingel. am 23. Nov. 1940
Ia RD-K 422/40 Blg. 2
1111
1010B

An den
Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII
z.H. Regierungspräsident Dr.Dellbrügge
W i e n I.,
Ballhausplatz

Ich danke Ihnen für die Mitteilung,daß am Dienstag, den 26.11.1940 11 Uhr eine Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses stattfindet.Ich bin leider in meiner Eigenschaft als Unterstaatssekretär dienstlich in Anspruch genommen,so daß ich an der Sitzung nicht teilnehmen kann.Ich habe meinen allgemeinen Vertreter,den Landesobmann der Landesbauernschaft Donauland Bauer Ing.Alois Spitzer beauftragt,mich in der Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses zu vertreten.

In Vertretung:
gez.Reinthaller

F.d.R.

Der Reichsstatthalter in Wien, Stellvertreter, Landesernährungsamt Donauland, Beglaubigt

1098924

H3450-0094

3914-PS
92

Tagesordnung

für die Reichsverteidigungsausschußsitzung am 26. November 1940.

1.) Begrüßung durch den Reichsverteidigungskommissar
2.) Einführung des Regierungspräsidenten Dr. Dellbrügge
3.) Einführung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals, Generals der Infanterie Streccius
4.) Referat über den Rüstungsstand (Generalmajor Gautier)
5.) Referat über die Wirtschaftslage (Ministerialrat Dr. Förster)
6.) Referat des Nahverkehrsbevollmächtigten (Ministerialrat Dr. Gaessmann)
7.) Referat über die Kohlenversorgung (Ministerialrat Danner)
8.) Referat über die Ernährungsfragen (Gauamtsleiter Meyerzedt)
9.) Referat über die Transportverhältnisse der Reichsbahn (Reichsbahnpräsident Töpfer)
10.) Referat über Arbeitseinsatz und soziale Verhältnisse (Landesarbeitsamtspräsident Proksch)

A 098925

H3450-0095

H3450-0096

3914-PS
93

Anwesenheitsliste

Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 26. November 1940.

Name	Dienstbezeichnung	Dienststelle
Dr. Dalluege	Reg. Präs.	Pol. Wien
Stuckart	Staatssekretär	RMdI
Lammers	Chef der Reichskanzlei	Reichskanzlei
Keitel	Chef des OKW	OKW
Hanke	Gauleiter	Gau Niederdonau
Schwarz	Reichsschatzmeister	Reichsschatzmeister der NSDAP
Hamm	Ministerialrat	RMdI
Koppler	Gauleiter	Gau Oberdonau
Vogel	Reichsstatthalter	Reichsstatthalter in Bayern
Ritterspach	Oberpräsident	Oberpräsident
Dr. Todt	Generalinspektor für Wasser und Energie	Generalinspektor für Wasser und Energie
Backe	Reichsminister	RMEL
Popitz	Staatssekretär	RFM
Syrup	Präsident	Reichsarbeitsverwaltung
Reinhardt	Staatssekretär	RFM
Landfried	Ministerialdirektor	RVK
Dr. Todt	Reichsminister	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
Dr. Fischböck	Staatssekretär	Reichsministerium für Wirtschaft
Dr. Ohlendorf	Ministerialdirigent	Reichswirtschaftsministerium
Dr. Lehmann	Präsident	Reichsamt für Wetterdienst
Dr. Wagner	Gauleiter	Gau München-Oberbayern
Dr. Conti	Reichsleiter	Reichsgesundheitsführer
Dr. Leibbrandt	Ministerialrat	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
Dr. Todt	Reichsminister	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
Dr. Ley	Reichsleiter	Reichsorganisationsleiter der NSDAP
Dr. Frank	Generalgouverneur	Generalgouvernement
Dr. Lammers	Chef der Reichskanzlei	Reichskanzlei
Dr. Meerwein	Ministerialrat	RMdI
Dr. Schlotterer	Ministerialrat	RMdI
Dr. Stuckart	Staatssekretär	RMdI
Dr. Schieber	Ministerialdirigent	RMdI
Dr. Schmitt	Reichsminister	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Todt	Reichsminister	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
Dr. Schmitt	Reichsminister	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Todt	Reichsminister	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition

3914-PS
95

H3450-0097

3914-PS
94

H3450-0098

Name	Dienstbezeichnung	Dienststelle
Dr Fischer	Min. Rat	B.W.A
Ing. A. Spitzer	Landesobmann	LBsch. Donauland
Meyerzed	Landes-Hauptabteilungs Leiter	" "
Alfred Probst	Reichstreuh. d. Arbeit	Zh. u. L.A.A. Wien-Niederd.
Neuentrunning	SS-Lief.	Höherer SS- u. Pol. Führer i. Wkr. XVII.
Dr Wiesenthal	Gen. d. Inf. XVII. A.K.	
Zellner	Obst Chef WK XVII.	WK XVII.
Dr Philipp	Min. Rat	Neubildungsstelle

A 698927

H3450-0099

3914-PS
96

RT-K-1111

GEHEIM!

1

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 26. November 1940.

Anwesend sind die aus der angehefteten Liste ersichtlichen Ausschußmitglieder.

Der Vorsitzende, Reichsleiter von S c h i r a c h, eröffnet die Sitzung mit Begrüßungsworten. Er begrüßt ~~besonders~~ seinen neuen Vertreter, Regierungspräsident Dr. Dellbrügge, und dankt Ministerialrat Habermann für die bisher in seiner Vertretung geleistete Arbeit.

Er übermittelt den Dank ~~für die Zusammenarbeit in der vergangenen Zeit, den~~ der bisherige Stellvertretende Kommandierende General, General der Infanterie von S t ü l p n a g e l, ~~allen Anwesenden sagen läßt, und der sich infolge seiner schnellen Abberufung nicht hat persönlich~~ verabschieden können.

Er begrüßt sodann besonders General der Infanterie S t r e c c i u s, ~~den Nachfolger des Generals von Stülpnagel~~.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende zu den Luftalarmen, die neulich im Wehrkreis XVII ausgelöst worden sind, daß ~~ein Teil der~~

H3450-0100

Bevölkerung sich im Irrtum befinde, glaube, daß es sich wirklich um Angriffe größeren Stils gehandelt habe. Er spricht sich dahin aus, daß bei solchen Gelegenheiten Luftalarm nur dann gegeben werden soll, wenn die Flak schießt.

General H i r s c h a u e r erklärt dazu: [illegible] Am bewußten Tag sei eine Mitteilung aus Passau hereingekommen, daß Flugzeuggeräusche hörbar wären, deren Abstammung nicht festgestellt werden könnte. Durch eine Ungeschicklichkeit wäre das Wort "feindliche" gefallen. Zur gleichen Zeit seien aus einem Ballon Flugzettel abgeworfen worden. Es lag daher die Kombination nahe, daß es sich tatsächlich um ein feindliches Flugzeug handeln müsse. Dies habe den Luftalarm ausgelöst. Bis jetzt sei im Wehrkreis XVII erst einmal untertags Luftalarm, vergangenen Sommer nachts 2 mal "Luftgefahr" verfügt worden. Bei dieser Gelegenheit möchte er erwähnen, daß die Verdunklungsvorschriften durch Weisung des Reichsmarschalls bzw. des Führers so scharf sind, daß eine Erleichterung ohne Genehmigung des Reichsmarschalls nicht ausgesprochen werden könne, und daß gerade jetzt die Verdunklungsvorschriften in schärfster Form durchgeführt werden müßten.

A 098929

H3450-0101

3914-PS
98
3

Er persönlich wäre auch der Auffassung, daß man der Ostmark Erleichterungen zubilligen könnte, Voraussetzung müßte sein, daß die ganze Beleuchtung mit einem Schlage ausgeschaltet werden könnte. Man müßte dabei bewußt in Kauf nehmen, daß einzelne feindliche Maschinen in sehr großer Höhe einfliegen und damit sich dem Flugmeldedienst entziehen. Die Kommandeure des Luftflottenkommandos haben diesbezüglich seine Auffassung geteilt.
Die Frage des Reichsleiters, ob in Linz eine Sondergenehmigung bestehe, bejahte General Hirschauer und erklärte, daß in Linz die Hauptstrassen ab 6 h früh und bis 20 h abends beleuchtet würden. Es soll bei Reichsmarschall Göring ersucht werden, die gleiche Erleichterung für den ganzen Wehrkreis XVII zu erreichen.

Es spricht sodann Generalmajor G a u t i e r über den Rüstungsstand. Die von ihm in der letzten Sitzung erläuterte Steigerung des Winterprogramms sei im Anlaufen.

Es sei zu fordern:

1.) Klare Scheidung in den Dringlichkeitsgraden der gesteigerten Aufgaben,

2.)

A 098930

H3450-0102

3914-PS
99 4

2.) Zurückstellung aller Arbeiten im zivilen Sektor,

3.) Erhöhten Arbeitseinsatz auf den Rüstungsgebieten.

Bezüglich Ausweitung der Wehrmachtsaufträge, die Millionen betragen, sei die Rüstungsinspektion unterrichtet. Durch Instandsetzung der Beutemaschinen können der Ostmark neue Wehrmachtsaufträge zufließen. Auf Betreiben der Rüstungsinspektion werden 200.000 Beutemaschinen aus Frankreich erwartet, mit deren Verteilung diese Woche begonnen werden soll. Die Beschäftigung des zivilen Sektors hänge in erster Linie von verfügbaren Arbeitsplätzen ab. Der große Kräftebedarf für das Winterprogramm wird durch langfristige Arbeitsurlaube befriedigt. Diese Maßnahme habe sich bereits sehr günstig ausgewirkt.

Trotz der hohen Anforderungen, die an die Rüstungsarbeiter gestellt werden, hat die Stimmung in den Gefolgschaften keinen Anlaß zur Klage gegeben. Kleine Reibungen wurden rasch behoben. Er machte ~~Hier möchte er nicht verfehlen, den Herrn Reichsleiter aufmerksam zu machen~~ auf das Mißverhältnis der Preise zum Lohn in der Ostmark im Vergleich zum Altreich aufmerksam. Die Preise für Verbrauchsgüter in Wien sind unnatürlich

A 19893

H3450-0103

3914-PS
100 5

hoch. Bei fast gleichbleibenden Lohnverhältnissen ist der Arbeiter oft nicht in der Lage, die Kosten seines täglichen Bedarfs zu decken. Die Kohle sei vor allem in der Ostmark zu teuer. Die Ursache dieser allgemeinen Teuerung sei in den hohen Entstehungskosten zu suchen. Die Auswirkung dieser Lösung werde von entscheidendem Einfluß sein. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müsse die Sorge auf die Unzulänglichkeit im Arbeiterberufsverkehr gelenkt werden. Schnell Hilfe tue hier not. Der Rüstungsarbeiter leistet derartig viel, daß er die Gewähr haben muß, schnell und sicher an seinen Arbeitsplatz zu gelangen. Die Lösung dieser Frage sei besonders vordringlich.

Hier erwähnt der Reichsleiter, daß diese Frage in der gestrigen Sitzung mit allen Gauleitern der Ostmark Gegenstand einer ausführlichen Besprechung gewesen ist.

Es spricht Ministerialrat Dr. F ö r s t e r über den Wirtschaftsstand. Der Beschäftigungsstand sei unverändert befriedigend. In letzter Zeit habe die Kraftwagenfertigung im Auftrage der Rüstungsinspektion. Arbeit verschafft.

~~Vorsitzender dieses Ausschusses sich dafür interessiert~~

Die Zuführung von neuen

A 098932

H3450-0104

3914-PS
,101 6

wertvollen Maschinen in der Ostmark werden das Wirtschaftsprogramm günstig beeinflussen.

Die Lage in der Treibstoffversorgung ist angespannt, Die Ernährungswirtschaft sah sich gezwungen, ihr Novemberkontingent zu überschreiten, um ihre Aufgaben zu bewältigen. Das Novemberkontingent wurde daher um 300 000 Tonnen Diesel-Treibstoff erhöht, auch für Dezember ist die gleiche Erhöhung zugesichert, sodaß die vordringlichsten Anforderungen der Ernährungswirtschaft bis auf weiteres befriedigt werden können. Das Dieselkontingent der Landwirtschaft ist wesentlich herabgesetzt, 250 000 Tonnen sind von der Reichsstelle bestimmt. Vermehrte Einfuhr an Erdöl aus Rumänien ist mit Hilfe der Wehrmacht gesichert. Die Unterbringungsmöglichkeiten seien vermehrt, wurden. Tankanlagen vergrößert, Die Flotte für den Transport soll verdoppelt werden. Im

Vorräte sind befriedigend, die Bevorratung beträgt 50 - 55 % des Bedarfs. Örtliche Verschiedenheiten werden ausgeglichen. Der milde November hat auch viel zur günstigen Lage beigetragen. Man hofft, ohne Schwierigkeiten den Winter zu überkommen.

Bezüglich der Lederbewirtschaftung ist zu erwähnen, daß

H3450-0105

3914-PS
102

daß durch Verhandlungen mit der Reichsstelle die Genehmigung erreicht wurde, Leder direkt beim Bauern, insbesondere in Oberdonau einzukaufen. Ein Teil des Leders wird dem Bauern zur Verfügung gestellt, der Rest ist dem Großhändler zuzuführen. Dadurch wird den kleinen Gerbereien das Leben über die Kriegsdauer ermöglicht.

Bei Schuhen war auf Grund einer Überprüfung eine Besserung der Situation zu verzeichnen. Der Wehrkreis hat an Arbeitsschuhen ein Zusatzkontingent von 60.000 Paar erhalten, Oberdonau hat zusätzlich 15.000 Paar Arbeitsschuhe erwirkt. Für die Landwirtschaft sind 28.000 Paar bestimmt, die ganz aus Leder sind, 32.000 Paar sind überwiegend mit Gummisohle, 12.000 Paar mit Holzsohle. [illegible], An Straßenschuhen wurden 150.000 Paar, an derben Schuhen 30.000 Paar bewilligt. Die Situation ist einigermaßen entspannt. Doch ist ein großer Mangel an Überschuhen zu verzeichnen.

Bei Spinnstoffen hat sich gezeigt, daß der Wehrkreis XVII an der Spitze aller Wehrkreise steht. Der Stand an Bevorratung war im Juni 16.2 %, er hat sich im Oktober auf 33 % gesteigert und wird im November noch gestiegen sein. Die Wirtschaftsämter wurden ge-

A-098934

H3450-0106

3914-PS
103

beten, bei Ausgabe von Bezugscheinen darauf Rücksicht zu nehmen. Die Reichsstelle hat zwar Vorräte in den besetzten Gebieten gefunden, doch ist der Bedarf der Wehrmacht so groß, daß er nicht ausgeglichen werden kann.

Wintermäntel, die bis jetzt auf Bezugscheine erhältlich waren, sollten vom 1. Dezember 40 an auf die Kleiderkarte ausgegeben werden, doch wurde dies zurückgestellt, da die Vorratslage es nicht gestattet.

Das Schreibmaschinenkontingent wird immer geringer, obwohl sehr viele Anträge einlaufen. Es muß der vordringlichste Bedarf der Rüstungsbetriebe gedeckt werden, sodaß für Private nichts übrig bleibt.

Kautschuk ist sehr knapp, die Fahrradbereifung ist schonend zu behandeln.

Die Reichsstelle für Kautschuk hat eine Anordnung für stillgelegte Kraftfahrzeuge erlassen.
In Wien handelt es sich um 80.000 Reifen.

Vorbereitungen für die Einziehung sind getroffen,

In der Arbeitseinsatzlage ist die Situation eingermaßen entspannt durch die Aktion der Wehrmacht, vor allem, daß die Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt hat. Diese Leute werden natürlich wieder

H3450-0107

3914-PS
104

zurückgegeben, sobald die Wehrmacht sie verlangt. In den nächsten Monaten wird in den Rüstungsbetrieben erhöhter Bedarf an Arbeitskräften bestehen, die nur schwer gedeckt werden können. Die Auskämmkommission sucht in den Betrieben, diese haben jedoch nur mehr moralischen Erfolg. Der Reichsausgleich ist als erschöpft anzusehen, ...führt aus, daß die Arbeiterlage noch weiter verschärft ist. Die Verlagerung der Industrie ist deutlich fühlbar. Es ist zu erwähnen, daß ein Großflugzeugwerk von Junkers 24.000 Arbeiter erfordern wird.

Reichsbahnrat P f e i f f e r spricht über die allgemeine Lage im Straßenverkehr. Alle Fragen bezüglich Einsatz privater Omnibusse konnten bis jetzt befriedigt werden. Die Beförderung der Gefolgschaft nach Aspern stößt insofern auf Schwierigkeiten, als die Straßenbahnlinie "317" eingeleisig ist und durch die Verdunklung und auch durch Nebel Verspätungen bei den Kreuzungen entstehen, Eine Erleichterung würde jedenfalls entstehen, wenn in den frühen Morgen-und Abendstunden die Verdunklungsvorschriften gelockert werden könnten,

A 98936

H3450-0108

3914-PS
105 — 10

so daß man über diese harte Klippe auf leichteste Art hinwegkommen würde. Der Einsatz von Omnibussen müßte sehr groß sein um zu befriedigen, dies würde sich aber für die Gemeinde Wien wirtschaftlich sehr nachteilig auswirken, weshalb wohl erst in äußerster Not dieses Mittel in Angriff genommen wird. Der Einsatz von Omnibussen außerhalb Wiens hat zu keinen Klagen geführt, fallen hier Kleine Verspätungen nicht so ins Gewicht, da der Omnibus die Gefolgschaft gleichzeitig an bringt und ~~mitbringt~~, ~~während bei der~~ Reichsbahn der Arbeitswechsel an die Fahrplanzeit gebunden ist.

Derzeit sind 106 private Omnibusse zusätzlich zu den öffentlichen Verkehrwagen eingesetzt. Die Reserve der Post und Reichsbahn von 12 Omnibussen ist noch fallweise zugeschossen worden. Bis Ende des Jahres ist eine neue Lieferung zu erwarten, sodaß eine kleine Anzahl noch dazu kommen wird. Der Straßentransport von Nutzkraftwagen, saisonmäßig bedingt, ist sehr angespannt. Bauvorhaben von großen kriegswichtigen Bauten müssen vor der Kaltwetterperiode einem gewissen Endprogramm zugeführt werden. Mitte des nächsten Monats beginnt die Einbringung der Hackfruchternte, Kohlen-

A 098937

H3450-0109

3914-PS
106 11

Dazu kommt noch die Kohlenversorgung.

Dann beginnt der Weihnachtsverkehr. Besonders der Weihnachtsverkehr hat mit der Wehrmacht zu Besprechungen geführt, soll Stellvertreter Gen.Kommando Nutzkraftwagen nach Berlin Abgaben Schwierigkeiten erheben morgen noch zergliedert werden.

Der Oktoberbestand an Wagen für den Wehrkreis XVII: 12.584 Lastkraftwagen 2.177 Zugmaschinen, hievon 2.1oo über 3 tonnen LKW Im Jahre 1940 ein Zuwachs von 1o49 LKW, hievon 765 Kleinfahrzeuge, davon 284 LKW über 2 ½ t, hievon 113 Generatorfahrzeuge und 171 Diesel-oder Vergaserkraftfahrzeuge von über 2 ½ t, 34 Zugmaschinen, 34 Kraftomnibusse, 2o2 Anhänger.

50 % aller Fahrzeuge sind 10 Jahre alt, 10 % über 20 Jahre. Nach dem Ergebnis der technischen Prüfstelle sind 25 % aller Fahrzeuge nur bedingt oder nicht mehr einsatzfähig. ~~sind.~~ Wegen der großen Knappheit kann jedoch auf den Einsatz dieser Fahrzeuge nicht verzichtet werden. In Wien gehören 1600 Fahrzeug in die Reparaturwerkstätten. Seit Sommer 1940 bestehen Schwierigkeiten, die Reparatur dieser 1500 Fahrzeuge in Wien durchzuführen, da auch der Wehrmachtsreparaturbedarf erheblich gestiegen ist. Es bedarf einer

A 098938

H3450-0110

3914-PS
107 12

ausreichenden Zahl von Reparaturwerkstätten, einer genügenden Zahl von Facharbeitern, Sicherung von Ersatzteilbeschaffung. Durch Verschiebungen des Wehrmachtsprogramms, Einsatz von Wehrmachtsangehörigen Mechanikern heuer im Sommer und durch die außerordentlich wohlwollende und verständige Art der Ersatzteilnachbeschaffung konnte über diese Klippe hinweggekommen werden.

Bezüglich der Reifenfrage ist zu erwähnen, daß die Laufzeit der Reifen verlängert werden muß, da die Möglichkeit eines Nachersatzes gleich null ist.

Fahrzeuge von Prüfstelle im besonderen untersucht, zu welchem Zeitpunkt Überwachung dieser Maßnahmen

Daß der Transport fast zu 100 % bewältigt werden konnte, ist auf die wirklich harmonische Zusammenarbeit mit den öffentlichen Verkehrsträgern, den Verkehrsgruppen und mit den Arbeitsgemeinschaften möglich gewesen. Die Arbeitsgemeinschaften, die in der Ostmark und nicht im Altreich sind, vertreten das Kleingewerbe, tragen viel zur Arbeitsfreudigkeit des kleinen Unternehmens bei, weil sie in der Arbeitsgemeinschaft eine gewaltige Stütze haben.

A 98939

H3450-0111

3914-PS 13
108

Ministerialrat D a n n e r spricht über die Kohlenversorgung. In der Ostmark wurde um 36 % mehr Brennstoff als im Vorjahre eingeführt. Diese Steigerung beträgt 1,700.000 t mehr als im Vorjahr. Es kann der kommenden Entwicklung mit Ruhe entgegen gesehen werden. Wenn kein besonders strenger Winter eintritt, sind in der Kohlenwirtschaft keine Schwierigkeiten zu erwarten.

Gauamtsleiter M a y e r z e d t spricht über die Ernteergebnisse, die im Altreich günstiger als in der Ostmark sind. Die Ernährungsbilanz im Winter kann nur durch wesentliche Zuschübe aus dem Altreich in Ordnung gehalten werden. Wenn sich die Transportverhältnisse bessern, können auch im Winter ~~die~~ Spannungen höchstwahrscheinlich vermieden werden. Für die Versorgung von Wien sind 4oo Waggon Lebensmittel im Anrollen.

Besonders zu erwähnen ist die geringe Lieferwilligkeit des Erzeugers. Mit der Erzeugungsschlacht allein ist die Ernährungssicherung nicht gelöst. Die Erzeugungsüberschüsse müssen auch auf dem Markt in Erscheinung treten. Die Ablieferung vom Bauern zum Markt muß funktionieren. Es darf nicht mehr vorkommen, daß z.B. noch immer Kreise in dem Wahn befangen sind,

A 098940

H3450-0112

3914-PS 14
109

ihre Erzeugnisse für sich selbst zu verwenden. Dieser Tendenz muß entgegen gearbeitet werden.

Für den Winter sind 2 Probleme zu lösen:

1.) Die Transportfrage

2.) die Einhaltung der Ablieferungspflicht der Erzeuger.

Die Getreidewirtschaftslage zeigt auf dem Brotgetreidesektor mehr Spannung als erwartet wurde. Die Ablieferung an Mühlen, Lagerhäuser und Händler bleibt hinter den Vorjahrszahlen zurück. Der Brotgetreideanfall ist um 130 000 ha geringer. Die Erträge an Weizen und Roggen stehen unter denen des Vorjahrs. Die Futtermittelversorgung beträgt einen Bruchteil der Auslieferungen der letzten Jahre. Die Bereitstellung an Handelsfutter sank auf 1/3, sie beträgt nur mehr 1/4 der Zuteilung 1938/1939. Es ist daher ein großer Anreiz für die Verfütterung von Brotgetreide gegeben. An manchen Orten ist eine solche Verfütterung bis zu 70 und 80 % zu verzeichnen.

Der Zuschuß an Brotfrucht aus dem Altreich nimmt von Jahr zu Jahr zu. Derzeit ist ein Zuschuß von über 500 000 t notwendig. Es ist fraglich, ob dieser Zuschuss sich transportmäßig bewältigen läßt. Die Landesbauernführer haben sich entschlossen, im Wege einer großen Begehung die Sicherstellung von

A 19894 I

H3450-0113

3914-PS
110 15

Brotfruchtgetreide anzuordnen. Mit Hilfe der Ortsbauernführer, der Ortsgruppenführer und Bürgermeister wird die Menge an Roggen und Weizen bestimmt, die zur Ablieferung gelangen muß. Durch diese Aktion erwartet man, 160 000 Tonnen Brotfruchtgetreide sicherstellen zu können. Gelingt diese Aktion nicht, müßte sich der Zuschuß aus dem Altreich um 150 000 t erhöhen. Es muß unter allen Umständen eine Absenkung der Brot-und Mehlration vermieden werden, weshalb eine höhere Beimischung von Roggen und Kartoffelmehl angeordnet wird. Diese Beimischung beträgt derzeit 10 %. Von einer Beimischung von Maismehl wurde abgesehen. Verschärfte Kontrolle der bäuerlichen Schrotmühlen und Hausmühlen wurde angeordnet. Kleinere Mühlen befinden sich zeitweilig in einer schwierigen Lage (Verkehrsproblem), ~~kleine Mühlen~~ müssen längeren Stillstand in Kauf nehmen.

Eine unbedingte Notwendigkeit ist eine Entrümpelung der hohen Viehbestände. Nichtleistungsfähiges Vieh muß aus den Bauernhöfen verschwinden. Diese Aktion liegt nicht nur im Interesse einer Vermeidung von Brotgetreideverfütterung, sondern auch die Wehrmacht legt auf die Auskämmung der Viehbestände. Wert.

A098942

H3450-0114

Viehwirtschaft: Im gesamten Reichsgebiet ist bei den meisten Landesbauernschaften die Fleischversorgung ins Stocken geraten. Es mußten starke Eingriffe in die eigenen Viehbestände gemacht werden. Die Lage in Schweinefleisch ist angespannt, Der Anteil ist von 75 % auf 30 % zurückgegangen, Der Anteil an Rinderfleisch beträgt 52 %, an Kalbfleisch 11 % und Schaffleisch 7 %. Der Wiener Markt wird mit Schweinfleisch aus dem Südosten versorgt. Die Fleischquote konnte bis jetzt reibungslos abgedeckt werden. Wien ist Abnehmer von bedeutenden Mengen von Pferdefleisch, besonders in Werksküchen. Es ist auch die Konservierung von Pferdefleisch geplant. Die Schweinefleischkonserven mußten dem Verbrauch zugeführt werden. Von Bedeutung ist der Absatz von Nutzvieh und von schlechten Rinderqualitäten, sogenanntem Beindlvieh. 5.000 Beindlvieh und 13.000 Nutzvieh mußten abgefalzt entnommen werden. Berlin hat Aufkäufe zugesagt. Doch sind die Aufkäufe entweder unvollkommen oder überhaupt nicht vorgekommen. Die Bauern mußten das Vieh viele Stunden zum Markt treiben und dann unverrichteter Dinge zurückschaffen. Da sich das mehrmals wiederholte, griff der Bauer zur Selbsthilfe und führte das angebotene Nutzvieh mit Zuschuß zum Schlachtviehmarkt.

H3450-0115

3914-PS
112 17

Wirtschaftlich gesehen gibt es kein schönes Bild, wenn gute Nutzviehqualitäten statt zur Mästung auf den Schlachtviehmarkt wandern.

In der Milch-und Fettwirtschaft ist erfreulicherweise eine erhöhte Anlieferung an die Molkereien zu verzeichnen (5 %). Magermilch ist genügend vorhanden, sodaß bis jetzt pro Kopf 1/4 l ausgegeben werden konnte. Der Butterbedarf konnte durch eigene Erzeugung gedeckt werden, sodaß keine Zuschübe notwendig waren. Der Bedarf an Speiseöl ist ständig ansteigend, 75 % machen von der Wahl Gebrauch. Die notwendigen Mengen sind bereitgestellt. Die Versorgungslage kann als vollkommen ausgeglichen angesehen werden. Der Bedarf an Butterschmalz ist gedeckt (27 Waggon). Die Käsequote bereitet keine Schwierigkeiten; für Weihnachten sind gute Qualitäten vorgesehen.

Die günstige Wetterlage brachte eine Steigerung der Anlieferung an Frischgemüse um 20 %, An Importen gibt es nur geringe Mengen. Eine große Einlagerungaktion für den Winter ist geplant.

Es stehen

A 0989 44

H3450-0116

- 5.5oo Waggon Gemüse zur Verfügung; diese Menge verteilt sich

durch Gemüseeinlagerung beim Erzeüger	15oo-2ooo. Waggon
durch Einschneiden von Kraut	2ooo
durch laufende Lieferung Holsteinschen Krautes	5oo
durch laufende Anlieferung eigener Ernte	7oo
durch Gemüsekonserven	6oo

Eingelagertes Wurzelgemüse aus dem Altreich war nicht lagerungsfähig und mußte dem Frischmarkt zugeführt werden.

600 000 Dosen Gemüse sind für die Arbeiterbevölkerung von Nieder-und Oberdonau bereitgestellt.

Die Obstlieferungen können den Bedarf bei weitem nicht decken. Ausgabe von Obst an Normalverbraucher wurde gesperrt und wird nur an Kranke, Kinder und stillende Mütter verabreicht. Für Weihnachten sind 120 Waggon Freigabeäpfel schon im Anrollen. 10 % der steirischen Äpfel sind dem Versandt freigegeben worden ist doch dadurch der größte Teil der Äpfel im Schleichhandel verschwunden. Das Reichsernährungsministerium wurde gebeten, ein Versandtverbot durchzusetzen, jedoch ohne Erfolg. Die Hauptvereinigung für Gartenbau hat ein neues Verteilungssystem ausgearbeitet. Der Zuteilung kann mit Interesse entgegen gesehen werden. Das Kontingent für Orangen und Mandarinen beträgt 400 Waggon, ob

A 999945

H3450-0117

3914-PS
114

eine Einfuhr vor Weihnachten möglich wird, ist fraglich.

Kartoffel: Die Ernteergebnisse waren verschieden, aber außerordentlich zufriedenstellend. Die Einlagerungsaktion wird mit besonderem Nachdruck betrieben. In Wien sind schon mehr Kartoffel auf Lager, als im Vorjahr während des ganzen Winters gebraucht wurden. Die Zuschübe aus dem Altreich betragen insgesamt 112 ooo t für die Ostmark. In den Haushalten sind einige 1oo Waggon Kartoffel eingelagert, Stärkefabriken und Kartoffelbrennereien können beliefert werden. Für die Einlagerungsaktion hat die Stadtgemeinde Wien 4o.ooo RM zur Verfügung gestellt.

Die Rübenernte verzeichnet den größten Ausfall, Der Ertrag ist weit geringer als im Vorjahr. Die Zuckergehaltausbeute steht um 1 % höher als im Vorjahr sodaß die Zuckerherstellung trotz Verlusten bei der Ernte als ausgeglichen angesehen werden kann. Die Ausgabe von Süßwaren und Schokolade wird mit 5. Dezember in Angriff genommen.

Der Eierbedarf wird von der Reichsstelle gedeckt.

Geflügelbedarf wird aus Importen gedeckt.

Niederwild ist in geringer Menge vorhanden, beträgt 5 % des Vorjahres.

A 98946

H3450-0118

3914-PS
115 20

Weinbau: Die heurigen Ernteergebnisse betragen 20 - 25 % des Vorjahres. ~~Einzelne Gebiete z.B. am Neusiedlersee haben den Stand der Vorjahrsernte erreicht.~~ Um den Bedarf der Ostmark, ~~1,200.000 hl,~~ zu decken, müssen 50.000 hl aus Belgien, 32.000 aus Italien und 50.000 hl aus Frankreich eingeführt werden. Der Ernteausfall in der Ostmark macht 45,000.000 RM aus, Für die Bauern von Wien und Niederdonau ist eine Unterstützungsaktion notwendig, auch Steuerstundungen müssen gewährt werden.

Bier ist ausgeglichen.

Seefische sind eingetroffen, für Weihnachten Karpfen.

Mengenmäßig wird die Versorgung in diesem Winter die gleiche sein, wie im vergangenen Kriegswinter. Nur die Qualität ist im einzelnen verschieden, bezüglich Brot und Fleisch. Es wird jedoch von den in Betracht kommenden Stellen alles unternommen werden, um eine gerechte Verteilung zu bewerkstelligen.

Landesbauernobmann S p i t z e r bemerkt zum Arbeitseinsatz, daß im Jänner 1940 bei einem Bedarf von 79.000 Arbeitern 68.000 konnten gedeckt werden durch ausländische Arbeiter (Polen, Slowaken, Ungarn) und durch Kriegsgefangene, die von der Landwirtschaft freigegeben wurden und im Frühjahr natürlich wieder zurückgegeben werden.

A 198947

H3450-0119

3914-PS
116 21

Der Herbstanbau und die Hackfruchternte ist abgeschlossen . Auch die Ackerungen für den Frühjahrsanbau sind erledigt; es besteht günstige Aussicht, daß der Frühjahrsanbau gut durchgeführt werden kann.

Er fragt General Streccius, ob es nicht möglich wäre, die Übungsplätze der Wehrm. in Drosendorf (?) und Stockerau, die unbebaut und verwildert sind, irgendwie zu bebauen oder von Unkraut zu befreien, um die Unkrautplage in den umliegenden Gebieten zu bannen.

Döllersheim!

General Streccius verspricht, diese Frage eingehend prüfen zu lassen, ~~ob aber Arbeitskräfte für solche Arbeiten freizubekommen sind, sei fraglich.~~

Reichsbahnpräsident T ö p f e r spricht über die Transportverhältnisse bei der Reichsbahn.

Die Lage ist als wirklich bedrohlich zu bezeichnen. Der Güter- wie auch der Personenverkehr ist im ständigen Ansteigen, während er in den letzten Jahren im Oktober stets abgenommen hat. Die Verkehrsanlagen sind unvollkommen und stehen 30 Jahre gegenüber jenen im Altreich zurück. Am 1.Dez.40 können knapp 50 % des Personals auf Urlaub gehen, die Reserven schwinden von Jahr zu Jahr, Urlaube können nicht mehr abgedeckt werden. Eine Zuweisung von neuen

A 98948

H3450-0120

Leuten, besonders betriebstauglichen, ist nicht möglich. Leute für die Bahnunterhaltung sind schwer zu bekommen, trotz größter Nachsicht bei der ärztlichen Untersuchung. Kriegsgefangene, die frei werden, helfen auch nicht viel. Von den 1000 französischen Lokomotiven sind 750 in den Reparaturwerkstätten. Der Wagenstand ist knapp, infolge der vielen Transporte. Statt 3000 sind 5000 - 5500 Waggon zu stellen. Verminderte Anlage, der geringe Personal- und Lokomotivstand führt notgedrungen zu Verspätungen. Die radikale Drosselung der Züge verursacht ebenfalls starke Verspätungen, da jeder verkehrende Zug auf jedem Bahnhof mehr zu tun hat als sonst. Unsere Verspätungen stehen weit über dem Reichsdurchschnitt, an der dritten Stelle des Reiches. 7 - 10 % der Güterwagen werden verspätet entladen, und verstopfen die Vorbahnhöfe, sodaß sich die Reichsbahn gezwungen sieht, dem Druck des Ministeriums nachzugeben und das Wagenstandsgeld vom 3fachen auf das 5fache zu erhöhen. Große Schwierigkeiten bereitet auch die Verdunklung, da nur 1/3 des Tages zur Entladung zur Verfügung steht. Die Unfälle mehren sich, die in die Abendstunden fallen. Es würde sehr begrüßt werden, wenn bei Ankunft von Rückwanderer- und Kinderzügen gegen vorherige Anfrage beim Luftgaukommando auf etwa 1/2 h erhellt werden könnte.

H3450-0121

3914-PS
118
23

Die Wehrmacht gibt viel Arbeit und wird noch mehr Arbeit geben. Die Lage sieht für die Zukunft sehr ungünstig aus. Die Wintermonate brachten bisher eine Entlastung, In diesem Jahr kommt eine zusätzlich Belastung hinzu. Als Abhilfe sind nur Sperren möglich. Alle Beförderungen sind natürlich dringlich, nach der Rangliste sind 75 % als vordringlich anzusehen.

Im Personenverkehr ist eine starke Verkehrszunahme zu verzeichnen; durch die Rückwanderer, Landfahrer, Kinder aus Hamburg und Berlin usw. Es waren 217 außergewöhnliche personenführende Züge zu befördern. Im Güterverkehr sind Kartoffel, Gemüse, Gemüsekonserven zu befördern. Am 1. Dezember ist ein Auftrag von 80 Millionen Gemüsekonserven zu erledigen. Die Rübenbeförderung war in diesem Jahr durch das schlechte Wetter außerordentlich schwer zu bewältigen und brachte Verzögerungen. 10 bis 12 Züge müssen täglich für Bauten zur Verfügung stehen. Die Rohölbeförderung ist auch aus militärischen Gründen sehr dringend. 93.000 Tonnen Rohöl müssen in Wien umgeschlagen werden, da Mangel an Kähnen auf der Donau herrscht. Wenn im Winter die Donau zufriert, muß ein Teil der Beförderung auf die Bahn übernommen werden. Wegen dieser Schwierigkeiten mußte

A088950

eine

H3450-0122

3914-PS
119

eine Reihenfolge der Transporte durchgeführt werden. Getreidebeförderung steht an erster Stelle. Der Berufsfahrerverkehr wurde zum großten Teil auf den Reichsbahnomnibusverkehr abgewälzt. Die Reichsbahn selbst hat 14.629 Wochenkarten auszugeben. Diese Zahl wird sich in den Wintermonaten noch um 5 - 6% erhöhen, da viele Arbeiter dann nicht mehr mit dem Rad fahren. Eine Erleichterung wäre, wenn die privaten Omnibusgesellschaften jene Wagen zurückbekämen, die sie seinerzeit abgeben mußten, um sie in den Verkehr stellen zu können.

Reichsbahnpräsident Töpfer ersucht noch, in den Provinzen den Beginn der Schulzeiten und den des Schichtwechsels bei den Fabriken mehr dem Fahrplan anzupassen, da ja die Reichsbahn derzeit nicht in der Lage ist, in jede kleine Stadt früh und mittags 2 - 3 Züge zu führen. Auch ersuche er bei dieser Gelegenheit die Partei, Beschwerden in dieser Angelegenheit einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Vom 21. Dezember bis 5. Januar tritt die Verkehrssperre ein.

A 39905

H3450-0123

Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h spricht über den Arbeitseinsatz und die sozialen Verhältnisse im Wehrkreis XVII.

Der Arbeitseinsatz ist weiterhin sehr angespannt. ~~Durch die Einberufungen ist der Stand an~~ Arbeitskräften auf 3,700.000 verringert worden. Auf der anderen Seite wurde ein gewisser Ausgleich durch verstärkte Herbeiziehung von Frauen und Mädchen herbeigeführt. Derzeit stehen 8,400.000 Frauen im Arbeitsprozess. Im Winter ist mit einem Abfall der Frauen zu rechnen, da viele Frauen bei schlechtem Wetter entweder nicht zur Arbeit kommen oder überhaupt die Arbeit aufgeben. Sehr bedeutend für die Arbeitseinsatzlage ist der größere Wechsel der Arbeitsplätze. Für das gesamte Reich: 500-800.000 Arbeitsplatzwechsel. Es wurden viele Ausländer herein genommen. Insgesamt stehen 1,120.000 Ausländer in Arbeit.

Im Bergbau ist die Arbeitseinsatz-Lage nicht sehr günstig; gegenwärtig sind 867.000 Arbeitskräfte eingestellt. 56.000 Arbeitskräfte wurden einberufen. 33.000 sind zurückgekommen. 23.000 fehlen. Die Kohlenförderung muß noch um 25,000.000 Tonnen jährlich erhöht werden. Dafür müssen 45.000 Bergarbeiter eingesetzt werden. Im Inland sind keinerlei Reserven vorhanden.

A 198952

H3450-0124

3914-PS
121 26

Ausländische Arbeiter werden im Bergbau nicht gern eingesetzt, da man Sabotage befürchtet. Durch den Einsatz von Kriegsgefangenen ist eine gewisse Entlastung geschaffen worden. Der Bedarf an Arbeitskräften kann nicht annähernd gedeckt werden. In der Bauwirtschaft sind für den Bau von Luftschutzräumen 2oo.ooo Arbeitskräfte angemeldet. Für diese Luftschutzräume sind in der nächsten Zeit auch 5o.ooo Öfen herzustellen.

In der Textilindustrie ist die Situation kritisch. Die Gefolgschaft ist auf 60 % zurückgegangen. Die vorhandenen Arbeitskräfte sind nicht mehr voll einsatzfähig. Die Erzeugung des zivilen Bedarfs wurde sehr eingeschränkt und ist in Frage gestellt. Beurlaubungen beim Heer für Arbeitszwecke sind bis jetzt auf den Stand von 166.ooo Mann gekommen. Im Oktober wurden 5oo.ooo Rekruten zur Einziehung gebracht. Eine Wiederholung erfolgt im Februar.

Der Arbeitslosenstand zeigt eine rückläufige Bewegung. Mit 6.74o Arbeitslosen (Wien 5216) steht der Wehrkreis XVII an dritter Stelle im gesamten Reich. Es ist jedoch zu erwähnen, daß unter den Arbeitslosen besonders in Wien viele Juden sind. Die Judenfrage wird in der nächsten Zeit sehr entscheidend angepackt werden. Oberdonau hat sich bereit er-

A-098953

3914-PS
Vol 27

klärt, 1500 arbeitslose Juden zu übernehmen. Dienstverpflichtungen waren im Oktober 2578. Dank des Zusammenwirkens aller dazu in Betracht kommenden Stellen konnte sich der Wehrkreis im großen und ganzen von den Dienstverpflichtungen befreien. Die Dienstverpflichteten, die beschäftigt sind, zählen 7861, Wien 4649. Kriegsgefangene, die im Oktober zum Einsatz gelangten, haben die Zahl 6755 erreicht, Wien 1311. Im ganzen sind 35.873 Kriegsgefangene beschäftigt. Unter den Kriegsgefangenen wurde ein Umgruppierung vorgenommen. Die Kriegsgefangenen der Landwirtschaft sind der gewerblichen Wirtschaft zugeführt worden. Selbstverständlich kommen diese Kriegsgefangenen im Frühjahr wieder zur Landwirtschaft zurück.

Die Zahl der Eingerückten beträgt 195.999, Arbeiter und Angestellte 156,000, Wien 105.400. Die Zahl der beurlaubten Arbeiter ist nicht sehr hoch, 4830. Davon sind 4253 bereits zur Einstellung gekommen. In diesem Zusammenhang will der Vortragende auf jenes Problem, das durch den Geburtenrückgang in Wien verursacht wurde, hinweisen, und das außerordentlich bedeutsam ist. Wien hat wie keine andere Stadt, auch wie keine Mittelstadt im Altreich den stärksten Geburtenrückgang zu verzeichnen, wodurch für Wien die Nach-

A-098954

H3450-0125

H3450-0126

3914-PS
123 28

wuchsfrage sehr schwer und heikel zu lösen ist. Im Jahre 1939 hatte Wien noch 2o.ooo Nachwuchskräfte im Jahre 194o nur mehr 12.ooo. Mit der Auffüllung aus der Landwirtschaft kann nicht mehr gerechnet werden. Wien wird im überragendem Maße auf den eigenen Nachwuchs abgestellt sein müssen. Dies alles muß besonders berücksichtigt werden, wenn von einer Verlagerung der Industrie nach Wien gesprochen wird. Es werden daher die Arbeitskräfte besonders vorsorglich behandelt werden müssen. In nächster Zeit kommt die Trennungsentschädigung für alle Gewerbe zur Einführung, was auch eine gewisse Beruhigung schaffen wird. Von Bedeutung ist auch die Lohnerhöhung in der Landwirtschaft.Ohne diese wird die Landflucht nicht mehr verhindert werden können.Die Landwirtschaft kann aber aus sich heraus nichts mehr tun, um eine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Die diesjährigen Weihnachtszuwendungen sollen als soziale Zulage ausgestaltet werden. Die sind in der früheren Zeit sehr stark als Arbeitsentgelt angesehen und nicht als soziale Leistung gewertet worden. Auch sind sie im Altreich nie bekannt gewesen.

Sprecher möchte dies zum Gegenstand einer Propaganda machen,durch die Presse so basch als möglich

A 098956

H3450-0127

3914-PS
124 29

hinausgeben und dabei den Fortschritt in der Privatwirtschaft propagandistisch auswerten. Er ist überzeugt,daß sich dies günstig auswirken wird. Dieser Weg ist in den anderen Reichsgauen nicht beschritten worden.

Der Herr Reichsleiter sprach zum Schluß vom Standpunkt der Reichsverteidigung aus über die immer stärker werdende reichsfeindliche Stimmung in Wien. "An sich sollte man Gerüchte, die in einer Stadt von der Größe Wiens ausgestreut werden, nicht tragisch nehmen. Sie waren immer vorhanden, und werden immer vorhanden sein. Es handelt sich aber hier um mehr als um Gerüchte. Hier handelt es sich um eine Stimmung, die geschürt wird von illegalen, marxistischen Kreisen und auch von der Kirche, zu deren Trägern sich, wenn auch unbewußt, selbst Kreise der Partei machen. Ich könnte sehr viele Beispiele für die Stimmung anführen; es ist nicht notwendig. Es ereignet sich täglich,daß Frauen von Beamten und Offizieren, die hergekommen sind, in Geschäften, der auf Straßenbahn,auch auf einzelnen Ämtern deswegen unfreundlich behandelt werden, weil sie norddeutschen Dialekt sprechen und als altreichsdeutsche erkennbar sind. Das werde ich nicht hinnehmen, weil es untragbar ist und weil diese Stimmung in Wien auf die

1098956

H3450-0128

3914-PS
125 30

Provinzen übertragen wird und sich unter Umständen zu einer Antireichsdeutschen Stimmung der Ostmark entwickeln wird. Ich werde jede einzelne Maßnahme prüfen und die Partei beauftragen, sich mit einer positiven Propaganda fürs Reich einzusetzen. Ich werde nicht zögern, solche Geschäfte zu schließen, in denen Reichsdeutsche schlecht behandelt werden. Ich werde auch nicht zögern, einige ganz harte Exempel aufzustellen. Ich bitte Sie, mit Hilfe der verantwortlichen Männer dieser Stimmung entgegenzuarbeiten. Diese Frage ist eine Frage der Reichsverteidigung im höchsten Sinne geworden. Ich sehe trotzdem die Lage hier nicht pessimistisch an, weil ich schon meiner natur nach Optimist bin. Ich möchte allen Herrn, die hier gesprochen haben, danken. Sie können uns in der Gewißheit und Zuversicht bestärken, daß es uns gelingen wird, diesen 2. Winter siegreich zu bestehen. Ob wir den Krieg gewinnen, hängt praktisch von der Heimat ab. Ich nehme deshalb alle diese Stimmungsfragen ernst und möchte, daß Sie das auch tun. Wir alle sind für diese Stimmung verantwortlich.

Ich schließe diese Sitzung."

A-098957

H3450-0129

3914-PS
126

Niederschrift — Geheim

über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses
vom 26.November 1940.

Anwesend sind die aus der angehefteten Liste ersichtlichen Ausschußmitglieder.

Der Vorsitzende, Reichsleiter von S c h i r a c h, eröffnet die Sitzung mit Begrüßungsworten. Er begrüßt seinen neuen Vertreter, Regierungspräsident Dr.Dellbrügge, und dankt Ministerialrat Habermann für die bisher in seiner Vertretung geleistete Arbeit.

Er übermittelt den Dank des bisherigen Stellvertretenden Kommandieren Generals, General der Infanterie von S t ü l p n a g e l.

Er begrüßt sodann General der Infanterie S t r e c c i u s .

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende zu den Luftalarmen, die neulich im Wehrkreis XVII ausgelöst worden sind, er halte es für zweckmäßig,daß Luftalarm nur dann gegeben werde, wenn die Flak schießt.

General H i r s c h a u e r klärt den Luftalarm in Oberdonau auf. Bis jetzt sei im Wehrkreis XVII erst einmal untertags Luftalarm, vergangenen Sommer nachts 2 mal "Luftgefahr" verfügt worden. Bei dieser Gelegenheit möchte er erwähnen, daß die Verdunklungsvorschriften durch Weisung des Reichsmarschalls bzw. des Führers so scharf sind, daß eine Erleichterung ohne Genehmigung des Reichsmarschalls nicht ausgesprochen werden könne, und daß gerade jetzt die Verdunklungsvorschriften in schärfster Form durchgeführt werden müßten. Er persönlich wäre auch der Auffassung, daß man der Ostmark Erleichterungen zubilligen könnte, Voraussetzung müßte sein, daß die ganze Beleuchtung mit einem Schlage ausgeschaltet werden könnte. Man müßte dabei bewußt in Kauf nehmen, daß einzelne feindliche

./.

A 98958

H3450-0130

3914-PS
127

Maschinen in sehr großer Höhe einfliegen und damit sich dem Flugemeldedienst entziehen. Die Kommandeure des Luftflottenkommandos haben diesbezüglich seine Auffassung geteilt. Die Frage des Reichsleiters, ob in Linz eine Sondergenehmigung bestehe, bejahte General Hirschauer und erklärte, daß in Linz die Hauptstrassen ab 6 h früh und bis 20 h abends beleuchtet würden. Es soll bei Reichsmarschall Göring ersucht werden, die gleiche Erleichterung für den ganzen Wehrkreis XVII zu erreichen.

Es spricht sodann Generalmajor G a u t i e r über den Rüstungsstand. Die von ihm in der letzten Sitzung erläuterte Steigerung des Winterprogramms sei im Anlaufen.

Es sei zu fordern:

1. Klare Scheidung in den Dringlichkeitsgraden der gesteigerten Aufgaben,
2. Zurückstellung aller Arbeiten im zivilen Sektor,
3. erhöhter Arbeitseinsatz auf den Rüstungsgebieten.

Bezüglich Ausweitung der Wehrmachtsaufträge, die Millionen betragen, sei die Rüstungsinspektion unterrichtet. Durch Instandsetzung der Beutemaschinen können der Ostmark neue Wehrmachtsaufträge zufließen. Auf Betreiben der Rüstungsinspektion werden 200.000 Beutemaschinen aus Frankreich erwartet, mit deren Verteilung diese Woche begonnen werden soll. Die Beschäftigung des zivilen Sektors hänge in erster Linie von verfügbaren Arbeitsplätzen ab. Der große Kräftebedarf für das Winterprogramm wird durch langfristige Arbeitsurlaube befriedigt. Diese Maßnahme habe sich bereits sehr günstig ausgewirkt.

Trotz der hohen Anforderungen, die an die Rüstungsarbeiter gestellt werden, hat die Stimmung in den Gefolgschaften keinen Anlaß zur Klage gegeben. Kleine Reibungen wurden rasch behoben. Er mache auf das Mißverhältnis der Preise zum Lohn in der Ostmark im Vergleich zum Altreich aufmerksam. Die Preise für Verbrauchsgüter in Wien sind unnatürlich hoch. Bei fast gleichbleibenden Lohnverhältnissen ist der Arbeiter oft nicht in der Lage, die Kosten seines täglichen Bedarfs zu decken. Die Kohle sei vor allem

./.

A 198959

H3450-0131

-in der Ostmark zu teuer. Die Ursache dieser allgemeinen Teuerung sei in den hohen Entstehungskosten zu suchen. Die Auswirkung dieser Lösung werde von entscheidendem Einfluß sein.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, müsse die Sorge auch auf die Unzulänglichkeit im Arbeiterberufsverkehr gelenkt werden. Schnelle Hilfe tue hier not. Der Rüstungsarbeiter leistet derartig viel, daß er die Gewähr haben muß, schnell und sicher an seinen Arbeitsplatz zu gelangen. Die Lösung dieser Frage sei besonders vordringlich.

Hier erwähnt der Reichsleiter, daß diese Frage in der gestrigen Sitzung mit allen Gauleitern der Ostmark Gegenstand einer ausführlichen Besprechung gewesen ist.

Ministerialrat Dr. F ö r s t e r berichtet über den Wirtschaftsstand. Der Beschäftigungsstand sei unverändert befriedigend. In letzter Zeit habe die Kraftwagenfertigung im Auftrage der Rüstungsinspektion Arbeit verschafft. Die Zuführung von neuen wertvollen Maschinen in der Ostmark werde das Wirtschaftsprogramm günstig beeinflussen.

Die Lage in der Treibstoffversorgung ist angespannt. Die Ernährungswirtschaft sah sich gezwungen, ihr Novemberkontingent zu überschreiten, um ihre Aufgaben zu bewältigen. Das Novemberkontingent wurde daher um 300.000 Tonnen Diesel-Treibstoff erhöht, auch für Dezember ist die gleiche Erhöhung zugesichert, sodaß die vordringlichsten Anforderungen der Ernährungswirtschaft bis auf weiteres befriedigt werden können. Das Dieselkontingent der Landwirtschaft ist wesentlich herabgesetzt, 250.000 Tonnen sind von der Reichsstelle bestimmt. Vermehrte Einfuhr an Erdöl aus Rumänien ist mit Hilfe der Wehrmacht gesichert. Die Unterbringungsmöglichkeiten seien vermehrt, die Tankanlagen vergrößert worden. Die Flotte für den Transport soll verdoppelt werden. Die Kohlenvorräte sind befriedigend, die Bevorratung beträgt 50 - 55 % des Bedarfs. Örtliche Verschiedenheiten werden ausgeglichen. Der milde November hat auch viel zur günstigen Lage beigetragen. Man hofft, ohne Schwierigkeiten über den Winter zu kommen.

./.

A 00960

H3450-0132

3914-PS
129

Bezüglich der Lederbewirtschaftung ist zu erwähnen, daß durch Verhandlungen mit der Reichsstelle die Genehmigung erreicht wurde, Leder direkt beim Bauern, insbesondere in Oberdonau einzukaufen. Ein Teil des Leders wird dem Bauern zur Verfügung gestellt, der Rest ist dem Großhändler zuzuführen. Dadurch wird den kleinen Gerbereien das Leben über die Kriegsdauer ermöglicht.

Bei Schuhen war auf Grund einer Überprüfung eine Besserung der Situation zu verzeichnen. Der Wehrkreis hat an Arbeitsschuhen ein Zusatzkontingent von 60.000 Paar erhalten, Oberdonau hat zusätzlich 15.000 Paar Arbeitsschuhe erwirkt. Für die Landwirtschaft sind 28.000 Paar bestimmt, die ganz aus Leder sind, 32.000 Paar sind überwiegend mit Gummisohle, 12.000 Paar mit Holzsohle. An Straßenschuhen wurden 150.000 Paar, an derben Schuhen 30.000 Paar bewilligt. Die Situation ist einigermaßen entspannt. Doch ist ein großer Mangel an Überschuhen zu verzeichnen.

Es hat sich gezeigt, daß der Wehrkreis XVII im Verbrauch von Spinnstoffen an der Spitze aller Wehrkreise steht. Der Stand an Bevorratung war im Juni 16.2 % des Bedarfs, er hat sich im Oktober auf 33 % gesteigert und wird im November noch gestiegen sein. Die Wirtschaftsämter wurden gebeten, bei Ausgabe von Bezugscheinen darauf Rücksicht zu nehmen. Die Reichsstelle hat zwar Vorräte in den besetzten Gebieten gefunden, doch ist der Bedarf der Wehrmacht so groß, daß die Mangellage nicht ausgeglichen werden kann.

Wintermäntel, die bis jetzt auf Bezugscheine erhältlich waren, sollten vom 1. Dezember 40 an auf die Kleiderkarte ausgegeben werden, doch wurde dies zurückgestellt, da die Vorratslage es nicht gestattet.

Das Schreibmaschinenkontingent wird immer geringer, obwohl sehr viele Anträge einlaufen. Es muß der vordringlichste Bedarf der Rüstungsbetriebe gedeckt werden, sodaß für Private nichts übrig bleibt.

Kautschuk ist sehr knapp, die Fahrraddbereifung ist

./.

A 39961

H3450-0133

3914-PS
130

schonend zu behandeln. Die Reichsstelle für Kautschuk hat eine Anordnung für stillgelegte Kraftfahrzeuge erlassen. In Wien handelt es sich um 80.000 Reifen. Vorbereitungen für die Einziehung sind getroffen.

In der Arbeitseinsatzlage ist die Situation einigermaßen entspannt durch die Aktion der Wehrmacht, vor allem, daß sie Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt hat. Diese Leute werden natürlich wieder zurückgegeben, sobald die Wehrmacht sie verlangt. In den nächsten Monaten wird in den Rüstungsbetrieben erhöhter Bedarf an Arbeitskräften bestehen, die nur schwer gedeckt werden können. Die Auskämmkommission sucht noch in den Betrieben, die Kontrollen haben jedoch nur mehr moralischen Erfolg. Der Reichsausgleich ist als erschöpft anzusehen.

Reichsbahnrat P f e i f f e r spricht über die allgemeine Lage im Straßenverkehr. Alle Fragen bezüglich Einsatz privater Omnibusse konnten bis jetzt befriedigt werden. Die Beförderung der Gefolgschaft nach Aspern stößt insofern auf Schwierigkeiten, als die Straßenbahnlinie "317" eingeleisig ist und durch die Verdunklung und auch durch Nebel Verspätungen bei den Kreuzungen entstehen. Eine Erleichterung würde jedenfalls entstehen, wenn in den frühen Morgen- und Abendstunden die Verdunklungsvorschriften gelockert werden könnten. Der Einsatz von Omnibussen müßte sehr groß sein, um zu befriedigen, dies würde sich aber für die Gemeinde Wien wirtschaftlich sehr nachteilig auswirken, weshalb wohl erst in äußerster Not dieses Mittel in Angriff genommen wird. Der Einsatz von Omnibussen außerhalb Wiens hat zu keinen Klagen geführt, Kleine Verspätungen fallen hier nicht so ins Gewicht, da der Omnibus die Gefolgschaft gleichzeitig anbringt und wegbringt.

Derzeit sind 106 private Omnibusse zusätzlich zu den öffentlichen Verkehrswagen eingesetzt. Die Reserve der Post und Reichsbahn von 12 Omnibussen ist noch fallweise zugeschossen worden. Bis Ende des Jahres ist eine neue Lieferung zu erwarten, sodaß eine kleine Anzahl noch dazu kommen wird. Der Straßentransport von Nutzkraftwagen,

A0989 62

H3450-0134

3914-PS
131

saisonmäßig bedingt, ist sehr angespannt. Bauvorhaben von großen kriegswichtigen Bauten müssen vor der Kaltwetterperiode einem gewissen Endprogramm zugeführt werden.

Der Oktoberbestand an Wagen für den Wehrkreis XVII: 12.584 Lastkraftwagen, 2.177 Zugmaschinen, hievon 2.1oo über 3 Tonnen LKW. Im Jahre 1940 ein Zuwachs von 1o49 LKW, hievon 765 Kleinfahrzeuge, davon 284 LKW über 2 ½ Tonnen, hievon 113 Generatorfahrzeuge und 171 Diesel-oder Vergaserkraftfahrzeuge von über 2 ½ Tonnen, 23 Zugmaschinen, 34 Kraftomnibusse, 2o2 Anhänger.

50 % aller Fahrzeuge sind 10 Jahre alt, 10 % über 20 Jahre. Nach dem Ergebnis der technischen Prüfstelle sind 25 % aller Fahrzeuge nur bedingt oder nicht mehr einsatzfähig. Wegen der großen Knappheit kann jedoch auf den Einsatz dieser Fahrzeuge nicht verzichtet werden. In Wien gehören 1600 Fahrzeuge in die Raparaturwerkstätten. Seit Sommer 1940 bestehen Schwierigkeiten, die Reparatur dieser 1600 Fahrzeuge in Wien durchzuführen, da auch der Wehrmachtsreparaturbedarf erheblich gestiegen ist. Es bedarf einer ausreichenden Zahl von Reparaturwerkstätten, einer genügenden Zahl von Facharbeitern, Sicherung von Ersatzteilbeschaffung. Durch Verschiebungen des Wehrmachtsprogramms, Einsatz von wehrmachtsangehörigen Mechanikern heuer im Sommer und durch die außerordentlich wohlwollende und verständige Art der Ersatzteilnachbeschaffung konnte über diese Klippe hinweggekommen werden.

Daß der Transport fast zu 100 % bewältigt werden konnte, ist auf die wirklich harmonische Zusammenarbeit mit den öffentlichen Verkehrsträgern, den Verkehrsgruppen und mit den Arbeitsgemeinschaften möglich gewesen. Die Arbeitsgemeinschaften, die in der Ostmark und nicht im Altreich gebildet wurden, nehmen das Interesse des Kleingewerbes wahr und tragen zur Arbeitsfreudigkeit des kleinen Unternehmers bei.

./.

A 8963

H3450-0135

3914-PS
132

Ministerialrat D a n n e r spricht über die Kohlenversorgung. In der Ostmark wurde um 36 % mehr Brennstoff als im Vorjahre eingeführt. Diese Steigerung beträgt 1,700.000 Tonnen mehr als im Vorjahr. Es kann der kommenden Entwicklung mit Ruhe entgegen gesehen werden. Wenn kein besonders strenger Winter eintritt, sind in der Kohlenwirtschaft keine Schwierigkeiten zu erwarten.

Gauamtsleiter M a y e r z e d t spricht über die Ernteergebnisse, die im Altreich günstiger als in der Ostmark sind. Die Ernährungsbilanz im Winter kann nur durch wesentliche Zuschübe aus dem Altreich in Ordnung gehalten werden. Wenn sich die Transportverhältnisse bessern, können auch im Winter Spannungen höchstwahrscheinlich vermieden werden. Für die Versorgung von Wien sind 400 Waggon Lebensmittel im Anrollen.

Besonders zu erwähnen ist die geringe Lieferwilligkeit des Erzeugers. Mit der Erzeugungsschlacht allein ist die Ernährungssicherung nicht gelöst. Die Erzeugungsüberschüsse müssen auch auf dem Markt in Erscheinung treten. Die Ablieferung vom Bauern zum Markt muß funktionieren. Es darf nicht mehr vorkommen, daß z.B. noch immer Kreise in dem Wahn befangen sind, ihre Erzeugnisse für sich selbst zu verwenden. Dieser Tendenz muß entgegen gearbeitet werden. Für den Winter sind 2 Probleme zu lösen

1.) die Transportfrage,
2.) die Einhaltung der Ablieferungspflicht der Erzeuger.

Die Getreidewirtschaftslage zeigt auf dem Brotgetreidesektor mehr Spannung als erwartet wurde. Die Ablieferung an Mühlen, Lagerhäuser und Händler bleibt hinter den Vorjahrszahlen zurück. Der Brotgetreideanfall ist um 130.000 ha geringer. Die Erträge an Weizen und Roggen stehen unter denen des Vorjahrs. Die Futtermittelversorgung beträgt einen Bruchteil der Auslieferungen der letzten Jahre. Die Bereitstellung an Handelsfutter sank auf 1/3, sie beträgt nur mehr 1/4 der Zuteilung 1938/1939. Es ist daher ein großer Anreiz für die Verfütterung von Brotgetreide gegeben. An manchen Orten ist eine solche Verfütterung bis zu 70 bis 80 % anzunehmen.

./.

A 2[illegible]64

H3450-0136

3914-PS
133

Der Zuschuß an Brotfrucht aus dem Altreich nimmt von Jahr zu Jahr zu. Derzeit ist ein Zuschuß von über 500.000 Tonnen notwendig. Es ist fraglich, ob dieser Zuschuß sich transportmäßig bewältigen läßt. Die Landesbauernführer haben sich entschlossen, im Wege einer großen Begehung die Sicherstellung von Brotfruchtgetreide anzuordnen. Mit Hilfe der Ortsbauernführer, der Ortsgruppenführer und Bürgermeister wird die Menge an Roggen und Weizen bestimmt, die zur Ablieferung gelangen muß. Durch diese Aktion erwartet man, 160.000 Tonnen Brotfruchtgetreide sicherstellen zu können. Gelingt diese Aktion nicht, müßte sich der Zuschuß aus dem Altreich um 150.000 Tonnen erhöhen. Es muß unter allen Umständen eine Absenkung der Brot-und Mehlration vermieden werden, weshalb eine höhere Beimischung von Roggen und Kartoffelmehl angeordnet wird. Diese Beimischung beträgt derzeit 10 %. Von einer Beimischung von Maismehl wurde abgesehen. Verschärfte Kontrolle der bäuerlichen Schrotmühlen und Hausmühlen wurde angeordnet. Kleinere Mühlen befinden sich zeitweilig in einer schwierigen Lage (Verkehrsproblem), müssen längeren Stillstand in Kauf nehmen.

Eine unbedingte Notwendigkeit ist eine Entrümpelung der hohen Viehbestände. Nichtleistungsfähiges Vieh muß aus den Bauernhöfen verschwinden. Diese Aktion liegt nicht nur im Interesse einer Vermeidung von Brotgetreideverfütterung, sondern auch die Wehrmacht legt auf die Auskämmung der Viehbestände Wert.

Viehwirtschaft: Im gesamten Reichsgebiet ist bei den meisten Landesbauernschaften die Fleischversorgung ins Stocken geraten. Es mußten starke Eingriffe in die eigenen Viehbestände gemacht werden. Die Lage in Schweinefleisch ist angespannt. Der Anteil ist von 75 % auf 30 % zurückgegangen. Der Anteil an Rinderfleisch beträgt 52 %, an Kalbfleisch 11 % und Schaffleisch 7 %. Der Wiener Markt wird mit Schweinefleisch aus dem Südosten versorgt. Die Fleischquote konnte bis jetzt reibungslos abgedeckt werden. Wien ist Abnehmer von bedeutenden Mengen von Pferde-

./.

065

H3450-0137

fleisch, besonders in Werksküchen. Es ist auch die Konservierung von Pferdefleisch geplant. Die Schweinefleischkonserven mußten dem Verbrauch zugeführt werden. Von Bedeutung ist der Absatz von Nutzvieh und von schlechten Rinderqualitäten, sogenanntem Beindlvieh. 5.000 Beindlvieh und 13.000 Nutzvieh müßten abgesetzt werden. Berlin hat Aufkäufe zugesagt. Doch sind die Aufkäufe entweder unvollkommen oder überhaupt nicht vorgekommen. Die Bauern mußten das Vieh viele Stunden zum Markt treiben und dann unverrichteter Dinge zurückschaffen. Da sich das mehrmals wiederholte, griff der Bauer zur Selbsthilfe und führte das angebotene Nutzvieh mit Zuschuß zum Schlachtviehmarkt. Wirtschaftlich gesehen, gibt es kein schönes Bild, wenn gute Nutzviehqualitäten statt zur Mästung auf den Schlachtviehmarkt wandern.

In der Milch-und Fettwirtschaft ist erfreulicherweise eine erhöhte Anlieferung an die Molkerein zu verzeichnen (5 %). Magermilch ist genügend vorhanden, sodaß bis jetzt pro Kopf ¼ l ausgegeben werden konnte. Der Butterbedarf konnte durch eigene Erzeugung gedeckt werden, sodaß keine Zuschübe notwendig waren. Der Bedarf an Speiseöl ist ständig ansteigend und erstreckt sich auf ungefähr 75 % des Angebotes. Die Versorgungslage kann als vollkommen ausgeglichen angesehen werden. Der Bedarf an Butterschmalz ist gedeckt (27 Waggon). Die Käsequote bereitet keine Schwierigkeiten; für Weihnachten sind gute Qualitäten vorgesehen.

Die günstige Wetterlage brachte eine Steigerung der Anlieferung an Frischgemüse um 20 %. An Importen gibt es nur geringe Mengen. Eine große Einlagerungaktion für den Winter ist geplant. Es stehen 5.500 Waggon Gemüse zur Verfügung; diese Menge verteilt sich

durch Gemüseeinlagerung beim Erzeuger auf	1500-2000	Waggon
durch Einschneiden von Kraut	" 2000	"
durch laufende Lieferung Holsteinschen Krautes	" 500	"
durch laufende Anlieferung eigener Ernte	700	"
durch Gemüsenkonserven	600	" .

A0986966

./.

H3450-0138

3914-PS
135

Eingelagertes Wurzelgemüse aus dem Altreich war nicht lagerungsfähig und mußte dem Frischmarkt zugeführt werden.

600.000 Dosen Gemüse sind für die Arbeiterbevölkerung von Nieder-und Oberdonau bereitgestellt.

Die Obstlieferungen können den Bedarf bei weitem nicht decken. Ausgabe von Obst an Normalverbraucher wurde gesperrt und wird nur an Kranke, Kinder und stillende Mütter verabreicht. Für Weihnachten sind 120 Waggon Freigabeäpfel schon im Anrollen. 10 % der steirischen Äpfel sind dem Versandt freigegeben worden, doch ist dadurch der größte Teil der Äpfel im Schleichhandel verschwunden. Das Reichsernährungsministerium wurde gebeten, ein Versandtverbot durchzusetzen, jedoch ohne Erfolg. Die Hauptvereinigung für Gartenbau hat ein neues Verteilungssystem ausgearbeitet. Der Zuteilung kann mit Interesse entgegen gesehen werden. Das Kontingent für Orangen und Mandarinen beträgt 400 Waggon, ob eine Einfuhr vor Weihnachten möglich wird, ist fraglich.

Kartoffel: Die Ernteergebnisse waren verschieden, aber außerordentlich zufriedenstellend. Die Einlagerungsaktion wird mit besonderem Nachdruck betrieben. In Wien sind schon mehr Kartoffel auf Lager, als im Vorjahr während des ganzen Winters gebraucht wurden. Die Zuschübe aus dem Altreich betragen insgesamt 112.000 Tonnen für die Ostmark. In den Haushalten sind einige 100 Waggon Kartoffel eingelagert, Stärkefabriken und Kartoffelbrennereien können beliefert werden. Für die Einlagerungsaktion hat die Stadtgemeinde Wien 40.000 RM zur Verfügung gestellt.

Die Rübenernte verzeichnet den größten Ausfall, Der Ertrag ist weit geringer als im Vorjahr. Die Zuckergehaltausbeute steht um 1 % höher als im Vorjahr, sodaß die Zukkerherstellung trotz Verlusten bei der Ernte als ausgeglichen angesehen werden kann. Die Ausgabe von Süßwaren und Schokolade wird mit 5.Dezember in Angriff genommen.

Der Eierbedarf wird von der Reichsstelle gedeckt.

Geflügelbedarf wird aus Importen gedeckt.

Niederwild ist in sehr geringer Menge vorhanden, beträgt 5 % des Vorjahres.

./.

A098967

H3450-0139

3914-PS
136

Weinbau: Die heurigen Ernteergebnisse betragen 20 - 25 % des Vorjahres. Um den Bedarf der Ostmark zu decken, müssen 50.000 hl aus Belgien, 32.000 aus Italien und 50.000 hl aus Frankreich eingeführt werden. Der Ernteausfall in der Ostmark macht 45,000.000 RM aus. Für die Bauern von Wien und Niederdonau ist eine Unterstützungsaktion notwendig, auch Steuerstundungen müssen gewährt werden.

Bier ist ausgeglichen.

Seefische sind eingetroffen, für Weihnachten Karpfen. Mengenmäßig wird die Versorgung in diesem Winter die gleiche sein, wie im vergangenen Kriegswinter. Nur die Qualität ist im einzelnen verschieden, bezüglich Brot und Fleisch. Es wird jedoch von den in Betracht kommenden Stellen alles unternommen werden, um eine gerechte Verteilung zu bewerkstelligen.

Landesbauernobmann S p i t z e r bemerkt zum Arbeitseinsatz, daß im Jänner 1940 bei einem Bedarf von 79.000 Arbeitern 68.000 gedeckt werden konnten durch ausländische Arbeiter (Polen, Slowaken, Ungarn) und durch Kriegsgefangene, die von der Landwirtschaft freigegeben wurden und im Frühjahr natürlich wieder zurückgegeben werden.

Der Herbstanbau und die Hackfruchternte ist abgeschlossen. Auch die Ackerungen für den Frühjahrsanbau sind erledigt;, es besteht günstige Aussicht, daß der Frühjahrsanbau gut durchgeführt werden kann.

Er fragt General Streccius, ob es nicht möglich wäre, die Übungsplätze der Wehrmacht in Döllersheim und Stockerau die unbebaut und verwildert sind, irgendwie zu bebauen oder von Unkraut zu befreien, um die Unkrautplage in den umliegenden Gebieten zu bannen.

General Streccius verspricht, diese Frage eingehend prüfen zu lassen.

Reichsbahnpräsident T ö p f e r spricht über die Transportverhältnisse bei der Reichsbahn.

Die Lage ist als wirklich bedrohlich zu bezeichnen. Der Güter- wie auch der Personenverkehr ist im ständigen

./.

A 9[illegible]68

Ansteigen, während er in den letzten Jahren im Oktober stets abgenommen hat. Die Verkehrsanlagen sind unvollkommen und stehen 30 Jahre gegenüber jenen im Altreich zurück. Am 1.Dezember 1940 können knapp 50 % des Personals auf Urlaub gehen, die Reserven schwinden von Jahr zu Jahr, Urlaube können nicht mehr abgedeckt werden. Eine Zuweisung von neuen Leuten, besonders betriebstauglichen, ist nicht möglich. Leute für die Bahnunterhaltung sind schwer zu bekommen, trotz größter Nachsicht bei der ärztlichen Untersuchung. Kriegsgefangene, die frei werden, helfen auch nicht viel. Von den 1000 französischen Lokomotiven sind 750 in den Reparaturwerkstätten. Der Wagenstand ist knapp, infolge der vielen Transporte. Statt 3000 sind 5000 - 5500 Waggen zu stellen. Unzureichende Anlage, der geringe Personal-und Lokomotivstand führt notgedrungen zu Verspätungen. Die radikale Drosselung der Züge verursacht ebenfalls starke Verspätungen, da jeder verkehrende Zug auf jedem Bahnhof mehr zu tun hat als sonst. Unsere Verspätungen stehen weit über dem Reichsdurchschnitt, an der dritten Stelle des Reiches. 7 - 10 % der Güterwagen werden verspätet entladen und verstopfen die Vorbahnhöfe, sodaß sich die Reichsbahn gezwungen sieht, dem Druck des Ministeriums nachzugeben und das Wagenstandsgeld vom 3fachen auf das 5fache zu erhöhen. Große Schwierigkeiten bereitet auch die Verdunklung, da nur 1/ 3 des Tages zur Entladung zur Verfügung steht. Die Unfälle mehren sich, die in die Abendstunden fallen. Es würde sehr begrüßt werden, wenn bei Ankunft von Rückwanderer-und Kinderzügen gegen vorherige Anfrage beim Luftgaukommando auf etwa 1/ 2 Stunde erhellt werden könnte.

Die Wehrmacht gibt viel Arbeit und wird noch mehr Arbeit geben. Die Lage sieht für die Zukunft sehr ungünstig aus. Die Wintermonate brachten bisher eine Entlastung, in diesem Jahr kommt eine zusätzliche Belastung hinzu. Als Abhilfe sind nur Sperren möglich. Alle Beförderungen sind natürlich dringlich, nach der Rangliste sind 75 % als vordringlich anzusehen.

./.

A098069

H3450-0140

H3450-0141

3914-PS
138

Im Personenverkehr ist eine starke Verkehrszunahme zu verzeichnen; durch die Rückwanderer, Landfahrer, Kinder aus Hamburg und Berlin u.sw. Es waren 217 außergewöhnliche personenführende Züge zu befördern. Im Güterverkehr sind Kartoffel, Gemüse, Gemüsekonserven zu befördern. Am 1.Dezember ist ein Auftrag von 80 Millionen Gemüsekonserven zu erledigen. Die Rübenbeförderung war in diesem Jahr durch das schlechte Wetter außerordentlich schwer zu bewältigen und bracht Verzögerungen.10 bis 12 Züge müssen täglich für Bauten zur Verfügung stehen. Die Rohölbeförderung ist auch aus militärischen Gründen sehr dringend. 93.000 Tonnen Rohöl müssen in Wien umgeschlagen werden, da Mangel an Kähnen auf der Donau herrscht. Wenn im Winter die Donau zufriert, muß ein Teil der Beförderung auf die Bahn übernommen werden. Wegen dieser Schwierigkeiten mußte eine Reihung der Transporte durchgeführt werden. Getreidebeförderung steht an erster Stelle. Der Berufsfahrerverkehr wurde zum größten Teil auf den Reichsbahnomnibusverkehr abgewälzt. Die Reichsbahn selbst hat 14.629 Wochenkarten auszugeben. Diese Zahl wird sich in den Wintermonaten noch um 5 - 6 % erhöhen, da viele Arbeiter dann nicht mehr mit dem Rad fahren. Eine Erleichterung wäre, wenn die privaten Omnibusgesellschaften jene Wagen zurückbekämen, die sie seinerzeit abgeben mußten, um sie in den Verkehr stellen zu können.

Reichsbahnpräsident Töpfer ersucht noch, am flachen Lande den Beginn der Schulzeiten und den des Schichtwechsels in den Fabriken mehr dem Fahrplan anzupassen,da ja die Reichsbahn derzeit nicht in der Lage ist, in jede kleine Stadt früh und mittags 2 - 3 Züge zu führen. Auch ersuche er bei dieser Gelegenheit die Partei, Beschwerden in dieser Angelegenheit einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Vom 21.Dezember 1940 bis 5.Januar 1941 tritt die Verkehrssperre ein.

H3450-0142

3914-PS
139

Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h spricht über den Arbeitseinsatz und die sozialen Verhältnisse im Wehrkreis XVII.

Der Arbeitseinsatz ist weiterhin sehr angespannt.

In der Textilindustrie ist die Situation kritisch. Die Gefolgschaft ist auf 60 % zurückgegangen. Die vorhandenen Arbeitskräfte sind nicht mehr voll einsatzfähig. Die Erzeugung des zivilen Bedarfs wurde sehr eingeschränkt und ist in Frage gestellt. Beurlaubungen beim Heer für Arbeitszwecke sind bis jetzt auf den Stand von 166.000 Mann gekommen. Im Oktober wurden 500.000 Rekruten zur Einziehung gebracht. Eine Wiederholung erfolgt im Februar.

Der Arbeitslosenstand zeigt eine rückläufige Bewegung. Mit 6.740 Arbeitslosen (Wien 5216) steht der Wehrkreis XVII an dritter Stelle im gesamten Reich. Es ist jedoch zu erwähnen, daß unter den Arbeitslosen besonders in Wien viele Juden sind. Die Judenfrage wird in der nächsten Zeit sehr entscheidend angepackt werden. Oberdonau hat sich bereit erklärt, 1500 arbeitslose Juden zu übernehmen. Dienstverpflichtungen waren im Oktober 2578. Dank des Zusammenwirkens aller dazu in Betracht kommenden Stellen konnte sich der Wehrkreis im großen und ganzen von den Dienstverpflichtungen befreien. Die Dienstverpflichteten, die beschäftigt sind, zählen 7861, Wien 4649. Kriegsgefangene, die im Oktober zum Einsatz gelangten, haben die Zahl 6755 erreicht, Wien 1311. Im ganzen sind 35.873 Kriegsgefangene beschäftigt. Unter den Kriegsgefangenen wurde eine Umgruppierung vorgenommen. Die Kriegsgefangenen der Landwirtschaft sind der gewerblichen Wirtschaft zugeführt worden. Selbstverständlich kommen diese Kriegsgefangenen im Frühjahr wieder zur Landwirtschaft zurück.

Der Vortragende weist auf jenes Problem, das durch den Geburtenrückgang in Wien verursacht wurde, hin. Wien hat wie keine andere Stadt, auch wie keine Mittelstadt im Altreich den stärksten Geburtenrückgang zu verzeichnen, wodurch für Wien die Nachwuchsfrage sehr schwer und heikel zu lösen ist. Im Jahre 1939 hatte Wien noch 20.000 Nachwuchskräfte, im Jahre 1940 nur mehr 12.000. Mit der Auf-

./.

A [illegible] 71

H3450-0143

3914-PS
140

füllung aus der Landwirtschaft kann nicht mehr gerechnet werden. Wien wird im überragenden Maße auf den eigenen Nachwuchs abgestellt sein müssen. Dies alles muß besonders berücksichtigt werden, wenn von einer Verlagerung der Industrie nach Wien gesprochen wird. Es werden daher die Arbeitskräfte besonders vorsorglich behandelt werden müssen. In nächster Zeit kommt die Trennungsentschädigung für alle Gewerbe zur Einführung, was auch eine gewisse Beruhigung schaffen wird. Von Bedeutung ist auch die Lohnerhöhung in der Landwirtschaft. Ohne diese wird die Landflucht nicht mehr verhindert werden können. Die Landwirtschaft kann aber aus sich heraus nichts mehr tun, um eine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Die diesjährigen Weihnachtszuwendungen sollen als soziale Zulage ausgestaltet werden. Sie sind in der früheren Zeit sehr stark als Arbeitsentgelt angesehen und nicht als soziale Leistung gewertet worden. Auch sind sie im Altreich nie bekannt gewesen.

Sprecher möchte dies zum Gegenstand einer Propaganda machen, durch die Presse so rasch als möglich hinausgeben und dabei den Fortschritt in der Privatwirtschaft propagandistisch auswerten. Er ist überzeugt, daß sich dies günstig auswirken wird. Dieser Weg ist in den anderen Reichsgauen nicht beschritten worden.

Der Herr Reichsleiter faßt das Ergebnis der Berichte zusammen. Er bittet, mit Hilfe der verantwortlichen Männer einer Verschlechterung der Stimmung entgegenzuarbeiten. Diese Frage ist eine Frage der Reichsverteidigung im höchsten Sinne geworden.

"Ich möchte allen Herren, die hier gesprochen haben, danken. Sie können uns in der Gewißheit und Zuversicht bestärken, daß es uns gelingen wird, diesen 2. Winter siegreich zu bestehen. Ob wir den Krieg gewinnen, hängt praktisch von der Heimat ab. Ich nehme deshalb alle diese Stimmungsfragen ernst und möchte, daß Sie das auch tun. Wir alle sind für diese Stimmung verantwortlich.

Ich schließe die Sitzung."

A098972

Dr. Fischer v.H.

Hubermann

H3450-0144

3914-PS
141

Der Reichsstatthalter in Wien
I a RV - K 1111 - 159/41

Wien, den 3. April 1941.

Betrifft: Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses.

1.) An den
siehe nächste Seite.

Ich berufe den
Reichsverteidigungsausschuss im Wehrkreis XVII
zu einer Sitzung
auf Samstag, den 5. April 1941, vormittags 10 Uhr,
im Gebäude des Reichsstatthalters in Wien I., Ballhausplatz 2, I. Stock, Zimmer Nr. VI.

Ich lade Sie zu dieser Sitzung ein und bitte, hieran wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung persönlich teilzunehmen.

Von der Heranziehung von Referenten bitte ich Abstand zu nehmen.

Die Tagesordnung wird vor Beginn der Sitzung bekanntgegeben

In Vertretung:

Dr. Dellbrügge

(Dr. Dellbrügge, Reg.Präs.)

AD98973

3914-PS
14

H3450-0145

Ergeht an :

den

Bürgermeister Jung,

Stellvertr.General und Befehlshaber im Wehrkreis XVII
General der Infanterie S t r e c c i u s

Stellvertr.General u.Befehlshaber im Luftgau XVII
General der Flakartillerie Hirschauer,

Stellvertretenden Gauleiter Scharizer

Reichsstatthalter Dr. Jury

Reg.Präsident Dr.Gruber

Reichsstatthalter Eigruber

Gauwirtschaftsbrater Hinterleitner,Linz,

Landesarbeitsamtspräsident Böhm,

SS-Gruppenführer Kaltenbrunner,

Gauwirtschaftsberater Schmied, Dozent Dr. Robert, I., Lövelstraße 20

Generalmajor Retzlaff

Landesarbeitspräsident Proksch

Gebietsbeauftragter für Bewaffnung und Munition Dr.Anselm

Ministerialrat D a n n e r

Generalmajor Gautier

Baudirektor Lenikus

Gauwirtschaftsberater Rafelsberger

Ministerialrat Dr.Caesmann

Oberlandforstmeister Ing.Vasold

Reichsbahnpräsident Töpfer

Minister Reinthaller

Major Scheidemann

Gauamtsleiter Mayerzedt

Ministerialrat Dr.Förster

A 000074

H3450-0146

3914-PS
143

Der Reichsstatthalter in Wien
I a RV - K 1111 - 159/41

Wien, den 3. April 1941.

Betrifft: Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses.

An den

Ich berufe den
Reichsverteidigungsausschuss im Wehrkreis XVII
zu einer Sitzung
auf Samstag, den 5. April 1941, vormittags 10 Uhr,
im Gebäude des Reichsstatthalters in Wien I., Ballhausplatz 2, I. Stock, Zimmer Nr. VI.

Ich lade Sie zu dieser Sitzung ein und bitte, hieran wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung persönlich teilzunehmen.

Von der Heranziehung von Referenten bitte ich Abstand zu nehmen.

Die Tagesordnung wird vor Beginn der Sitzung bekanntgegeben

In Vertretung:

Dr. Dellbrügge

(Dr. Dellbrügge, Reg.Präs.)

A 9975

3914-PS
144

Der Reichsstatthalter in Wien

Dienststelle: Wien, I., Ballhausplatz 2
~~Fernschreibstelle, Zimmer Nr. 122~~

Funkspruch — Fernspruch — Fernschrift Nr. 42
(in roter Schrift)

Absender: Dr. Dellbrügge	[illegible]nommen	Befördert
[illegible] durch Lindlik	um	an Gauwirtschaftsber. Hinterleitner
am 3/4 um 13.40		am 3/4 um 14.24
		durch Lindlik

+wien rsth nr 42 3/4 1404 = 3. April 1941

der reichsstatthalter in wien
roem 1 a grosz rv -k ~~1111~~ -159/41 wien,am 3.april 1941

betrifft: sitzung des reichsverteidigungsausschusses.

an den
gauwirtschaftsberater h i n t e r l e i t n e r ,l i n z ,
gauleitung=

ich berufe den
reichsverteidigungsausschuss im wehrkreis roem 17
---
zu einer sitzung
auf samstag,den 5.april 1941, vormittags 10 uhr,
---
im gebaeude des reichsstatthalters in wien 1., ballhausplatz 2,
1. stock,zimmer nr. roem 6 .

ich lade sie zu dieser sitzung ein und bitte,hieran wegen
der wichtigkeit der tagesordnung persoenlich teilzunehmen .

von der heranziehung von referenten bitte ich abstand zu
nehmen .

die tagesordnung wird vor beginn der sitzung bekanntgegeben .=

in vertretung:
dr. d e l l b r u e g g e
regierungspraesident .

A 098976

+ 1410 nr. 42 linz ++

H3450-0147

H3450-0148

Fernschreiben

3914-PS
145

Der Reichsstatthalter in Wien
I a RV - K ~~1111~~ - 159/41
1010 B

Wien, den 3. April 1941.

Betrifft: Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses.

An den

Gauleiter und Reichsstatthalter von Oberdonau
E i g r u b e r

L i n z

GWB Hinterleitner, Böhm [illegible]

Ich berufe den

Reichsverteidigungsausschuss im Wehrkreis XVII

zu einer Sitzung

auf Samstag, den 5. April 1941, vormittags 10 Uhr,

im Gebäude des Reichsstatthalters in Wien I., Ballhausplatz 2, I. Stock, Zimmer Nr. VI.

Ich lade Sie zu dieser Sitzung ein und bitte, hieran wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung persönlich teilzunehmen.

Von der Heranziehung von Referenten bitte ich Abstand zu nehmen.

Die Tagesordnung wird vor Beginn der Sitzung bekanntgegeben.

In Vertretung:

(Dr. Dellbrügge, Reg.Präs.)

A 098977

H3450-0149

3914-PS
146

Dienststelle:

Funkspruch — Fernspruch — Fernschrift Nr. 41

(In roter Schrift)

Absender: Dr. Dellbrügge	genommen	Befördert
durch Lunglitz	um	an Gauleiter Eigruber, Linz
am 3/4 um 13.46		am 3/4 um 13.58
		durch Lunglitz

+wien rsth nr 41 3/4 1358 =

3. April 1941

der reichsstatthalter in wien
roem 1 a(RV)-k ~~1111~~ - 159/41 wien ,den 3.april 1941

betrifft: sitzung des reichsverteidigungsausschusses .

an den
gauleiter und reichsstatthalter von oberdonau
e i g r u b e r ,
l i n z =

ich berufe den
reichsverteidigungsausschuss im wehrkreis roem 17
---
zu einer sitzung
auf samstag,den5.april 1941,vormittags 10 uhr,
---
im gebaeude des reichsstatthalters in wien 1., ballhausplatz 2,
1.stock,zimmer nr. roem 6 .

ich lade sie zu dieser sitzung ein und bitte,hieran wegen
der wichtigkeit der tagesordnung persoenlich teilzunehmen .
.
von der heranziehung von referenten bitte ich abstand zu
nehmen .

die tagesordnung wird vor beginn der sitzung bekanntgegeben .

in vertretung :
dr. d e l l b r u e g g e ,
regierungspraesident .

1098978

+ 1404 nr. 41 ling.+

H3450-0150

Funkspruch — Fernspruch — Fernschrift Nr. 43 — 3914-PS 147

(in roter Schrift)

Absender: Dr. Dellbrügge	[illegible]mmen	Befördert
[illegible] durch Smolik	um	an Ldsarb. Präs. Böhm
am 3/4 um 13.40	[illegible]	am 3/4 um 14.10
		durch Smolik

+wien rsth nr 43 3/4 1410 =

3. April 1941

der reichsstatthalter in wien
roem 1 a grosz rv - k ~~1111~~-159/41 wien,am 3.april 1941
10103

betrifft: sitzung des reichsverteidigungsausschusses.

an den
herrn landesarbeitsamtpraesidenten b o e h m ,
l i n z ,
landesarbeitsamt =

ich berufe den
reichsverteidigungsausschuss im wehrkreis roem 17
---
zu einer sitzung
auf samstag,den 5. april 1941,vormittags 10 uhr ,
---
im gebaeude des reichsstatthalteers in wien 1., ballhausplatz 2
1.stock,zimmer nr. roem 6 .

ich lade sie zu dieser sitzung ein und bitte,hieran wegen
der wichtigkeit der tagesordnung persoenlich teilzunehmen .

von der heranziehung von referenten bitte ich abstand zu
nehmen .

die tagesordnung wird vor beginn der sitzung bekanntgegeben =

in vertretung :
dr. d e l l b r u e g g e
regierungspraesident .

A098979

+ 1415 nr. 43 linz +++

H3450-0151

wien rsth + bitte mom! ich hae ein rs fuer sie +

3914-PS 1111
148

Der Reichsstatthalter in Wien

Dienststelle: Wien, I., Ballhausplatz 2
Fernschreibstelle, Zimmer Nr. 122

Funkspruch — ~~Fernspruch~~ — Fernschrift Nr. 21
(in roter Schrift)

Absender: Resch, Linz	Angenommen	Befördert
angenommen durch	Linz	an Reichsl. B. v. Schirach
	am 3/4 um 20.30	am 4/4 um 8.30
am ..... um	durch Smolik	durch Smolik

+ linz nr. 21 3/4 2000 == 3. April 1941

an den

gauleiter und reichsstatthalter in w i e n ,
pg. b a l d u r von s c h i r a c h ,

w i e n .

betrifft: sitzung des reichsverteidigungsausschusses.
ihr zeichen : roem. 1 RV a - k 1111-159/41.

auftragsgemaess teile ich mit, dass gauleiter und reichsstatthalter in oberhau an der sitzung des reichsverteidigungsausschusses im wehrkreis roem. 17 , die am samstag , den 5.april 1941, um 10 uhr vormittags, im gebaeude des reichsstatthalters in wien 1., ballhausplatz 2, stattfindet,persoenlich teilnimmt.=

h e i l h i t l e r

(r e s c h)
adjutant des gauleiters ,
SS- hauptsturmfuehrer.+

+ 2030 nr 21 wien rsth z+

AC 98980

H3450-0152

3914-PS 5.4.41
149

Anwesenheisliste

für die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses.

Name	Dienstbezeichnung	Dienstbehörde
Jury	RKG	Ud.
Dellbrügge	RP.	Rhlw.
Gruber	"	N.O.
Gantzer	Generalmajor	Rüstungsinspektion 17
Töpfer	Prof.	R.B.D. Wien
Dr Haesmann	Min. Rat.	Ubr-Wien
Dipl. Ing. Pfeifer	R. Rat	— " —
Kapellmeyer	GWB	Wien
Alfred Probst	RG	Wien
Böhm	Kfr. d. A.	Linz
Hinterleitner	Gemeinschaftsbarakt	Linz V.
Schmied	GWB	Niederdonau.
Vasold	Ob. Landforstmeister	Landesforstamt Wien (Forst- u. Holzwirtschaftsamt)

A098981

3914-PS
150

H3450-0153

Name	Dienstbezeichnung	Dienstbehörde
Wanner	Münzverwalter	R. Stelle für Kohle
Hoffmann	Reg. Rat	Reichsst. in W.
Schwarz	Stellv. Sanit.	Wien Sanitätsw.
[illegible]	Bürgermeister	Gemeindeverwaltung Wien
Jordan	RR	FSW, LWA
Förster	Min. Rat	" "
Krikowa	stellv. Wehrkr.	WKB XVII
Sterdemann	Leiter der Stelle für Erzeugungsschlacht	Landesbauernschaft Donauland
Stritzer	Landesobmann	— " —
Meyerzed	Landeshauptobmann Leiter	"
Dr. Langbein	Major d. Sch.	Pol. Prä. Wien
[illegible]	Generalmajor d. Polizei	Inspekteur der Orpo
[illegible]	SS-Inf.	Höherer SS- u. Pol. Führer XVII.
[illegible]	Befehlshaber Luftgau XVII	
[illegible]	Chefd. WKC XVII.	WKC XVII.
[illegible]	Gen. d. Inf. W.A. XVII	A098982
[illegible]	[illegible]	[illegible]

3914-PS
151

H3450-0154

Name	Dienstbezeichnung	Dienstbehörde
v Schirach		

A098083

H3450-0155

3914-PS
152

Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses
für den Wehrkreis XVII
in Wien, am 5. April 1941.

T a g e s o r d n u n g .

1.) Begrüssung durch den Reichsverteidigungskommissar

2.) Referat über Ernährungsfragen:
Gauamtsleiter M a y e r z e d t

3.) Referat über die allgemeine Verkehrslage:
Reichsbahnpräsident T ö p f e r

4.) Referate über die Durchführung und Ergebnisse der Betriebsauskämmung:
Ministerialrat F ö r s t e r und
Generalmajor G a u t i e r

5.) Bericht über die allgemeine Luftschutzlage und den Stand der Luftschutzmaßnahmen:
Generalmajor R e t z l a f f

6.) Verschiedenes.

A0989 84

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII

Z - RVK - ~~1111~~ - 164/41 g
1010 B

3914-PS
153

31

Geheim

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses
am 5. April 1941.

Anwesend sind die aus der angeheftete Liste ersichtlichen Ausschußmitglieder.

Nach herzlichen Begrüßungsworten des R.V.-Kommissars Reichsleiters v. Schirach ~~spricht~~ erteilt er Gauamtsleiter M a y e r z e d t zu seinem Vortrag über Ernährungsfragen des Wirtschaftsjahres.

Diese fußt aus:

Schwierige Probleme in der Ernährungswirtschaft haben sich wesentlich gebessert. Die Versorgungslage ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Die Märkte wurden gut beschickt. Die Aufbringung von Brotgetreide ist abgeschlossen und hat gute Erfolge gehabt. Vor der großen Begehung wurden 68.000 t eingebracht, durch die Aktion gelangten 52.000 t mehr zur Ablieferung. Diese Begehung, in der Ostmark erstmalig durchgeführt, wurde vom Altreich übernommen. Die Mühlenversorgung mit Getreide ist in Ordnung. Der Bedarf für 4 Wochen ist gedeckt. In der Zufuhr an Bäcker und Verteiler sind keine Stockungen und Verzögerungen eingetreten. Die Belieferung mit Saatgut wurde reibungslos durchgeführt, mit Ausnahme von Kleesamen, der augenblicklich nicht vorrätig ist. Mit 1. April wurden neue Mehltypen eingeführt. Die Futtermittel sind knapp, sämtliche Winterreserven sind verteilt. Die Wehrmachtsanforderungen konnten erfüllt werden, allerdings nur unter schwerstem Druck auf die bäuerliche Erzeugung.

Für das Wirtschaftsjahr 1941-42 wurde eine Flurbegehung angeordnet. ~~Es wird~~ veranlaßt, daß unmittelbar vor dem Getreideschnitt der Stand der Felder genau erhoben wird, um einen Ernteausfall festzustellen. Die Belieferung von Futtermittel aus Rußland ist sehr zufriedenstellend; die einlangenden Mengen können transportmäßig kaum bewältigt

./.

H3450-0156

A 098985

H3450-0157

3914-PS
154 321

werden. Durch die jugoslawische Krise sind Schwierigkeiten im Donauverkehr eingetreten.

In der Fleischversorgung wurden Rinder zu 33 %, Schweine zu 53 % und Kälber zu 97 % aus dem Inland bezogen. Für Wien mußten Lieferungen von ausländischen Kontingenten herangezogen werden. Die Abgabe an Verbrauchsschweinen stieg von 20 auf 48 %, an Rindern auf 41 %, an Kälbern auf 11 %. Mit Versorgungsschwierigkeiten ist nicht zu rechnen, auch wenn Jugoslawien ausfällt, weil erhebliche Vorräte vorhanden sind. Es liegen 2.000 t Fleisch in den Kühlhäusern bereit, außerdem ist ein genügender lebender Vorrat vorhanden. Der Ausfall Jugoslawiens ist durch Zufuhren aus anderen Gebieten in der letzten Woche ausgeglichen worden.

Es wurde ein erhöhtes Pferdekontingent angefordert, ~~der in den Arbeiterbezirken abgegeben werden kann~~. Der Bedarf an Schweinefett ist unverändert; es bestehen keine Schwierigkeiten. ~~Zuschübe seitens der Reichsstelle stehen zur Verfügung.~~

Mit 1.Juni ist eine Kürzung der Fleischquote um 20 % in Aussicht genommen. ~~Es ist geplant,~~ die Kürzung unter Einbeziehung von Geflügel, Wild und Pferdefleisch mengenmäßig auszugleichen.

Der Bedarf an Vollmilch ist gestiegen, bedingt durch den Anstieg der Geburtenzahl, Magermilch um 6 %. Die Abgabe von ¼ l pro Kopf konnte reibungslos durchgeführt werden. Größeres Quantum Magermilch in Pulverform ist auf Lager.

Die Butter-, Käse- und Topfenquote konnte abgedeckt werden.

In Bezug auf Kartoffel ist die Versorgung in Ordnung. Zuschübe aus Bayern langten infolge Transportschwierigkeiten schleppend ein. Die Kartoffelanforderungen waren in diesem Winter durch die überaus starke Einlagerung und das reiche Gemüseangebot so gering, daß der Wochenbedarf ungefähr dem Tagesbedarf des Vorjahres gleichkam. 15 % der Kartoffel

./.

A 098986

H3450-0158

3914-PS 33
155

kamen aus Italien, 140.000 t aus dem Altreich.

Die Gemüseanlieferung übertrifft alle Erwartungen. Das Durchschnittswochenangebot war 200 Waggon (120 Waggon vor dem Kriege). Die Aktion von holländischen Rüben ist ~~seit 1 Woche~~ beendet. Die Anlieferung von ausländischem Gemüse aus Italien und Ungarn ist zufriedenstellend. Gemüsekonserven und Trockengemüse sind auf Lager. Es sind keine Lücken eingetreten.

Für das kommende Jahr wurde ein erhöhter Zwiebelanbau durchgeführt, ebenso sind mit der Slowakei entsprechende Anbauverträge abgeschlossen worden.

Die Versorgung der Wiener Märkte mit Obst ist zufriedenstellend. Aus Italien und Spanien kamen Orangen. Auch die Anlieferung von Zitronen hat sich gebessert. ~~Die Obst- und Gemüseanlieferung ist besser wie im Vorjahre~~. Bei Obst ist eine Steigerung bis zu 70 % festzustellen. ~~Für die Osterwoche~~ stehen 400 Waggon zur Verfügung.

Der Eierbedarf konnte aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden. Steigerung von etwa 30 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Geflügelbedarf ist nicht nennenswert. Aus Jugoslawien sind noch 3.000 Kilogramm Geflügel eingetroffen. Seit 1 Woche bleiben die Transporte aus. ~~Für die Osterwoche stehen etwa 400.000 Kilogramm zur Verfügung~~.

Der Bedarf an Weinen mußte aus dem Ausland gedeckt werden. Die ersten Transporte aus Frankreich sind endlich eingelangt, während Transporte aus dem Balkan nicht zu erwarten sind.

Der Zuckerbedarf ist durch Lieferungen aus dem Protektorat ausgeglichen und gesichert.

Der Bedarf an Seefischen konnte gedeckt werden. Es wurden 150.000 Kilogramm pro Woche verteilt. Die für Ostern bestimmten Karpfen mußten schon früh verteilt werden. Die Anlieferungen aus Jugoslawien sind nicht mehr hereinzubringen. Im April ist mit einer erheblichen Anlieferung von Seefischen zu rechnen. Dies wird einen gewissen Ausgleich in der Versorgungslage herbeiführen.

A 0985987

H3450-0159

3914-PS
156 34

~~Die Truppentransporte versorgen sich aus eigenen Beständen.~~

Naturgemäß steht und fällt die Versorgungslage mit den Transportmöglichkeiten. Durch den Einsatz der Reichsbahn konnten aber alle größeren Schwierigkeiten vermieden werden.

Der Reichsleiter begrüßt die inzwischen eingetroffenen Gauleiter Dr.J u r y und E i g r u b e r und dankt für ihr Erscheinen.

Anschließend führt er aus:

"Wenn die Versorgungslage im Wehrkreis XVII befriedigend ist, so ist das in erster Linie Ihr Verdienst. Ich möchte Ihnen darüber meine Anerkennung ausdrücken. Im Zusammenhang an diese Ausführungen möchte ich auf die Frage der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu sprechen kommen. Es ist mir von General Streccius mitgeteilt worden, daß es der Wehrmacht nicht möglich ist, die angeforderten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Ich habe nun mit dem Herrn Reichsmarschall Verbindung aufgenommen und in Berlin mit Reichsminister Dr.Todt über diese Frage gesprochen. Mein Vorschlag ging dahin, von den Autobahnhauptstellen die Arbeiter abzuziehen und für landwirtschaftliche Arbeiten hier einzusetzen. Leider hat Reichsminister Dr.Todt nicht so viel Arbeiter im Straßenbau beschäftigt. Dr.Todt hat noch ungefähr 1800 Mann, von denen er den größten Teil für eine vordringliche Neuaufgabe braucht. Es steht fest, daß wir die 10.000 Arbeitskräfte, die die Gaue Nieder- und Oberdonau angefordert haben (je 5000) nicht werden beschaffen können, wahrscheinlich nur insgesamt 5000, die auf beide Gaue verteilt werden müßten. In Kaisersteinbruch sollen Arbeitskräfte noch vorhanden sein. Der Lagerführer teilte mit, daß er 2000 Arbeitskräfte zur Verfügung hätte."

General Streccius erklärt hiezu, daß die Wehrmacht alles daran setzt, um der Landwirtschaft Arbeiter für die Frühjahrsbestellung zur Verfügung zu stellen. Im allgemeinen ~~ist die Zahl~~ der Versorgung mit Arbeitern ~~von 17 auf 27 %~~ gestiegen. Auch die Gestellung von Aushilfen war ebenfalls sehr beträchtlich. Es wurden unter anderem rund 5500 Uk-

./.

A 098988

H3450-0160

3914-PS
157 35

gestellte und 1000 Gespanne zur Verfügung gestellt. Auch die militärpolitischen Ereignisse haben zu ernsten Überlegungen geführt. Durch den Durchzug der Truppen wird eine starke Belastung der Bauernschaft eintreten, sodaß die Arbeitskräfte nicht voll ausgenützt werden können. Ob die Wehrmacht von den einzuziehenden und neu zu bildenden Verbänden wird der Bauernschaft noch 1000 Gespanne und Sonderleute zur Verfügung stellen können, ist fraglich. Er glaubt aber, so viel Kräfte zur Verfügung stellen, um bis 1.Mai alles weiter laufen lassen zu können.

In Verbindung mit dem Gedanken der Möglichkeit schnellster Feldbestellung steht noch die Treibstofflage. Leider ist der Ernst der Lage noch nicht so durchgedrungen. Die Anforderungen sind ungeheuer, auch an Gummi, und nur außerordentlich notwendige Forderungen dürfen befriedigt werden. Dies hängt alles mit den Transportschwierigkeiten auf der Donau zusammen.

Landesarbeitsamtspräsident Proksch spricht über den Arbeitseinsatz. Die Arbeitseinsatzlage ist in der Landwirtschaft sehr angespannt. Der Bedarf an Arbeitskräften wurde in der Landwirtschaft mit 13.000 angenommen, der aber stark unterdeckt ist. Rund 300 heimische und 150 Wanderarbeiter haben sich bereits für den Weinbaubetrieb zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Wanderarbeiter aus Ungarn wurde auf 5000 herabgesetzt, auch die Bemühungen, Kräfte aus dem Protektorat hereinzubringen, hatten keinen Erfolg, weil unerwartet eine Sperre für die Ausgabe von Arbeitskräften eingetreten ist.

Die Kriegsgefangenen, die im Winter in der gewerblichen Wirtschaft tätig waren, werden der Landwirtschaft zurückgestellt. Doch ist dies außerordentlich schwierig, da sie der gewerblichen Wirtschaft abgehen. Es wird mit 10.000 Kriegsgefangenen gerechnet, doch liegen noch keine Zusagen vor. Jedenfalls sind Vorbereitungen im Gange, um 10-12.000 Kriegsgefangene einzusetzen. Die Unterbringungsmöglichkeiten sind sichergestellt. Naturgemäß gingen die Bemühungen dahin, für Niederdonau Polen zu erreichen, was aber nicht möglich war. Es wurden nur 120 Polen zugeteilt.

./.

A098989

H3450-0161

3914-PS 158 36

Die andern kommen erst im April. Die Anzahl der volksdeutschen Siedler beträgt ungefähr 1600, der Rest kommt später zum Einsatz und wird für die Landwirtschaft noch nützlich sein. Es sind Bemühungen im Gange, Wehrmachtsangehörige in großem Ausmaß für die Landwirtschaft zu bekommen. Es standen etwa 6000 zur Diskussion. Von der Reichsautobahn werden 700 Kräfte kommen.

Trotz aller Vorkehrungen bleibt die Arbeitseinsatzlage außerordentlich angespannt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß alle Anforderungen voll gedeckt werden können. Es muß das äußerste getan werden, um die Lage der Landwirtschaft zu bessern.

Der Reichsleiter bemerkt hiezu, daß die noch fehlenden 5000 Arbeitskräfte für Nieder-und Oberdonau irgendwie besorgt werden müssen. An Kriegsgefangenen ist nur ein Teil zubekommen. Der andere Teil muß aus Behörden und Dienststellen entnommen werden, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichten können. Eventuell müssen auch Schulen gesperrt und die Kinder aufs Land geschickt werden. Gauleiter Eigruber schlägt vor, Arbeitskräfte aus größeren Betriebe für etwa 14 Tage herauszunehmen.

General Streccius erklärt, daß er 2400 Gefangene stellen kann. Doch ist das die größte Zahl, Eine höhere Zahl könnte erreicht werden, wenn die Möglichkeit bestünde, das Genfer Abkommen zu umgehen. Bei den Kriegsgefangenen sind 100.000 Unteroffiziere, die sich weigern zu arbeiten und nicht dazu gezwungen werden können. Wenn von unserer Seite Gewalt angewendet würde, kämen wahrscheinlich Gegenmaßnahmen gegen unsre Gefangenen. Es ließe sich nur durch Aufklärung etwas machen.

Gauleiter J u r y sieht die Lage nicht so schwarz. Im Gau Niederdonau geht der Anbau schon vor sich. Das Saatgut ist gut überwintert, der Hafer praktisch schon im Acker. Alle Ortsgruppenleiter haben mit den Bürgermeistern vereinbart, alles Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen. Auch das günstige Anbauwetter kam dabei zu Gute. Schwierigkeiten werden sich allerdings beim Kartoffellegen und im Rübenanbau

./.

A098990

H3450-0162

3914-PS
159 37

ergeben. Schulen wurden bis jetzt nicht gesperrt, doch wurde den Oberlehrern (Mittelschulen) die Möglichkeit gegeben, Schulen vereinzelt zu sperren. Der Einsatz der Studenten in der Landwirtschaft war erfolgreich und man rechnet wieder mit diesem Einsatz. Alle eigenen Kräfte werden angespannt bis zum letzten. Wichtig für Niederdonau sind Gespanne und Gespannführer.

Reichsbahnpräsident Töpfer spricht über die Verkehrslage, die äußerst angespannt ist. Der Verkehr ist wesentlich höher als im Weltkrieg. Trotz Motorisierung der Truppen werden täglich mehr Züge befördert als früher. Zu Weihnachten, am 23.XII., wurden z.B. 6000 Urlaubszüge neben Arbeiterzügen befördert. Die Leistungen des Jahres 1929 wurden bereits um 22 % übertroffen und dies unter ungünstigsten Wirtschaftsverhältnissen. Zu Weihnachten mußten einen Tag lang Schneearbeiter eingesetzt werden. Diese Leistungen waren nur möglich, durch Einsatz der letzten Reserven der Arbeiterschaft. In vielen Betrieben konnten erst 34 % des Urlaubs gewährt werden. ~~Es wird 56 - 48 Stunden gearbeitet. Obwohl solche Leistungen hervorgebracht werden, kann man nicht von einer schlechten Stimmung sprechen.~~

Die Reichsbahn hat einen Stand von 62.000 aktiven Beamten und Angestellten und 81.000 Pensionisten. Schwierigkeiten treten auch auf durch das Arbeiten mit Kriegsgefangenen. Die Reichsbahn arbeitet mit 32.000 Ausländern, 18.000 Kriegsgefangenen, 63.000 Frauen, 12.000 Pensionisten über 60 Jahre. Es fehlen der Reichsbahn 9.000 Handwerker, 1596 Mann wurden zum Militär eingezogen. Der Schranken- und Wärterdienst mußte ebenfalls auf die Frauen übertragen werden.

Die Lokomotiven sind sehr schlecht, besonders jene aus dem Westen. Vom Nordpol bis zum Golf von Biskaya fahren unsre Lokomotiven. Auch die Truppentransporte nach Ungarn, Rumänien, Bulgarien werden mit unseren Lokomotiven befördert. Es mußten 30 Lokomotiven nach Ungarn und 20 auf den Balkan mit dem entsprechenden Personal abgegeben werden. In den Werkstätten werden ständig Überstunden geleistet (60-65 Wochenstunden). Die guten Leistungen der Ostmärkischen

./.

A098991

H3450-0163

3914-PS
160 38

Handwerker wurden dazu benutzt, alle reparaturbedürftigen Lokomotiven der Ausbeute und der Nachbarstaaten, die in die Werkstätten des Altreichs nicht hineinpassen, den ostmärkischen Werkstätten zur Reparatur zu geben. Trotzdem ist der Reparaturstand unter dem Reichsdurchschnitt.

Von den Bauten sind 54 Unterbauten, 6 vordringlich. 52 kriegswichtige Bauten konnten zum ersten Termin, 1.April, beendet werden. Auch der 2.Termin, 10. April, konnte restlos eingehalten werden. Für den 3.Termin, 15.April, herrscht Materialknappheit.

Die volle Verdunklung brachte beim Aus-und Einladen von Truppentransporten gewisse Verzögerungen mit sich. Reichsbahnpräsident Töpfer erhielt vom Herrn Reichsmarschall die Vollmacht, den gesamten Personen-und Güterverkehr einzustellen, wenn die Militärtransporte dies erfordern. Auf der Südbahn, die am meisten belastet ist, wird der Personenverkehr gedrosselt werden müssen.

Im Güterverkehr ist die Lage bedrohlicher, da er den Zivilverkehr trifft. Bisher wurden 217.000 Waggon angefordert. Die vom Hauptwagenamt bewilligte Höchstzahl beträgt 134.000 Wagen, nach einem bestimmten Stichtag 120.000, nach dem 2.Stichtag 100.000. Das ist weniger als die Hälfte des dringendsten Bedarfs.

Die Industrie hat sich auf Eilstückgut umgestellt. Um den Anforderungen gewachsen zu sein, wird Eilstückgut nur von 8-12 Uhr angenommen.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien wurde gedrosselt, weil die Linien für andere Dinge in Anspruch genommen wurden. Für die Italia-Kohle mußten 18, 12 und dann 8 Züge bereitgestellt werden. 16 Züge wurden über die Nordbahn und den Semmering geführt. Dies hätte zur Folge gehabt, daß überhaupt nichts anderes hätte befördert werden können. Es ist gelungen, von den 8 Zügen 4 auf Umwegen nach Italien zu befördern.

Die Hausbrandkohle für Wien wird unverändert weitergeführt und 5 Züge für Privatkohle. Es ist damit zu rechnen, daß der Bedarf für Gas, Wasser und Industrie sichergestellt wird.

A098992

H3450-0164

3914-PS
161 39

Bis jetzt kann nur der dringendste Tagesbedarf an Kohle für die Industrie beigestellt werden; von einer Bevorratung kann noch keine Rede sein. Wenn die ersten militärischen Ereignisse vorüber sind, muß mit der Bevorratung für den Winter, vor allem für die öffentlichen Betriebe,Kasernen, Schulen usw. begonnen werden.

Große Sorge macht auch der Benzinverkehr, der zur Gänze auf den Eisenbahnweg umgestellt werden mußte, da der Donauweg eingestellt ist.

Düngemittel sind nicht überall an Ort und Stelle. Düngemittel- und Saatgutbeförderung sind den Militärzügen gleichzustellen und haben den Vorrang vor Schnell-und Personenzügen.

Marburg ist am 4.4. um 1 Uhr von unseren Eisenbahnbeamten geräumt worden. Die Beamten sind alle untergebracht und werden in den Dienst eingesetzt.

Eine Reihe von Strecken mußte gesperrt werden, darunter die Strecke Liesing - Kaltenleutgeben. Da die Gemeinde Wien aus dem in Kaltenleutgeben liegenden Zementwerk Zement bezieht, wird es durch diese Sperre hart betroffen. Es wird versucht, wieder Züge bis Kaltenleutgeben zu führen. Sonst müßte der Baustoff mit Kraftwagen geholt werden.

Die Kraftwagentransporte verursachen zuweilen Verspätungen bei der Bahn, da die Kolonnen nicht zerrissen werden sollen und die Schranken bis zum Durchzug der Kolonne offen bleiben müssen.

Ministerialrat Danner (Reichsstelle für Kohle) erwähnt, daß 35 % der vorjährigen Kohle in das heurige Jahr übernommen wurden. Diese Menge hat genügt, um den schlechten Transportverhältnissen Rechnung tragen zu können. Im Februar ist die Lage kritisch geworden, die sich dann durch Sonderzüge ausgeglichen hat. Kohlenmäßig wurde der Winter gut überstanden.

Die Kohlenversorgung ist als ein Gradmesser für die Wirtschaft anzusehen. Im Jahre

./.

A-096993

H3450-0165

3914-PS 40

1936 betrug der Kohlenverbrauch 6,000.000 t, im 1939 10,500.000 t, im Jahre 1940..12,000.000t. Der ungeheure Anstieg ist durch die Ankurbelung in der Wirtschaft bedingt. Unangenehm ist,daß 30,000.000 t Kohle zuviel in den Hausbrandsektor gesteckt worden ist, die der Industrie hätten zugeführt werden sollen. Durch die schwierige Förderung in Oberschlesien und auf der Bahn ist mit Schwierigkeiten von 2 - 3 Monaten zu rechnen. Sollte die Lage noch angespannter werden, müßte mit dem Stillstand einzelner Betriebe gerechnet werden.

Ministerialrat Dr.Förster spricht über die Durchführung und das Ergebnis der Betriebsauskämmung. 3.000 Kräfte sind für die Rüstungsindustrie freizumachen. Ministerialrat Dr.Todt ist hier sehr entgegengekommen und hat 1000 Kräfte von Bauarbeitern zur Verfügung gestellt. Andere kommen aus der zivilen Wirtschaft. Betriebe, die für Auskämmung gewählt wurden, werden den Landesarbeitsämtern genannt. Momentan sind die Papierverarbeitungs-und Papierindustrie auszukämmen, bei der Weisungen bereits vorliegen und erfolgversprechend sein dürften. Der Sofortbedarf beträgt 1o.ooo Mann, der in verschiedenen Abschnitten gestellt wird. Nicht nur für die Industrie, auch für die Ernährungswirtschaft, den Handel und das Handwerk sind Arbeitskräfte zu stellen. Bei der Gruppe Handel sind insofern keine günstigen Erfahrungen zu verzeichnen,weil arbeitseinsatzmäßig die dort anfallenden Kräfte nicht verwertbar sind,sodaß sich Lücken ergeben werden. Vom Handel wurde schon vor Wochen über die Innungen angesucht, diejenigen Sparten zu prüfen,die nicht untersucht sind, um einige Arbeitskräfte den Arbeitsämtern zu präsentieren. Einzelne Fachgruppen haben ihre Stellungnahme über die jeweiligen Ministerien als Wegweiser und Richtlinien bekannt gegeben.Schwierigkeiten ergeben sich auch,daß in den Betrieben eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften zum Luftschutz einberufen wurde.

Generalmajor Gautier erwähnt hiezu, daß die Anzeichen dafür sprechen, daß in der praktischen Ausdehnung die Zusagen gehalten werden können. Augenblicklich wurde vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition der Auftrag erteilt,3.000 Arbeiter für SS-und S-Betriebe zur Verfügung zu

./.

H3450-0166

3914-PS
163

stellen und im Verlaufe von einigen Monaten 10.000 Arbeiter. Es sind Kommission und Unterkommissionen eingesetzt worden, um die Betriebe nochmals durchzukämmen. Durch die Dezentralisation ist erfreulicherweise eine psychologische Wirkung eingetreten. Der Einsatz von Kriegsgefangenen ist nach wie vor beschränkt, da ihre Verwendung innerhalb der Rüstungsindustrie ~~beschränkt~~ ist. Bei 140.000 Rüstungsarbeiter sind 2.000 Kriegsgefangene beschäftigt. Es ist in absehbarer Zeit zu erwarten, daß die akuten Sorgen behoben werden. Der Ausfall an Treibstoff ist in der Industrie automatisch in Erscheinung getreten.

Kritisch ist die Lage im Gummisektor. Bei den Semperitwerken mußten 10tägige Urlaubsschichten eingeschaltet werden. ~~Es müssen unter allen Umständen die Rüstungswerke in Betrieb gehalten werden.~~ Es ist mit etwa 500 Betrieben zu rechnen, die unbedingt beliefert werden müssen. Bezüglich der Hausbrandkohle werden gewisse Drosselungen vorgenommen werden müssen. Außerdem muß gewarnt werden vor der Entnahme von Arbeitskräften aus wichtigen Rüstungsbetrieben in die Landwirtschaft, die aus weniger wichtigen Betrieben durch Auskämmung herausgeholt werden können. Es ist zu bemerken, daß in den Rüstungsbetrieben der Ostmark vom kleinsten Kaliber bis zur 21 cm Granate hergestellt und Aufträge immer vergrößert werden. Ab Oktober sollen täglich 150 Panzerwagen auslaufen. Im Juli beginnen die Hermann Göringwerke anzulaufen. Im August wird mit der Kokerei begonnen, ~~die täglich 5.000 Kilogramm Kohle~~ benötigen wird. Es muß daher nochmals vor einem Eingriff in die Rüstungsindustrie bezüglich Arbeitskräften gewarnt werden. Die Aufträge der Wehrmacht haben die Milliardengrenze erreicht.

Die Stimmung ist in den Rüstungsbetrieben gut und zufriedenstellend und wird hoffentlich weiter so bleiben. Der sozialen Spannung zwischen Einkommen und Teuerungswelle ist größte Aufmerksamkeit zu schenken, da hievon die Erhaltung der guten Stimmung abhängig ist.

Der Menschenbedarf in der Rüstungsindustrie macht keine besonderen Sorgen, mehr Sorgen ist dem Rohstoffmangel zuzuwenden. Es ist alles geschehen, um die Betriebe zu sichern.

./.

098995

H3450-0167

3914-PS
164 42

Reichsleiter v.Schirach spricht zur Preisfrage:

Es wurde festgestellt, daß bestimmte Güter z.B. Schlosseranzüge, Arbeitsstiefel, Arbeitshemden, Unterhosen zu billigemen Preisen herzustellen sind,also ein Schlosseranzug zu RM 7.5o-7.6o, während er jetzt 13 und 14 RM kostete, Arbeitsschuhe der besten Qualität können zu 12-13 RM verkauft werden, statt zu 18-20 RM, Hemden zu 3.50 RM.Einige Gegenstände, die für den Arbeiter besonders wichtig sind, wurden herausgesucht.~~Sie werden mit Plomben versehen,um die Preise halten zu können~~. Zweck dieser Aktion ist, einige absolut notwendige Dinge in guter Qualität zu einem durchaus erträglichen Preis in den Handel zu bringen und eine neue Preisbewegung einzuleiten. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen. Die neuen Preise werden in rund 3 Wochen herauskommen. ~~Reichsleiter~~ hofft, daß dies die Stimmung nicht unwesentlich beeinflussen wird. Er führt weiter aus:

"Wir sind jetzt in eine entscheidende Phase des Krieges eingetreten, die sehr ernst ist. Ich glaube, daß die kommenden militärischen Ereignisse einen ungeheuren Stimmungsauftrieb in der Bevölkerung herbeiführen werden. Wir brauchen das, da sich auch einige Ereignisse stimmungsmäßig schlecht auswirken werden. Die Lebensmittelrationen werden gesenkt werden, Fleisch ab Juni um 20 % oder noch mehr, auch eine Mehlsenkung ist beschlossen. Dies wird sich unangenehm bemerkbar machen, einmal in der Stimmung,dann in der Arbeitskraft des Menschen. Diese Senkungen sind unabänderlich, wie mir von Berlin mitgeteilt wurde und besonders die Mehlsenkung wird sich für Wien unangenehm auswirken, weil hier die Bevölkerung auf Mehlernährung eingestellt ist.

Die größte Sorge ist die Kautschukfrage.Im nächsten Jahr wird es auch Schwierigkeiten in der Metallversorgung geben. Das Reich ist gezwungen, jetzt im besetzten Gebiet die Glocken einzuschmelzen. Es wird dann die Einschmelzung der im ganzen Reich vorhandenen Glocken erfolgen müssen. Ich trage dies nicht aus einer pessimischen Grundhaltung aus vor, ich sage dies mit der Zuversicht,daß die Partei alles, was notwendig ist, durchziehen wird. Ich habe festgestellt, daß die Arbeiterschaft zum äußersten Opfer bereit und die Stimmung in der Rüstungsindustrie vorzüglich ist.

A093996

H3450-0168

3914-PS 165 43

Ich habe versucht, in Berlin zu erwirken, daß die Fleischsenkung nur bei den geistigen Arbeitern durchgeführt wird, um den Menschen, die körperlich arbeiten, diese Ration noch erhalten zu können, weil sie mit der ganzen Produktion zusammenhängt. Die gegenwärtige Fleischration ist für den geistigen Arbeiter vollkommen ausreichend. Ob dies aber technisch möglich ist, muß noch errechnet werden!

GauleiterDr. J u r y weist auf die lockere Bewaffnung der Betriebe, besonders in Zistersdorf hin und ersucht auch um bessere Durchmusterung der einzelnen Betriebe. In Berndorf wurde z.B. eine Verbrecherbande ausgehoben mit Vorstrafen bis zu 10 Jahren.

Generalmajor Retzlaff spricht über die allgemeine Luftschutzlage und den Stand der Luftschutzmaßnahmen.

Der Stand des Luftschutzes läßt sich nicht mit dem im Westen vergleichen. Die Mängel liegen nicht so sehr im personellen, als im materiellen. Der Grund ~~ist nicht~~ darin ~~zu suchen, daß nach 1938 nicht genug geschehen wäre, sondern~~ daß erhebliche Abgaben an Geräten geleistet werden mußten. Eine Ergänzung wurde abgelehnt und eine Rückgabe war nicht zu erreichen.

Im Selbstschutz wurden rund 1 Million ausgebildet. Die Ausbildung ist zu 70 % durchgeführt. Die Ausrüstung im Selbstschutz ist als leidlich zufriedenstellend zu bezeichnen. Mangel besteht an Handspritzen; der Bedarf wird auf 120.000 geschätzt, etwa die Hälfte dürfte vorhanden sein. Ganz fehlen Gasmasken in der Bevölkerung. Nach Mitteilung des Luftgaukommandos sollen 170.000 Stück aus dem Westen zurückkommen. In Wien sind für die Hälfte der Bevölkerung behelfsmäßige Schutzräume vorhanden. In den öffentlichen Schutzräumen ist Raum für 11.000 Mann, in den im Bau befindlichen wird für 60.000 Mann Platz sein. Von den öffentlichen Sammelschutzräumen sind 14 im Bau, die aber noch nicht benutzt werden können. Sie sind betonfertig, das andere Material ist im Anrollen.

In Linz sind 160.000 von 170.000 geschützt. In die öffentlichen Luftschutzräume gehen 7.000. 3 öffentliche Sammelschutzräume sind von Minister Todt im Bau. Auch hier ein Fehlbestand.

A 09997

H3450-0169

3914-PS
166 44

In Wiener-Neustadt sind nur 6.000 von 40.000 geschützt.

In Steyr ist die Lage günstig.

Man hat in Wien und Linz teilweise Abhilfe geschaffen mit Deckungsgräben in beschränktem Umfang, doch fehlt es an Holz. Die angeordneten Brandmauerdurchbrüche sind teilweise durchgeführt, 12.000 bei 57.000 vorhandenen Wohnungen.

In St.Pölten sind die Brandmauerdurchbrüche beschränkt durchgeführt, in Linz 860, in Steyr 230.

Im erweiterten Selbstschutz sind die Warenhäuser, Behörden und Betriebe allgemein ausgebildet. Wien ist etwas schlechter daran, bedingt durch den Wechsel im Personal.

Die Maßnahmen für die Verdunklung und Entrümpelung sind durchgeführt.

Im Werkluftschutz sind 40 zum Einsatz ausgebildet. Nur Feuerwehrschläuche fehlen; sie konnten nicht beschafft werden. Gasmasken sind größtenteil vorhanden, die Schutzräume gelten als zufriedenstellend. Der Sicherheits-und Hilfsdienst hat etatmäßig 13.600 Mann. Zur Zeit sind hier im ganzen Gebiet 2600 Mann eingezogen. Es sollten 50 % eingezogen werden, im ganzen 6500. Dies ist nicht erfolgt, weil Geräte für alle nicht vorhanden sind. Es wurden nur so viele eingezogen, wie Geräte bedient werden können. Die Ausrüstung der Leute ist in Bezug auf die Bekleidung schlecht. 11.000 Garnituren sind im Anrollen.

Sanitätsgeräte sind vorhanden. Der Entgiftungsdienst ist in Ordnung. Sorgen macht der Feuerlöschdienst. Vorgesehen waren 86 kleine Kraftspritzen, vorhanden sind 11, 152 schwere Löschfahrzeuge, vorhanden sind 0. Es war alles hier, mußte aber nach dem Westen abgegeben werden. Es werden voraussichtlich in den nächsten Tagen 6 Schlauchwagen und Kraftfahrzspritzen geliefert, das ist aber zu wenig. Die Wiener Feuerschutzpolizei ist derzeit auf höchste Schlagkraft gebracht. Man schätzt, daß sie etwa eine Fläche von 20.000 m^2 bekämpfen könnte, das sind ca.100 mittlere Dachstuhlbrände. Diese Schätzung ist zwar sehr hoch, eine leichte Unterstützung durch die benachbarten freiwilligen Feuerwehren ist eingerechnet. Der Motor-SHD ist für auswärts bestimmt.

A093998

H3450-0170

3914-PS
167 45

Es fehlt an Kraftfahrzeugen. Die Kräfte, die eingezogen wurden, sind zum Großteil unbeweglich, weil keine Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Man hat diesen Zwiespältigkeiten organisatorisch zu begegnen versucht, indem man von einer Normalorganisation des SHD. abgewichen ist und 4 gemischte Sofortabteilungen eingerichtet hat. Es wurden 62 schnelle Kommandos mit 4 - 5 Mann auf kleinen Wagen eingesetzt, die die Kampfkraft einer gutausgebildeten Hausgemeinschaft haben und zu ihrer Unterstützung dienen.

Es sind 103 Rettungsstellen vorhanden, davon 16 behelfsmäßig ausgebaut.

Über die Alarmierung der Bevölkerung ist zu sagen, daß im Gau Wien 254 Luftschutzsirenen zur Verfügung stehen. Davon können 46 ferngesteuert werden, 20 - 22 dürften der Fernsteuerung noch angeschlossen werden. Außerdem sind noch Kraftfahrsirenen vorhanden und 72 Handsirenen. Mit dieser Anzahl kann bei einem Alarm im Innern Wiens zurzeit leidlich durchgekommen werden. Die äußeren Bezirke sind nicht damit erfaßt, dort besorgt die Flak die Alarmierung.

In Linz sind 34 Sirenen vorhanden, sodaß dort die Alarmierung gewährleistet werden kann.

In Steyr ist die Alarmierung ebenfals als gewährleistet anzusehen, doch ist hier noch Handauslösung notwendig.

In St.Pölten und Znaim ist die Alarmierung gewährleistet

In der Waldbrandbekämpfung sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden. Für die Brandplättchengefahr sind die organisatorischen Arbeiten überall durchgeführt. Die Bürgermeister und Landräte wissen Bescheid, die notwendigen Kräfte stehen zur Verfügung. Auch die Wehrmacht wird sich einsetzen müssen. Schwierigkeiten bereitet die Heranziehung des Brennstoffverbrauchs für Kraftfahrzeuge.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß, wenn keine Großangriffe kommen sollten, mit denen kaum zu rechnen ist, die Dinge mit den jetzigen Kräften, trotz Mangel an Material gemeistert werden können.

Reichsbahnrat Pfeiffer berichtet über die Lage im Straßenverkehr, die in den letzten Wochen durch eine äußerst scharfe Lage gekennzeichnet ist. Eine große Anzahl

./.

A 093999

H3450-0171

3914-PS
168 46

Gespannführer ist für Luftschutzbauten abgezogen worden, sodaß die fehlenden Gespannführer aus dem Wirtschaftssektor genommen werden mußten. Für die Wehrmacht müssen in kurzer Zeit 3 Wagenkolonnen zu je 60 t bereitgestellt werden.

Ein düsteres Bild ergibt sich bezüglich der Einziehung der Handwerker im Ausbesserungsdienst. Die Jahrgänge 1910 und jünger werden mit Ende dieses Monats zum Dienst eingezogen, die etwa 40 % der Gefolgschaft ausmachen. Wenn man berücksichtigt, daß die Kraftfahrzeugmechaniker meist jüngere Jahrgänge sind und der Rest ältere Männer, deren Arbeitsleistung schwächer wird, ist zu rechnen, daß an Leistung 60 % verloren geht. Bei den Ausbesserungswerkstätten der Industrie 30 %. Die Hälfte der Fahrzeuge sind über 20 Jahre alt. Die Ausbesserungsmöglichkeit dieser Fahrzeuge ist sehr gering. Der Umbau der Generatorfahrzeuge wird forciert werden.

Bezüglich des Berufsverkehrs war die Leistung zufriedenstellend. Alles was möglich war, wurde dem Reichsgau Oberdonau zur Verfügung gestellt. Die neuen Omnibusse wurden ebenfalls an Oberdonau abgegeben. Dem Betriebsverkehr können nicht mehr Omnibusse zugefügt werden, da nicht mehr vorhanden sind.

Der Betriebsverkehr der "Bock" muß wird eingeschränkt werden müssen. Am ärgsten betroffen würde die Linie nach Linz. Der Verkehr müßte dann auf den Schienenweg übergeleitet werden, wodurch sich längere An- und Abmarschwege ergeben.

Der Reichsleiter schließt die Sitzung und dankt den Mitgliedern für ihre ~~Miterbeit~~.

A 099000

3914-PS
21. 4. 1941

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Wehrkreis XVII
Z - RVK - ~~1111~~ - 164/41 g
10103

Geheim

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses
am 5. April 1941.

Anwesend sind die aus der angehefteten Liste ersichtlichen Ausschußmitglieder.

Nach herzlichen Begrüßungsworten des Reichsverteidigungskommissars, Reichsleiter B.v.Schirach, erteilt er Gauamtsleiter M a y e r z e d t zu seinem Vortrag über Ernährungsfragen das Wort:

Dieser führt aus:

Schwierige Probleme in der Ernährungswirtschaft haben sich wesentlich gebessert. Die Versorgungslage ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Die Märkte wurden gut beschickt. Die Aufbringung von Brotgetreide ist abgeschlossen und hat gute Erfolge gehabt. Vor der großen Begehung wurden 68.000 t eingebracht, durch die Aktion gelangten 52.000 t mehr zur Ablieferung. Diese Begehung, in der Ostmark erstmalig durchgeführt, wurde vom Altreich übernommen. Die Mühlenversorgung mit Getreide ist in Ordnung. Der Bedarf für 4 Wochen ist gedeckt. In der Zufuhr an Bäcker und Verteiler sind keine Stockungen und Verzögerungen eingetreten. Die Belieferung mit Saatgut wurde reibungslos durchgeführt, mit Ausnahme von Kleesamen, der augenblicklich nicht vorrätig ist. Mit 1.April wurden neue Mehltypen eingeführt. Die Futtermittel sind knapp, sämtliche Winterreserven sind verteilt. Die Wehrmachtsanforderungen konnten erfüllt werden, allerdings nur unter schwerstem Druck auf die bäuerliche Erzeugung.

A 3990 1

H3450-0172

H3450-0173

3914-PS
170

Für das Wirtschaftsjahr 1941-42 wurde eine Flurbegehung angeordnet. Die Belieferung von Futtermittel aus Rußland ist sehr zufriedenstellend; die einlangenden Mengen können transportmäßig kaum bewältigt werden. Durch die jugoslawische Krise sind Schwierigkeiten im Donauverkehr eingetreten.

In der Fleischversorgung wurden Rinder zu 33 %, Schweine zu 53 % und Kälber zu 97 % aus dem Inland bezogen. Für Wien mußten Lieferungen von ausländischen Kontingenten herangezogen werden. Die Abgabe an Verbrauchsschweinen stieg von 20 auf 48 %, an Rindern auf 41 %, an Kälbern auf 11 %. Mit Versorgungsschwierigkeiten ist nicht zu rechnen, auch wenn Jugoslawien ausfällt, weil erhebliche Vorräte vorhanden sind. Es liegen 2.000 t Fleisch in den Kühlhäusern bereit, außerdem ist ein genügender lebender Vorrat vorhanden. Der Ausfall Jugoslawiens ist durch Zufuhren aus anderen Gebieten in der letzten Woche ausgeglichen worden.

Es wurde ein erhöhtes Pferdekontingent angefordert. Der Bedarf an Schweinefett ist unverändert; es bestehen kein Schwierigkeiten.

Mit 1.Juni ist eine Kürzung der Fleischquote um 20 % in Aussicht genommen. Es wurde dem Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen, die Kürzung unter Einbeziehung von Geflügel, Wild und Pferdefleisch mengenmäßig auszugleichen.

Der Bedarf an Vollmilch ist gestiegen, bedingt durch den Anstieg der Geburtenzahl, Magermilch um 6 %. Die Abgabe von ¼ l pro Kopf konnte reibungslos durchgeführt werden. Größeres Quantum Magermilch in Pulverform ist auf Lager.

Die Butter-,Käse- und Topfenquote konnte abgedeckt werden.

In Bezug auf Kartoffel ist die Versorgung in Ordnung. Zuschübe aus Bayern langten infolge Transportschwierigkeiten schleppend ein. Die Kartoffelanforderungen waren

./.

A-3990[illegible]

H3450-0174

3914-PS
171

in diesem Winter durch die überaus starke Einlagerung und das reiche Gemüseangebot so gering, daß der Wochenbedarf ungefähr dem Tagesbedarf des Vorjahres gleichkam. 15 % der Kartoffel kamen aus Italien, 140.000 t aus dem Altreich.

Die Gemüseanlieferung übertrifft alle Erwartungen. Das Durchschnittswochenangebot war 200 Waggon (120 Waggon vor dem Kriege). Die Aktion von holländischen Rüben ist beendet. Die Anlieferung von ausländischem Gemüse aus Italien und Ungarn ist zufriedenstellend. Gemüsekonserven und Trockengemüse sind auf Lager. Es sind keine Lücken eingetreten.

Für das kommende Jahr wurde ein erhöhter Zwiebelanbau durchgeführt, ebenso sind mit der Slowakei entsprechende Anbauverträge abgeschlossen worden.

Die Versorgung der Wiener Märkte mit Obst ist zufriedenstellend. Aus Italien und Spanien kamen Orangen. Auch die Anlieferung von Zitronen hat sich gebessert. Bei Obst ist eine Steigerung bis zu 70 % festzustellen.

Der Eierbedarf konnte aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden. Steigerung von etwa 30 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Geflügelbedarf ist nicht nennenswert. Aus Jugoslawien sind noch 3.000 Kilogramm Geflügel eingetroffen. Seit einer Woche bleiben die Transporte aus.

Der Bedarf an Weinen mußte aus dem Ausland gedeckt werden. Die ersten Transporte aus Frankreich sind endlich eingelangt, während Transporte aus dem Balkan nicht zu erwarten sind.

Der Zuckerbedarf ist durch Lieferungen aus dem Protektorat ausgeglichen und gesichert.

Der Bedarf an Seefischen konnte gedeckt werden. Es wurden 150.000 Kilogramm pro Woche verteilt. Die für Ostern bestimmten Karpfen mußten schon jetzt verteilt werden. Die Anlieferungen aus Jugoslawien sind nicht mehr hereinzu-

./.

A 0399[illegible]3

H3450-0175

3914-PS
172

bringen. Im April ist mit einer erheblichen Anlieferung von Seefischen zu rechnen. Dies wird einen gewissen Ausgleich in der Versorgungslage herbeiführen.

Naturgemäß steht und fällt die Versorgungslage mit den Transportmöglichkeiten. Durch den Einsatz der Reichsbahn konnten aber alle größeren Schwierigkeiten vermieden werden.

Der Reichsleiter begrüßt die inzwischen eingetroffenen Gauleiter Dr. J u r y und E i g r u b e r und dankt für ihr Erscheinen.

Anschließend führter aus:

"Wenn die Versorgungslage im Wehrkreis XVII befriedigend ist, so ist das in erster Linie Ihr (Gauamtsleiters Mayerzedt) Verdienst. Ich möchte Ihnen dafür meine Anerkennung ausdrücken. Im Zusammenhang an diese Ausführungen möchte ich auf die Frage der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu sprechen kommen. Es ist mir von General Streccius mitgeteilt worden, daß es der Wehrmacht nicht möglich ist, die angeforderten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Ich habe nun mit dem Herrn Reichsmarschall Verbindung aufgenommen und in Berlin mit Reichsminister Dr.Todt über diese Frage gesprochen. Mein Vorschlag ging dahin, von den Autobahnhauptstellen die Arbeiter abzuziehen und für landwirtschaftliche Arbeiten hier einzusetzen. Leider hat Reichsminister Dr.Todt nicht so viel Arbeiter im Straßenbau beschäftigt. Dr.Todt hat noch ungefähr 1800 Mann, von denen er den größten Teil für eine vordringliche Neuaufgabe braucht. Es steht fest, daß wir die 10.000 Arbeitskräfte, die die Gaue Nieder-und Oberdonau angefordert haben (je 5000), nicht werden beschaffen können, wahrscheinlich nur insgesamt 5000,die auf beide Gaue verteilt werden müßten. In Kaisersteinbruch sollen Arbeitskräfte noch vorhanden sein.Der Lagerführer teilt mit, daß er 2000 Arbeitskräfte zur Verfügung hätte."

General Streccius erklärte hiezu, daß die Wehrmacht

./.

A-99004

H3450-0176

3914-PS
173

alles daran setzt, um der Landwirtschaft Arbeiter für die Frühjahrsbestellung zur Verfügung zu stellen. Im allgemeinen hat sich die Versorgung mit Arbeitern gebessert. Auch die Gestellung von Aushilfen war ebenfalls sehr beträchtlich. Es wurden unter anderem rund 5500 Uk-gestellte und 1000 Gespanne zur Verfügung gestellt.Aber die militärpolitischen Ereignisse haben zu ernsten Überlegungen geführt. Durch den Durchzug der Truppen wird eine starke Belastung der Bauernschaft eintreten, sodaß die Arbeitskräfte nicht voll ausgenützt werden können. Ob die Wehrmacht von den einzuziehenden und neu zu bildenden Verbänden der Bauernschaft noch 1000 Gespanne mit Gespannführern zur Verfügung stellen kann, ist fraglich. Er glaubt aber, so viel Kräfte zur Verfügung stellen, um bis 1.Mai alles weiter laufen lassen zu können.

In Verbindung mit der Möglichkeit schnellster Feldbestellung steht noch die Treibstofflage. Die Anforderungen sind ungeheuer, auch an Gummi, und nur außerordentlich notwendige Forderungen dürfen befriedigt werden. Zum Teil hängen die Schwierigkeiten mit den Transportschwierigkeiten auf der Donau zusammen.

Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h spricht über den Arbeitseinsatz. Die Arbeitseinsatzlage ist in der Landwirtschaft sehr angespannt. Der Bedarf an Arbeitskräften wurde in der Landwirtschaft mit 13.000 angenommen, der aber nur zum Teil gedeckt werden kann. Rund 300 einheimische und 150 Wanderarbeiter haben sich für den Weinbaubetrieb zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Wanderarbeiter aus Ungarn mußte auf 5000 herabgesetzt werden,die Bemühungen, Kräfte aus dem Protektorat hereinzubringen, hatten keinen Erfolg, weil unerwartet eine Sperre für die Abgabe von Arbeitskräften eingetreten ist.

Die Kriegsgefangenen, die im Winter in der gewerblichen Wirtschaft tätig waren, werden,soweit möglich,der Landwirtschaft zurückgestellt. Es wird mit 10.000 Kriegsgefangenen gerechnet, doch liegen noch keine Zusagen vor.

./.

A 39605

H3450-0177

3914-PS
174

Jedenfalls sind Vorbereitungen im Gange, um 10-12.000 Kriegsgefangene einzusetzen. Die Unterbringungsmöglichkeiten sind sichergestellt. Die Anzahl der volksdeutschen Umsiedler beträgt ungefähr 1600, der Rest kommt später zum Einsatz und kann für die Landwirtschaft noch nützlich sein. Es sind Bemühungen im Gange, Wehrmachtsangehörige in großem Ausmaß für die Landwirtschaft zu bekommen. Es standen etwa 6000 zur Diskussion. Von der Reichsautobahn werden 700 Kräfte kommen.

Trotz aller Vorkehrungen bleibt die Arbeitseinsatzlage außerordentlich angespannt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß alle Anforderungen voll gedeckt werden können.

Der Reichsleiter bemerkt hiezu, daß die noch fehlenden 5000 Arbeitskräfte für Nieder-und Oberdonau irgendwie besorgt werden müssen. An Kriegsgefangenen ist nur ein Teil zu bekommen. Der andere Teil muß aus Behörden und Dienststellen entnommen werden, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichten können. Eventuell müssen auch Schulen gesperrt und die Kinder aufs Land geschickt werden.

Gauleiter Eigruber schlägt vor, Arbeitskräfte aus größeren Betrieben für etwa 14 Tage herauszunehmen.

General S t r e c c i u s erklärt, daß er 2400 Gefangene stellen kann. Doch ist das die höchste Zahl, Eine höhere Zahl könnte erreicht werden, wenn die Möglichkeit bestünde, das Genfer Abkommen zu umgehen. Bei den Kriegsgefangenen sind 100.000 Unteroffiziere, die sich weigern zu arbeiten und nicht dazu gezwungen werden können. Wenn von unserer Seite Gewalt angewendet würde, kämen wahrscheinlich Gegenmaßnahmen gegen unsere Gefangenen. Es ließe sich nur durch Aufklärung etwas machen.

Gauleiter J u r y sieht die Lage nicht so schwarz. Im Gau Niederdonau geht der Anbau schon vor sich. Das Saatgut ist gut überwintert, der Hafer praktisch schon im Acker. Alle Ortsgruppenleiter haben mit den Bürgermeistern vereinbart, die Nachbarschaftshilfe zu organisieren. Schwierigkeiten werden sich allerdings beim Kartoffel

H3450-0178

3914-PS
175

und im Rübenanbau ergeben. Schulen wurden bis jetzt nicht gesperrt, doch wurde Schulleitern die Möglichkeit gegeben, Schulen vereinzelt zu sperren. Der Einsatz der Studenten in der Landwirtschaft war erfolgreich und man rechnet wieder mit diesem Einsatz. Alle eigenen Kräfte werden angespannt bis zum letzten. Wichtig für Niederdonau sind Gespanne und Gespannführer.

Reichsbahnpräsident T ö p f e r spricht über die Verkehrslage, die äußerst angespannt ist. Der Verkehr ist wesentlich höher als im Weltkrieg. Trotz Motorisierung der Truppen werden täglich mehr Züge befördert als früher. Zu Weihnachten, am 23.XII.,wurden z.B.6000 Urlaubszüge neben Arbeiterzügen befördert. Die Leistungen des Jahres 1929 wurden bereits um 22 % übertroffen und dies unter ungünstigsten Wirtschaftsverhältnissen. Zu Weihnachten mußten einen Tag lang Schneearbeiter eingesetzt werden. Diese Leistungen waren nur möglich durch Einsatz der letzten Reserven der Arbeiterschaft. In vielen Betrieben konnten erst 34 % des Urlaubs gewährt werden.

Die Reichsbahn hat einen Stand von 62.000 aktiven Beamten und Angestellten und 81.000 Pensionisten. Schwierigkeiten treten auch auf durch das Arbeiten mit Kriegsgefangenen. Die Reichsbahn arbeitet mit 32.000 Ausländern, 18.000 Kriegsgefangenen, 63.000 Frauen, 12.000 Pensionisten über 60 Jahre. Es fehlen der Reichsbahn 9.000 Handwerker, 1596 Mann wurden zum Militär eingezogen. Der Schranken- und Wärterdienst mußte ebenfalls auf die Frauen übertragen werden.

Die Lokomotiven sind sehr schlecht, besonders jene aus dem Westen. Vom Nordpol bis zum Golf von Biskaya fahren unsere Lokomotiven. Auch die Truppentransporte nach Ungarn, Rumänien, Bulgarien werden mit unseren Lokomotiven befördert.Es mußten 30 Lokomotiven nach Ungarn und 20 auf den Balkan mit dem entsprechenden Personal abgegeben werden. In den Werkstätten werden ständig Überstunden geleistet (60 - 65 Wochenstunden). Die guten Leistungen der Ostmärki-

./.

A099007

H3450-0179

3914-PS
176

schen Handwerker wurden dazu benutzt, alle raparaturbedürftigen Lokomotiven der Ausbeute und der Nachbarstaaten, die in die Werkstätten des Altreichs nicht hineinpassen, den ostmärkischen Werkstätten zur Reparatur zu geben. Trotzdem ist der Raparaturstand unter dem Reichsdurchschnitt.

Von den Bauten sind 54 Unterbauten, 6 vordringlich. 51 kriegswichtige Bauten konnten zum ersten Termin, 1.April, beendet werden, Auch der 2.Termin, 10.April, wird restlos eingehalten werden. Für den 3.Termin, 15.April, herrscht Materialknappheit.

Die volle Verdunklung brachte beim Aus- und Einladen von Truppentransporten gewisse Verzögerungen mit sich. Der Herr Reichsmarschall hat Vollmacht gegeben, den gesamten Personen-und Güterverkehr einzustellen, wenn die Militärtransporte dies erfordern. Auf der Südbahn, die am meisten belastet ist, wird der Personenverkehr gedrosselt.

Im Güterverkehr ist die Lage bedrohlicher. Bisher wurden 217.000 Waggon angefordert. Die vom Hauptwagenamt bewilligte Höchstzahl beträgt 134.000 Wagen, nach einem bestimmten Stichtag 120.000, nach dem 2.Stichtag 100.000. Das ist weniger als die Hälfte des dringendsten Bedarfs.

Die Industrie hat sich auf Eilstückgut umgestellt. Um den Anforderungen gewachsen zu sein, wird Eilstückgut nur von 8-12 Uhr angenommen.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien wurde gedrosselt, weil die Linien für andere Dinge in Anspruch genommen wurden. Für die Italia-Kohle mußten 18,12 und dann 8 Züge bereitgestellt werden. 16 Züge wurden über die Nordbahn und den Semmering geführt. Dies hätte zur Folge gehabt, daß überhaupt nichts anderes hätte befördert werden können. Es ist gelungen, von den 8 Zügen 4 auf Umwegen nach Italien zu befördern.

Die Hausbrandkohle für Wien wurde bisher unverändert weitergeführt. Es ist aber künftig damit zu rechnen, daß der Bedarf für Gas, Wasser und Industrie sichergestellt werden kann.

A 99008

H3450-0180

3914-PS
178

Bis jetzt kann nur der dringendste Tagesbedarf an Kohle für die Industrie beigestellt werden; von einer Bevorratung kann noch keine Rede sein. Wenn die ersten militärischen Ereignisse vorüber sind, muß mit der Bevorratung für den Winter, vor allem für die öffentlichen Betriebe, Kasernen, Schulen usw.begonnen werden.

Große Sorge macht auch der Benzintransport, der zur Gänze auf den Eisenbahnweg umgestellt werden mußte, da der Donauweg gesperrt ist.

Düngemittel sind überall an Ort und Stelle.Düngemittel- und Saatgutbeförderung sind den Militärzügen gleichzustellen und haben den Vorrang vor Schnell- und Personenzügen.

Marburg ist am 4.4. um 1 Uhr von unseren Eisenbahnbeamten geräumt worden. Die Beamten sind alle untergebracht und werden in den Dienst eingesetzt.

Eine Reihe von Strecken mußte gesperrt werden, darunter die Strecke Liesing - Kaltenleutgeben. Da die Gemeinde Wien aus dem in Kaltenleutgeben liegenden Zementwerk Zemen bezieht, wird es durch diese Sperre hart betroffen.Es wird versucht, wieder Züge bis Kaltenleutgeben zu führen.Sonst müßte der Baustoff mit Kraftwagen geholt werden.

Die Kraftwagentransporte verursachen zuweilen Verspätungen bei der Bahn, da die Kolonnen nicht zerrissen werden sollen und die Schranken bis zum Durchzug der Kolonne offen bleiben müssen.

Ministerialrat D a n n e r (Reichsstelle für Kohle) erwähnt, daß 35 % der vorjährigen Kohle in das heurige Jahr übernommen wurden. Diese Menge hat genügt, um trotz schlechter Transportverhältnisse durchzukommen. Im Februar ist die Lage kritisch geworden, die dann durch Sonderkohlenzüge ausgeglichen werden konnte. 1936 betrug der Kohlenverbrauch 6,000.000 t, im Jahre 1939 10,500.000 t, im Jahre 1940..12,000.000 t. Der ungeheure Anstieg ist durch die Ankurbelung in der Wirtschaft bedingt. Unangenehm ist, daß 30,000.000 t Kohle zuviel in den Hausbrandsektor ge-

H3450-0181

3914-PS
179

steckt worden sind, die der Industrie hätten zugeführt werden sollen. Durch die schwierige Förderung in Oberschlesien und auf der Bahn ist mit Schwierigkeiten von 2 - 3 Monaten zu rechnen. Sollte die Lage noch angespannter werden, müßte mit dem Stillstand einzelner Betriebe gerechnet werden.

Ministerialrat Dr.F ö r s t e r spricht über die Durchführung und das Ergebnis der Betriebsauskämmung. 3.000 Kräfte sind für die Rüstungsindustrie freizumachen. Ministerialrat Dr.Todt ist hier sehr entgegengekommen und hat 1000 Bauarbeiter zur Verfügung gestellt. Andere kommen aus der zivilen Wirtschaft. Betriebe, die für Auskämmung gewählt wurden, werden den Landesarbeitsämtern genannt. Momentan sind die Papierverarbeitungs-und Papierindustrie auszukömmen, für die Weisungen bereits vorliegen und erfolgversprechend sein dürften. Der Sofortbedarf beträgt 10.000 Mann, der in verschiedenen Abschnitten gestellt wird. Nicht nur für die Industrie, auch für die Ernährungswirtschaft, den Handel und das Handwerk sind Arbeitskräfte zu stellen. Bei der Gruppe Handel sind insofern keine g n-stigen Erfahrungen zu verzeichnen, weil arbeitseinsatzmäßig die dort anfallenden Kräfte nicht verwertbar sind, sodaß sich Lücken ergeben werden. Einzelne Fachgruppen haben ihre Stellungnahme über die jeweiligen Ministerien als Wegweiser und Richtlinien bekanntgegeben. Schwierigkeiten ergeben sich auch, daß in den Betrieben eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften zum Luftschutz einberufen wurde.

Generalmajor G au t i e r erwähnt hiezu, daß die Anzeichen dafür sprechen, daß hinsichtlich der Ausdehnung der getroffenen Maßnahmen die Zusagen gehalten werden können. Augenblicklich wurde vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition der Auftrag erteilt, 3.000 Arbeiter für SS-und S-Betriebe zur Verfügung zu stellen und im Verlaufe von einigen Monaten weitere 10.000 Arbeiter. Es sind Kommissionen u.Unterkommissionen eingesetzt worden, um die Betriebe nochmals durchzukämmen. Durch die Dezentralisation ist erfreulicherweise eine psychologische

./.

A399010

H3450-0182

3914-PS
180

Wirkung eingetreten. Der Einsatz von Kriegsgefangenen ist nach wie vor beschränkt,da ihre Verwendung innerhalb der Rüstungsindustrie beschnitten ist. Bei 140.000 Rüstungsarbeitern sind 2.000 Kriegsgefangene beschäftigt. Es ist in absehbarer Zeit zu erwarten, daß die akuten Sorgen behoben werden. Der Ausfall an Treibstoff ist in der Industrie automatisch in Erscheinung getreten.

Kritisch ist die Lage im Gummisektor. Bei den Semperitwerken mußten 10tägige Urlaubsschichten eingeschaltet werden. Es ist mit etwa 500 Betrieben zu rechnen, die unbedingt mit Kohle beliefert werden müssen. Bezüglich der Hausbrandkohle werden gewisse Drosselungen vorgenommen werden müssen. Außerdem muß gewarnt werden vor der Entnahme von Arbeitskräften aus wichtigen Rüstungsbetrieben in die Landwirtschaft, die aus weniger wichtigen Betrieben durch Auskämmung herausgeholt werden können.Es ist zu bemerken, daß in den Rüstungsbetrieben der Ostmark vom kleinsten Kaliber bis zur 21 cm Granate hergestellt und die Aufträge immer vergrößert werden. Ab Oktober sollen täglich in einem Werke 150 Panzerwagen auslaufen. Im Juli beginnen die Hermann Göringwerke anzulaufen. Im August wird in Linz mit der Kokerei begonnen. Es muß daher nochmals vor einem Eingriff in die Rüstungsindustrie bezüglich Arbeitskräften gewarnt werden. Die Aufträge der Wehrmacht haben die Milliardengrenze erreicht.

Die Stimmung ist in den Rüstungsbetrieben gut und zufriedenstellend und wird hoffentlich weiter so bleiben. Der sozialen Spannung zwischen Einkommen und Teuerungswelle ist größte Aufmerksamkeit zu schenken,da hievon die Erhaltung der guten Stimmung abhängig ist.

Der Menschenbedarf in der Rüstungsindustrie macht keine besonderen Sorgen,mehr Sorgen bereitet der Rohstoffmangel.

Reichsleiter v. S c h i r a c h bemerkt zur Preisfrage:

Es wurde festgestellt, daß bestimmte Güter,z.B. Schlosseranzüge,Arbeitsstiefel, Arbeitshemden,Unterhosen,

A-9906-A

3914-PS
181

zu billigeren Preisen herzustellen sind, also ein Schlosseranzug zu RM 7.50-7.60, während er jetzt 13 und 14 RM kostete, Arbeitsschuhe der besten Qualität können zu 12-13 RM verkauft werden, statt zu 18-20 RM, Hemden zu 3.50 RM. Einige Gegenstände, die für den Arbeiter besonders wichtig sind, wurden herausgesucht. Zweck dieser Aktion ist, einige absolut notwendige Dinge in guter Qualität zu einem durchaus erträglichen Preis in den Handel zu bringen und eine neue Preisbewegung einzuleiten. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen. Die neuen Preise werden in rund 3 Wochen herauskommen. Er hofft,daß dies die Stimmung nicht unwesentlich beeinflussen wird. Er führt weiter aus:

"Wir sind jetzt in eine entscheidende Phase des Krieges eingetreten, die sehr ernst ist. Ich glaube,daß die kommenden militärischen Ereignisse einen ungeheuren Stimmungsauftrieb in der Bevölkerung herbeiführen werden.Wir brauchen das,da sich auch einige Ereignisse stimmungsmäßig schlecht auswirken werden. Die Lebensmittelrationen werden gesenkt werden,Fleisch ab Juni um 20 % oder noch mehr,auch eine Mehlsenkung ist beschlossen. Dies wird sich unangenehm bemerkbar machen,einmal in der Stimmung,dann in der Arbeitskraft des Menschen.Diese Senkungen sind unabänderlich, wie mir von Berlin mitgeteilt wurde und besonders die Mehlsenkung wird sich für Wien unangenehm auswirken,weil hier die Bevölkerung auf Mehlernährung eingestellt ist.

Die größte Sorge ist die Kautschukfrage, Im nächsten Jahr wird es auch Schwierigkeiten in der Metallversorgung geben. Das Reich ist gezwungen, jetzt im besetzten Gebiet die Glocken einzuschmelzen.Es wird dann die Einschmelzung der im ganzen Reich vorhandenen Glocken erfolgen müssen. Ich trage dies nicht aus einer pessimistischen Grundhaltung aus vor,ich sage dies mit der Zuversicht,daß die Partei alles,was notwendig ist,durchziehen wird.Ich habe festgestellt,daß die Arbeiterschaft zum äußersten Opfer bereit

./.

A099012
H3450-0183

und die Stimmung in der Rüstungsindustrie vorzüglich ist.

Ich habe versucht, in Berlin zu erwirken,daß die Fleischsenkung nur bei den geistigen Arbeitern durchgeführt wird, um den Menschen, die körperlich arbeiten, diese Ration noch erhalten zu können, weil sie mit der ganzen Produktion zusammenhängt. Die gegenwärtige Fleischration ist für den geistigen Arbeiter vollkommen ausreichend. Ob dies aber technisch möglich ist, muß noch errechnet werden."

Gauleiter Dr. J u r y weist auf die lockere Bewaffnung der Betriebe, besonders in Zistersdorf hin und ersucht auch um bessere Durchmusterung der einzelnen Betriebe. In Berndorf wurde z.B.eine Verbrecherbande ausgehoben mit Vorstrafen bis zu 10 Jahren.

Generalmajor R e t z l a f f spricht über die allgemeine Luftschutzlage und den Stand der Luftschutzmaßnahmen.

Der Stand des Luftschutzes läßt sich nicht mit dem im Westen vergleichen. Die Mängel liegen nicht so sehr auf der personellen,wie auch der materiellen Seite hin. Ein Grund liegt vor allem darin,daß erhebliche Abgaben an Geräten geleistet werden mußten. Eine Ergänzung wurde abgelehnt und eine Rückgabe war nicht zu erreichen.

Im Selbstschutz wurden rund 1 Million Menschen ausgebildet. Die Ausbildung ist zu 70 % durchgeführt.Die Ausrüstung im Selbstschutz ist als leidlich zufriedenstellend zu bezeichnen.Mangel besteht an Handspritzen; der Bedarf wird auf 120.000 geschätzt, etwa die Hälfte dürfte vorhanden sein.Ganz fehlen Gasmasken in der Bevölkerung.Nach Mitteilung des Luftgaukommandos sollen 170.000 Stück aus dem Westen zurückkommen.

In Wien sind für die Hälfte der Bevölkerung behelfsmäßige Schutzräume vorhanden.In den öffentlichen Schutzräumen ist Raum für 11.000 Mann, in den im Bau befindlichen wird für 60.000 Mann Platz sein.Von den öffentlichen

./.

A0990 3

H3450-0184

H3450-0185

3914-PS
183

Sammelschutzräumen sind 14 im Bau, die aber noch nicht benutzt werden können.Sie sind betonfertig, das andere Material ist im Anrollen.

In Linz sind 160.000 von 170.000 geschützt. Die öffentlichen Luftschutzräume geben Platz für 7.000 Personen. 3 öffentliche Sammelschutzräume sind von Minister Dr.Todt im Bau. Auch hier ein Fehlbestand.

In Wiener-Neustadt sind nur 6.000 Menschen von 40.000 geschützt.

In Steyr ist die Lage günstig.

Man hat in Wien und Linz teilweise Abhilfe geschaffen mit Deckungsgräben in beschränktem Umfang,doch fehlt es an Holz.Die angeordneten Brandmauerdurchbrüche sind teilweise durchgeführt,u.zw.12.000 bei 57.000 vorhandenen Wohnungen.

In St.Pölten sind die Brandmauerdurchbrüche beschränkt durchgeführt,in Linz 860, in Steyr 230.

Im erweiterten Selbstschutz sind die Warenhäuser,Behörden und Betriebe allgemein ausgebildet. ~~Wien ist etwas schlechter daran, bedingt durch den Wechsel im Personal.~~

Die Maßnahmen für die Verdunklung und Entrümpelung sind durchgeführt.

Im Werkluftschutz sind 40 zum Einsatz ausgebildet. Nur Feuerwehrschläuche fehlen; sie konnten nicht beschafft werden. Gasmasken sind größtenteils vorhanden,die Schutzräume gelten als zufriedenstellend. Der Sicherheits-und Hilfsdienst hat etatmäßig 13.600 Mann. Zur Zeit sind hier im ganzen Gebiet 2600 Mann eingezogen. Es sollten 50 % eingezogen werden, im ganzen 6500. Dies ist nicht erfolgt, weil Geräte für alle nicht vorhanden sind. Es wurden nur so viele eingezogen, als Geräte bedient werden können.Die Ausrüstung der Leute ist in Bezug auf die Bekleidung schlecht. 11.000 Garnituren sind im Anrollen.

Sanitätsgeräte sind vorhanden. Der Entgiftungsdienst ist in Ordnung. Sorgen macht der Feuerlöschdienst.Vorgesehen waren 86 kleine Kraftspritzen, vorhanden sind 11, 152 schwere Löschfahrzeuge, vorhanden sind 0. Es war

A-099014

H3450-0186

3914-PS
184

zum Teil bereits hier, mußte aber nach dem Westen abgegeben werden. Es werden voraussichtlich in den nächsten Tagen 6 Schlauchwagen und Kraftfahrspritzen geliefert,was aber zu wenig ist. Die Wiener Feuerschutzpolizei ist derzeit auf höchste Schlagkraft gebracht. Man schätzt,daß sie etwa eine Fläche von 20.000 m^2 bekämpfen könnte,das sind ca.100 mittlere Dachstuhlbrände. Diese Schätzung ist zwar sehr hoch, eine leichte Unterstützung durch die benachbarten freiwilligen Feuerwehren ist eingerechnet.Der Motor-SHD ist für auswärts bestimmt.

Es fehlt an Kraftfahrzeugen. Die Kräfte, die eingezogen wurden, sind zum Großteil unbeweglich, weil keine Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Man hat diesen Zwiespältigkeiten organisatorisch zu begegnen versucht, indem man von einer Normalorganisation des SHD.abgewichen ist und 4 gemischte Sofortabteilungen eingerichtet hat. Es wurden 62 schnelle Kommandos mit 4 - 5 Mann auf kleinen Wagen eingesetzt, die die Kampfkraft einer gutausgebildeten Hausgemeinschaft haben und zu ihrer Unterstützung dienen.

Es sind 103 Rettungsstellen vorhanden, davon 16 behelfsmäßig ausgebaut.

Über die Alarmierung der Bevölkerung ist zu sagen, daß im Gau Wien 254 Luftschutzsirenen zur Verfügung stehen. Davon können 46 ferngesteuert werden, 20 - 22 dürften der Fernsteuerung noch angeschlossen werden. Außerdem sind noch Kraftfahrsirenen vorhanden und 72 Handsirenen. Mit dieser Anzahl kann bei einem Alarm im Innern Wiens zurzeit leidlich durchgekommen werden. Die äußeren Bezirke sind nicht damit erfaßt, dort besorgt die Flak die Alarmierung.

In Linz sind 34 Sirenen vorhanden, sodaß dort die Alarmierung gewährleistet werden kann.

In Steyr ist die Alarmierung ebenfalls als gewährleistet anzusehen, doch ist hier noch Handauslösung notwendig.

In St.Pölten und Znaim ist die Alarmierung gewährleistet.

In der Waldbrandbekämpfung sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden. Für die Brandplättchengefahr sind die organisatorischen Arbeiten überall durchgeführt.Die Bürger-

./.

A 39015

H3450-0187

3914-PS
185

meister und Landräte wissen Bescheid,die notwendigen Kräfte stehen zur Verfügung.Auch die Wehrmacht wird sich einsetzen müssen.Schwierigkeiten bereitet die Heranziehung des Brennstoffverbrauchs für Kraftfahrzeuge.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß, wenn keine Großangriffe kommen sollten, mit denen kaum zu rechnen ist, die Dinge mit den jetzigen Kräften,trotz Mangel an Material gemeistert werden können.

Reichsbahnrat P f e i f f e r berichtet über die Lage im Straßenverkehr,die in den letzten Wochen durch eine äußerst scharfe Lage gekennzeichnet ist. Eine große Anzahl Gespannführer ist für Luftschutzbauten abgezogen worden,sodaß die fehlenden Gespannführer aus dem Wirtschaftssektor genommen werden mußten.Für die Wehrmacht müssen in kurzer Zeit 3 Wagenkolonnen zu je 60 t bereitgestellt werden.

Ein düsteres Bild ergibt sich bezüglich der Einziehung der Handwerker im Ausbesserungsdienst.Die Jahrgänge 1910 und jünger werden mit Ende dieses Monats zum Dienst eingezogen, die etwa 40 % der Gefolgschaft ausmachen.Wenn man berücksichtigt,daß die Kraftfahrzeugmechaniker meist jüngere Jahrgänge sind und der Rest ältere Männer,deren Arbeitsleistung schwächer wird,ist zu rechnen,daß an Leistung 60 % verloren geht,bei den Ausbesserungswerkstätten der Industrie 30 %. Die Hälfte der Fahrzeuge sind über 20 Jahre alt.Die Ausbesserungsmöglichkeiten dieser Fahrzeuge ist sehr gering.Der Umbau der Generatorfahrzeuge wird forciert werden.

Bezüglich des Berufsverkehrs war die Leistung zufriedenstellend.Alles was möglich war,wurde dem Reichsgau Oberdonau zur Verfügung gestellt.Die neuen Omnibusse wurden ebenfalls an Oberdonau abgegeben.Dem Betriebsverkehr können nicht mehr Omnibusse zugefügt werden,da nicht mehr vorhanden sind.

Der Betriebsverkehr der "Bock" muß eingeschränkt werden.Am ärgsten betroffen würde die Linie nach Linz.

./.

A-3990

H3450-0188

3914-PS
186

Der Verkehr müßte dann auf den Schienenweg übergeleitet werden, wodurch sich längere An-und Abmarschwege ergeben.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Reichsleiter schließt die Sitzung und dankt den Mitgliedern für ihr Erscheinen und ihre Mitarbeit.

In Vertretung:

Dr. Stuckart

Stuckart 21/4

Stuckart 21/4.

A-99617

3914-PS
187

Der Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis XVII

448
Z - RV - K 484/41
10103

Wien, am 27. September 1941

Betr.: Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses

Ich berufe den

Reichsverteidigungsausschuss im Wehrkreis XVII

zu einer Sitzung

auf Dienstag, den 14. Oktober 1941, vormittags 10 Uhr

im Gebäude des Reichsstatthalters in Wien, I., Ballhausplatz 2, I. Stock, Zimmer Nr. VI.

Ich lade Sie zu dieser Sitzung ein und bitte, hieran wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung persönlich teilzunehmen.

Von der Heranziehung von Referenten bitte ich Abstand zu nehmen.

Die Tagesordnung wird vor Beginn der Sitzung bekanntgegeben.

In Vertretung:

Dr. Dellbrügge

(Dr. Dellbrügge)

A099618

H3450-0189

3914-PS
188

Tagesordnung

für die Reichsverteidigungsausschuss-Sitzung am
Dienstag, den 14. Oktober 1941, vormittags 10 Uhr

1.) Eröffnung der Sitzung durch den Reichsverteidigungskommissar, Reichsleiter Baldur von Schirach

2.) Bericht des Landeswirtschaftsamtes

3.) Bericht über die Verkehrslage

4.) Bericht des Landesernährungsamtes

5.) Bericht über die Arbeitseinsatzlage

6.) Verschiedenes

A099619

H3450-0190

3914-PS
189

Ergeht an:

Bürgermeister Jung

1 Stellvertretenden Kommand.Generalu.Befehlshaber im Wehrkreis XVII - General der Infanterie S t r e c c i u s

2 Stellvertr.Kommand.General u.Befehlshaber im Luftgaukommando XVII - General der Flakartillerie HIRSCHAUER

3 Höheren SS-u.Polizeiführer
Generalleutnant SS-Gruppenführer Dr.KALTENBRUNNER

4 Stellvertr. Gaul.Scharizer

Reichsstatthalter Dr.Jury

Reg.Präs.Dr.Gruber

Reichsstatthalter Eigruber

Generalmajor der Schutzpolizei Dr.RETZNAEF

Rüstungsinspekteur des Wehrkreises XVII - Generalleutnant Gautier

Präsident des Landesarbeitsamtes Wien -Niederdonau
Gauleiter PROKSCH

Unterstaatssekretär Dr. REINTHALLER

Gauwirtschaftsberater Dipl.Ing.RAFELSBERGER

Oberlandforstmeister Ing.VASOLD

Baudirektor LENIKUS

Gebietsbeauftragten für Bewaffnung u.Munition Ob.Ing. ANSELM

Gauwirtschaftsberater HINTERLEITNER, Linz

Landesarbeitsamtspräsident BÖHM, Linz

Reichsbahnpräsident Ing.TÖPFER

Ministerialrat Dr. DANNER

Major SCHEIDEMANN

Min.Rat Dr. CAESMANN

Gauamtsleiter MAYERZEDT

Regierungspräsident Dr. PALTEN, Reichsstatth. Linz

Min.Rat Dr. FÖRSTER

Gauwirtschaftsberater Dozent Dr.Robert SCHMIDT

A099020

H3450-0191

H3450-0192

3914-PS
190 47

Niederschrift GEHEIM!

über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 14.10.1941, 11 h, unter Vorsitz des Reichsleiters und Reichsstatthalters Baldur v. Schirach.

Der Reichsleiter eröffnet die Sitzung und dankt den Herren für ihr Erscheinen.

Er beginnt mit einer kurzen Betrachtung über die allgemeine Lage. In diesem Zeitpunkt des Krieges und beim heutigen Stand der Operationen in Rußland kann festgestellt werden,daß der Krieg nicht mehr verloren gehen kann, es sei denn, daß a.o. Törichtkeiten begannen oder a.o.Ereignisse eintreten würden, doch sei dies wohl nicht anzunehmen. Die Entwicklung zeige sich nicht überraschend, es werde sich die klare Frontstellung ergeben, hier europäisches Reich, dort amerikanisches Reich. Wir verfügen in der Zukunft über Getreide, Eisen und viele andere Dinge, die für unsere Kriegführung und die Erhaltung des Volkes notwendig sind, und werden in kurzer Zeit unsere Hand auf das Öl legen. Wir können daher mit äußerster Ruhe der Zukunft entgegensehen.

Der Reichsleiter geht dann näher auf die Stimmung in diesem Gau ein. Er erwähnt 3 markante Beispiele,die Kenntnis von der Störung dieser Stimmung zwischen Altreich und Ostmark geben. Unter anderem wird ein Berliner Universitätsprofessor auf seine Veranlassung vor ein Sondergericht gestellt werden. Sobald ein Ostmärker wegen schlechter Stimmungsmache verurteilt wird, wird mit der Veröffentlichung dieser Bestrafungen begonnen werden. Die Schuld dieser schlechten Stimmung trifft im wesentlichen die unklugen und ungeschickten Menschen aller Berufsstände, jene Schulmeister,die die Gewohnheiten eines Volksstammes ausrotten wollen,die in der Politik schwache Stellen finden, um den Gegensatz zwischen Altreich und Ostmark künstlich zu vertiefen. Auch Bischöfe und Pfarrer betreiben eine solche Hetzpolitik und versuchen auf jede erdenkliche Weise gegen das Altreich Stimmung zu machen. Auch die Bilderstürmerei zählt dazu. Es ist selbstverständlich,daß sich hier in diesem

A399021

3914-PS
191

sem Wehrkreis derartige Exzesse nicht ereignen. Jeder Mensch hat das Recht Achtung für seine persönliche Konfession von seinen Mitmenschen zu fordern und es ist selbstverständliche Pflicht des Staates und der Partei, das zu sichern. Die Haltung der katholischen Kirche in diesem Kriege ist töricht. Wenn sie nicht ganz von Gott verlassen wäre, hätte sie die Gelegenheit benützt, um in diesem Kampfe irgendwie mitzumachen.

Der Reichsleiter kommt auch auf jene Dienstverpflichteten zu sprechen, die durch ihre Arbeit in den Rüstungsbetrieben 100 % und mehr ihres Einkommens verloren haben und dadurch in Elend geraten sind und Schulden machen müssen. Es muß hier ein Ausweg gefunden werden. Der innerbetriebliche Ausgleich ist nicht möglich, da er den Betriebsfrieden stören würde. Der außerbetriebliche Ausgleich besteht darin, daß das Deutsche Reich die Differenz zwischen dem seinerzeitigen Einkommen des Dienstverpflichteten und dem jetzigen zahlt. Doch hängt dies noch von der Zustimmung des Finanzsministers ab. Diese Dienstverpflichteten sind aber ein Faktor der schlechten Stimmungsmache. Es muß daher in ganz kurzer Zeit eine Lösung gefunden werden.

Dann ist noch die italienfeindliche Stimmung, der entgegengetreten werden muß. Wir dürfen nicht vergessen, daß Italien gegenwärtig ungeheure Massen feindlicher Kräfte für uns bindet. Darin liegt ein großer materieller und ideeller Wert. Das Bündnis mit diesem Volk ist für uns ein unentbehrlicher Faktor und eine Erschütterung kann eine große Dummheit darstellen. Die Bilderstürmerei, die Italienfeindlichkeit und das unkluge Verhältnis zwischen Ostmark und Altreich sind Dinge, die auch in der Landesverteidigung berücksichtigt und erkannt werden müssen. Es ist unsre Pflicht, dem jetzt schon entgegenzuarbeiten.

Damit schließt der Reichsleiter seine einleitenden Ausführungen und bittet nunmehr Min.Rat Dr.Förster mit seinem Vortrag zu beginnen.

Min.Rat Dr. F ö r s t e r spricht über die Wirtschaftslage, die sich durch Verknappungserscheinungen kennzeichnet auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes, der Kohle und Treibstoffversorgung. Die Versorgung mit Hausbrandkohle konnte nicht in dem erforderlichen Umfange erreicht werden. Die Ersatzlieferungen

aus

AC99022

H3450-0193

H3450-0194

3914-PS 48
19

aus dem Sudeten-und Ruhrrevier zur Entlastung des oberschlesischen Reviers sind bis zu 48 % durchgeführt worden. Wenn mit geordneten Verkehrsverhältnissen gerechnet werden könnte, wäre die Lage als nicht besorgniserregend zu bezeichnen.

Ungünstig ist die Lage der Industriekohle. Sie hat sich gegenüber den Vormonaten wesentlich verschärft. Die rund 20 % betragende Kürzung innerhalb des zugewiesenen Kontingents des Vorjahres brachte nicht die Einsparung, die der Reichsfeldmarschall angeordnet hat. In diesem Wehrkreis haben wir infolge Verlagerungen einen Verbrauch von rund 120 %. Eine einschneidende Kürzung von 33 % wirkt sich in der Praxis wesentlich ungünstig aus, weil der Bedarf von großen Industriegruppen, zahlreicher Neuanlagen für den Rüstungsausbau, aus der verbleibenden Menge voll gedeckt werden muß. Die Gaswerke können nicht gekürzt werden, auch die Ernährungswirtschaft ist unkürzbar, nur die elektrische Wirtschaft. Eine ganz erhebliche Einschränkung, zum Teil Stillegung der wichtigen übrigen Wehrmachts- und zivilen Fertigung wird unvermeidlich sein. Die Unterbringung der freiwerdenden Arbeitskräfte stellt kein Problem dar, da sie ohneweiters von der vordringlichen Rüstungsfertigung aufgesaugt werden können.

Die Energielage wäre ausgeglichen, wenn nicht der Reichslastverteiler eine neue Auflage erteilt hätte. Die Abgabe von 15.000 Kw für die Ostmark pro Monat hat auf 10.000 Kw. herunter gedrückt werden müssen. Diese Auflage kann derzeit schon nicht zur Gänze erfüllt werden. Es sind Einschränkungen erforderlich, die bis 40 und 50 % variieren. Der Versuch, uns von der Auflage zu befreien, ist nicht gelungen.

Bei der Treibstoffversorgung ist die Lage weiterhin verschlechtert. Das Oktoberkontingent wurde um 10 % gekürzt. Dies wirkt sich für die Landwirtschaft und die Ernährung aus. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft wurde das Ministerium um einen Ausgleich gebeten, doch ist die Reichsstelle nicht in der Lage, hier helfend einzuspringen, nachdem diese Mangelerscheinungen im ganzen Reich fühlbar sind. Der innerstädtische Autobusverkehr wurde eingeschränkt, eine große Anzahl von Kraftwagen stillgelegt.

Die neue Reichskleiderkarte tritt am 15.10. in Kraft. Sie hat 120 Punkte, gilt für 16 Monate und auch im Protektorat.

Die

A 099023

3914-PS
193

H3450-0195

Die Polen haben eine Spinnstoffkarte mit beschränktem Bezugsrecht.Wintermäntel sind auf die 2.Kleiderkarte freigegeben.Eine wesentliche Änderung ist, daß kein Vorgriffsrecht mehr möglich ist.Mit Mitte November tritt eine neue Bewirtschaftung von Fahrrädern und Motorfahrrädern ein.Die Tabakkarte wurde einstimmig von allen in Betracht kommenden Stellen vorläufig abgelehnt.

Reichsbahnpräsident T ö p f e r berichtet über die Verkehrslage.

Er gibt das Lob des Führers über die Reichsbahn bekannt, daß die Anforderungen ganz ungeheure sind und die Leistungen fantastisch. Die Eisenbahn ist technisch vor den schwersten Winter gestellt. Derzeit sind 62.000 Mann in Rußland - die Hälfte, die dort erforderlich ist - das ergibt eine weitere Abgabe an die Ostgebiete. Die Deutsche Reichsbahn hatte 1,580.000 Mann, darunter 70.000 Frauen und 100.000 ausländische Arbeiter. Davon kommen weg die Männer an die Armee und in die besetzten Gebiete. Es fehlen 153.000 Mann. Um diese zu ersparen, sind Erhöhungen der Dienstleistung und Überarbeitung nötig. Bis jetzt sind erst 20 % der Urlaube abgewickelt.Durch die Überleistungen sind bis zu 27 % der Gedinge auszuzahlen, an manchen Betriebsstellen bis zu 50 %. In der Güterabfertigung werden bis zu 11 t pro Mann und Tag geleistet. 80.000 Mann wurden vom Arbeitsamt angefordert. Die Verwendung von russischen Kriegsgefangenen wurde abgelehnt. Sie können höchstens für Erdarbeiten gebraucht werden. Bei den politischen Verhältnissen in den Werkstätten ist es unmöglich, russische Gefangene einzustellen.
Bei den Lokomotiven hat die Reichsbahn einen ziffernmäßigen Verlust von 500. 2.500 Lokomotiven - die besten und schwersten - mußten nach Rußland abgegeben werden. Die 2000 Beutelokomotiven sind alt und reperaturbedürftig. Die Wagenlage ist schlecht,die Wagenbestellung um 8 % zurückgegangen. Die Umlaufzeiten haben sich gegenüber früher wesentlich erhöht. Im Ruhrgebiet liegen 62.000 t Eisen und Stahl, die wegen Wagenmangel nicht befördert werden können. Kartoffeln sind auf weitere Entfernungen zu befördern als im Vorjahr. Derzeit ist eine Riesenwehrmachtbewegung zu bewältigen und die Weihnachtsbewegung wird ungeheuer sein; ca 1,000.000 Soldaten werden auf Urlaub geschickt und auch der ausländische Arbeiter ist zu Weihnachten heimzubefördern.

Eine

A 0990 24

H3450-0196

3914-PS
194 49

Eine radikale Einstellung des Personenverkehrs ist nicht zulässig. Die Wichtigkeit der einzelnen Privatfahrten kann nicht geprüft werden. Der Personenverkehr wird wie bisher aufrechterhalten, d.h. sobald die Züge voll sind, wird der Verkehr gesperrt.

Im Güterverkehr ist die Lage noch verschlechtert. Die Landwirtschaft verbraucht pro Monat 35.000 Waggons. Der Donauumschlag hat von 7 auf 13.000 Waggon zugenommen. Die Kohlenvorräte sind wesentlich gesunken. Die Gruben können nicht fördern,was sie zugesagt haben.Vorläufig geht die Kartoffelbeförderung vor der Rüben- und die Rüben- vor der Kohlenbeförderung. Sehr wichtig ist es, die Waggons so rasch als möglich zu entladen, da jeder Wagen kostbar ist. Die Zahl der unentladenen Wagen beträgt durchschnittlich 650. Im Jahre 1940 bestand die Bedingung, daß die Spediteure nur ebenerdig abführen dürfen und nicht in die Stockwerke und den Keller tragen. Die Autos sollen fahren und nicht stehen bleiben. Heuer wurde diese Bedingung aufgehoben. Das Ergebnis ist, daß die Autos 3mal so lange fahren. Auch der Schulbeginn wird sich der Reichsbahn anpassen müssen.

Unterstaatssekretär Dr.R e i n t h a l l e r spricht über die Lage in der Landwirtschaft und über Ernährungsfragen.

Die Ernteergebnisse haben sich trotz schlechter Witterungsverhältnisse und dem schlechten Frühjahr gehalten und konnten im ganzen gut eingebracht werden. Dies spricht für den Leistungswillen der Landwirtschaft,obwohl im gesamten Reich der Landwirtschaft 650.000 Arbeiter abgehen. Brotgetreide hat ungefähr die gleiche Menge wie im Vorjahr erreicht. Es ist in genügender Menge vorhanden, auch Rumänien zeigt Neigung zu liefern. Dazu kommen aber die großen Ansprüche, die Italien gestellt hat. Für die Einfuhr kommen in Betracht die Ostgebiete, der Warthegau, Danzig, Ostpreußen. Hier ist mit einem Überschuß von ungefähr 750.000 t zu rechnen. Die gemeldeten Kontingente aus dem Ausland wurden stark gedrosselt. Erntelieferungen der Ostgebiete sind zu gewärtigen, Lieferungen aus Frankreich sind für die Wehrmacht und Elsaß-Lothringen. Der Getreidebedarf beträgt ungefähr 16,000.000 t. Es ergibt sich immerhin ein Manko. Rußland erklärt sich in der Lage, einen Teil abdecken zu können.

Futter-

A 099025

3914-PS
195

H3450-0197

Futtergetreide ist etwas abgesunken. Es besteht bereits gegenüber 1939/1940 ein Abgang. In den Futterbeständen brauchte bisher keine Senkung vorgenommen zu werden.

Der Schweinebestand ist auf 22 Millionen (um 7 Millionen weniger als vor 2 Jahren) gesunken. Es wird versucht, Futtermittel aus dem Südosten zu bekommen, weil sonst die Fleisch-und Fettlage nicht günstig sein wird.

Fleisch: Der Fleischanfall im Inland beträgt 200.000 t, eingeführt werden 153.000 t. Diese Einfuhr ist aber noch fraglich, 1.) ob Dänemark ihr Kontingent liefern kann und

2.) ob die Ostgaue soweit vorgeschritten sind, um über dieses Kontingent zu verfügen.

Die Fleischquote für die Wehrmacht ist bedeutend gestiegen. Der Abgang hat bis 440.000 t erreicht. Um diesen Abgang zu decken, sind 2 Möglichkeiten:

1.) Eingriff in die Viehbestände Rußlands oder

2.) Senkung der Quote im Inland.

Mit der Kürzung der Fleischquote ist ungefähr mit Mitte Jänner zu rechnen. Das Manko an Fett muß eventuell durch höhere Erzeugnisse im Inland oder durch eine Wochensenkung ausgeglichen werden. Eine Kürzung wird vielleicht im Frühjahr 1942 vorgesehen. Der Rabs- und Rübsenanbau ist flächenmäßig nicht so groß geworden, wie errechnet wurde.

Was die Kartoffel betrifft, wurde die Rekordernte des Vorjahres nicht erreicht, Die Frühkartoffelernte ist im Durchschnitt gut, die Spätkartoffelernte verspricht gut zu werden. Der Verbrauch an Speisekartoffeln ist im vergangenen Jahr von 19 auf 21 Millionen gestiegen. Die Ursache für den Mehrverbrauch sind mehr Konsumenten, Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter. Der Antrag an das Reichswirtschaftsministerium, den Kartoffelverbrauch für Brennstoffe abzusenken, wurde als untragbar abgelehnt, weil diese Brennkartoffeln für Wehrmachtszwecke dringend benötigt werden. Die Ansprüche des Generalgouvernements und Frankreichs auf Saatkartoffel müssen abgelehnt werden. Ernteergebnisse aus der Ukraine sind erst 1943 zu erwarten, sodaß wir bis dahin auf eigene Erzeugnisse angewiesen sind.

Sehr notwendig für die Landwirtschaft ist Kunstdünger, um den Boden richtig auszunutzen. Die Stickstoffversorgung steht tief unter dem, was man als normal bezeichnen muß. Phosphor ist nur zu 50 % erhältlich.

A 099026

Die

3914-PS
196

Die Beistellung von Treibstoff ist für die Landwirtschaft sehr wichtig. Für September bis Dezember sind im gesamten Reichsgebiet 125.000 t Dieselöl in Aussicht genommen. Das ist aber zu wenig. Für Oktober, November wurden zusätzlich 6.000 t Dieselöl gefordert, um die Herbstbestellung decken zu können. Vergasertreibstoff ist ebenfalls unzureichend. Die Benzinkürzung beträgt 30 % gegenüber dem Vormonat. Viehtransporte mußten eingestellt und der Anbau des Wintergetreides zurückgelegt werden. Die Landwirtschaft hat keine Reserven, weil immer nur in ungenügender Menge gegeben wurde. Sofort benötigt werden 400.000 l Benzin und 100.000 Dieselöl für die Landwirtschaft.

Die Arbeitseinsatzlage in der Landwirtschaft. Dank der Wehrmacht und der Ernteurlauber wurden der Landwirtschaft 12.200 Mann zur Verfügung gestellt. Französische und serbische Gefangene waren in der Landwirtschaft eingesetzt, doch werden Russen abgelehnt, da sie nur in größeren Betrieben verwendet werden können und unter strengster Bewachung stehen müssen. Bitter bemerkbar macht sich die Einziehung zur Wehrmacht und die Aufkündigung der Uk-Stellungen. Für die Winterarbeiten fehlen 10.000 Mann. Die Leistung der Arbeiter ist im allgemeinen um 30 % zurückgegangen. Im Osteinsatz stehen 347 Bauern. Es herrscht Mangel an Arbeitern und Betriebsführern. Dieser Mangel wirkt sich auch in den Ernährungsbetrieben und in der Kartoffeleinlagerung aus.

Während die auf Karten zu bekommenden Produkte geringer werden, blüht der Schleichhandel mit diesen Produkten. Durch die Schwarzschlachtung in bäuerlichen und Metzgerkreisen und in gewissen Berufen hat sich ein verbrecherischer Schleichhandel herausgebildet. Die Marktordnung soll dem entgegenwirken. Um den Schleichhandel abzubauen, ist eine strenge Überwachung der Landbahnhöfe vorgesehen.

Hier erwähnte der Reichsleiter, er sei der Ansicht, daß mit brutalen Mitteln vorgegangen werden müsse und daß die erzieherische Tätigkeit nichts nützt. Es hilft nur, daß in ein paar Fällen die Todesstrafe ausgesprochen wird. Wenn zur Absenkung der Fleisch-und Fettquote geschritten werden muß, dann wird es schwierig sein, die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen aufzubringen, die heute noch aufgebracht wird. Es muß auch möglich sein, aus der Ukraine schon im nächsten Jahr die große Ernte

A 099627

H3450-0198

3914-PS
197

H3450-0199

Ernte herauszubringen, die erst im Jahre 1943 erwartet wird.

General S t r e c c i u s spricht über den Einsatz der Kriegsgefangenen und gibt ihre Zahl mit 1o1.000 an. Davon entfallen auf Belgier 5.200, Franzosen 63.000, Jugoslawen 23.000, Polen 3.000 und Russen 7.000. Eingesetzt sind im Gewerbe, 28.700, in der Landwirtschaft 41.400, bei Luftwaffe und Marine 11.400. Dazu kommt das Flugzeugmotorenwerk Ostmark mit 3.200, das noch 2.000 zugewiesen bekommt.

5000 russische Kriegsgefangene sind im Anrollen, 2000 sind bereits eingetroffen. 20.000 Kriegsgefangene sollen noch ankommen, die auch unsere Verpflegung belasten werden.Damit sind 30.000 Russen im Wehrkreis XVII eingelangt. 2000 Russen sind bei Fliegerhorsten eingesetzt,ein weiterer Einsatz von 5000 Russen ist zur Ablösung der französischen Kriegsgefangenen vorgesehen.Alle bisher vorliegenden Meldungen besagen, daß die russischen Gefangenen äußerst arbeitswillig sind,jedoch nicht arbeitsfähig, infolge Unterernährung. Um die Arbeitsfähigkeit zu erhöhen,erhalten sie pro Woche: 2 ½ kg Brot, 300 g Fleisch, 130 g Fett, 8 ½ kg Kartoffel, die Hälfte durch Rüben ersetzt.

Gauamtsleiter M a y e r z e d t spricht über die Versorgungslage und über die Fragen des Schleichhandels.

Die derzeitige Lage der Vorratswirtschaft mit Brotgetreide ist als ungünstig zu bezeichnen. Zu Kriegsanfang betrug der Vorrat an Brotgetreide 6'3 Millionen t. Er wurde sehr stark vermindert durch die vorjährige Ernte, durch Zuschüsse von 1 Million t in die besetzten Gebiete Frankreichs, nach Holland 100.000 t,in die übrigen Gebiete 400.000 t ; durch eine Verminderung der Importe aus dem Südosten konnten kaum 1,2 Millionen hereingebracht werden und durch den Verbrauch seitens der Wehrmacht, der um etwa 400.000 t überschritten wurde.

Der Stand an Brotgetreidereserve ist auf 620.000 t zusammengeschmolzen und dies entspricht einem Monatsbedarf. Der Gesamtbedarf in der Ostmark ist für 1941/1942 mit der Eingliederung der Südostgebiete auf 825.000 t gestiegen, das sind 20 % mehr als der Durchschnitt im Frieden. Davon werden 500.000 t aus den Beständen des Reiches zugeschossen. Der Rest muß unter allen Umständen von hier aufgebracht werden. Bisher konnten 80.000 t aus eigener Ernte hereingebracht werden. Die Sicherung des Brotgetreides

A 099 28

3914-PS
198

getreides hängt in erster Linie von der einwandfreien Lösung der Treibstoffrage ab. Eine möglichst sofortige Revidierung der Treibstoffzuteilung ist erforderlich. Vorgeschlagen wird eine Verteilung des Treibstoffes durch einen Überwachungsausschuß beim Reichsstatthalter, der nur nach dem Grad der Dringlichkeit zuteilt.

Wenn auch die Lage angespannt ist, und den besetzten Gebieten noch stark Zuschüsse gegeben werden müssen, ist an eine Veränderung der Brotration nicht gedacht. Auch eine Qualitätsänderung ist nicht notwendig.

Die Milchwirtschaft zeigt ein günstiges Bild. Der Milchverbrauch ist um 5 % gestiegen. Die Magermilchquote konnte durchgehalten werden.

Die Buttererzeugung konnte um 4 % gebessert werden.

Die Käseversorgung ist einwandfrei

Vorräte an Margarine und Öl sind beträchtlich. Es ist zu hoffen, daß die Rationssätze an Fett im nächsten Wirtschaftsjahr aufrechterhalten werden können.

Der gesteigerte Bedarf an Kartoffeln konnte gedeckt werden. Für die Versorgung der Ostmark mit Speisekartoffeln sind 271.000 t aus dem Altreich hereinzubringen; dies stellt an den Transportapparat große Ansprüche. Aus dem Warthegau und Schlesien konnten erst 4 % geliefert werden, während im Vorjahre schon 40 % angeliefert wurden. Der Bedarf der Haushalte konnte durch die Einlagerungsscheine einer Kontrolle unterworfen werden. In Wien allein sind 800.000 Verbraucher mit der Kartoffeleinlagerung beschäftigt. Außerhalb Wiens ist eine Einlagerung von 5.000 Waggon vorgesehen. Ein Großteil der Brennereien wurde bereits stillgelegt, wodurch 3.000 t Kartoffel für den Haushalt frei werden. Für den Transport von Kartoffeln wurden 26.000 Waggon angefordert, Schätzungsweise wurden für die Landwirtschaft allein bis Ende dieses Jahres 120.000 Waggon angefordert.

Die Fleischquote konnte im 2.Kriegsjahr nur unter allergrößten Anstrengungen gedeckt werden. Die Versorgung konnte nur durch Zuschüsse der Reichsstelle aufrechterhalten werden. Für die Wiener Versorgung müssen 3.000 Rinder aufgebracht werden. Eine freiwillige Aufbringung hat nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Es mußte in einzelnen Gebieten zur Zwangsaufbringung geschritten werden. Durch die überaus günstige Getreidewirtschaft und gute Futtermittellage besteht beim Bauern keine Ver-

A 09902

H3450-0200

3914-PS
199

Verkaufsbereitschaft. Auch fehlt einiges Verständnis für die derzeitige Lage. Der hauptsächlichste Grund für den Bauern ist die beträchtliche Preisdifferenz zwischen Nutz-und Schlachtvieh (1.40 für Schlachtvieh,60 pf für Nutzvieh).Ganz wesentlich wird die Aufbringung dadurch erschwert, daß der Bauer bei der Lieferung nach Wien einen geringeren Preis erhält,als beim Verkauf auf dem Lande. Es ist notwendig, die Preise anzugleichen und Vergünstigung für Gewichtsverlust in Erwägung zu ziehen. In den letzten Wochen mußten bedeutende Zuschüsse bzw. Vorschüsse angefordert werden. Anderseits mußten die Kreisbauernführer mit der Beschlagnahme beginnen. Der Rinderbestand des Reiches ist hoch, doch ist beim Schweinebestand ein Rückgang festgestellt worden. Leider werden immer noch große Mengen von Fleisch im Schleichhandel zum Verkauf gebracht.

Die Senkung der Fleischquote um 100 g hat einen Gemüsemehrverbrauch verursacht. Für die Winterversorgung ist Wurzelgemüse eingelagert. 1700 Wagen Sauerkraut sind vorhanden, Zwiebel ist restlos gesichert.

Die Apfelernte ist als schlecht zu bezeichnen. Aus Frankreich ist wenig Obst zu erwarten, Rumänien hat hohe Preise verlangt, nur aus Bulgarien sind Trauben eingelangt. Für die Winterversorgung sind 1000 Waggon Äpfel aus der Steiermark in Aussicht genommen.

Die Weinernte ist durch das Herbstwetter günstig geworden, es ist mit 800.000 hl Wein zu rechnen. Der Import aus Italien ist abgebrochen durch die hohen Preisforderungen,auch aus dem Balkan und aus Frankreich ist nichts zu erwarten. Von der Inlandsernte sind 70 % an die Wehrmacht gebunden.

Die Zuckerrübenernte ist zufriedenstellend. Der Zuckergehalt ist bedeutend erhöht.

Die Zuckerversorgung ist gesichert. Erwähnenswert ist,daß die Umtauschaktion von Brot auf Zucker nur zu 7 % ausgenützt wurde.

Die Erfassung der Eier ist um 50 % zurückgeblieben, vor allem durch Verminderung des Geflügelbestandes und auch durch den Schleichhandel .

Die Menge und der Preis der im Schleichhandel erhältlichen Waren ist stark angestiegen, die Bekämpfung von kriegsentscheidender Bedeutung. Mittel und Wege zur Bekämpfung wären folgende:

1.)

A 099030

H3450-0201

H3450-0202

3914-PS
200

1.) Einsatz der Partei,
2.) Revision der Wirtschaftsmethoden,
3.) Einsatz der Polizei und des Strafapparates.

1.) Erziehung und durchgreifende Propaganda durch die Partei. Der Schleichhändler muß als Verbrecher, jede mittel-oder unmittelbare Unterstützung des Schleichhandels als Verbrechen hingestellt werden. Wer den Schleichhandel duldet oder fördert, untergräbt Disziplin und Moral. Es geht nicht an, daß, wenn ein solcher Verbrecher gefasst wird, für ihn mittel, oder unmittelbar interveniert wird.

2.) Die Verbrauchsregelungsbestimmungen müssen anzeigen, daß jeder Bezug von bewirtschafteten Lebensmitteln ohne Lebensmittelkarte strafbar ist. Jede Abgabe von bewirtschafteten Lebensmitteln außerhalb der Erfassung muß eindeutig verboten werden. Die Bewilligung, sogenannte Ersparnisse der Hausschlachtung frei abzugeben, öffnet dem Schleichhandel Tür und Tor.Eine nach einer Schweinezählung durchgeführte Kontrolle hat ergeben, daß bei den geprüften Fällen 2 - 7 Schweine weniger angegeben wurden. Die Ergänzung der Verbrauchsregelungsbestimmungen ist im Gange.

3.) Die Abstellung des Schleichhandels durch die Polizei, durch verstärkte Kontrolle der Zufahrtsstrassen und Überwachung der Einsteigbahnhöfe. Eine Kontrolle der Polizei in den Kopfbahnhöfen wurde abgestellt. Für die Aufgabe von Paketen wurde die Deklarationspflicht eingeführt. Mit der Strafverfolgung sollte gleichzeitig der Gewerbeschein entzogen werden. Jeder Gewerbetreibende, der sich des Schleichhandels schuldig macht, muß aus der Ernährungswirtschaft verschwinden. Auch der landwirtschaftliche Erzeuger müßte entsprechend bestraft werden. Es müßte ihm die Wirtschaftsfähigkeit abgesprochen und ein Treuhänder eingesetzt werden.

Der Reichsleiter bemerkt hiezu, daß die Kontrolle auf den Bahnhöfen und Strassen in Wien keinen Zweck hat, sondern die Kontrolle bei den Erzeugern beginnen müsse.

<u>Landesarbeitsamtspräsident P r o k s c h berichtet über die Arbeitseinsatzlage.</u>

Die Arbeitseinsatzlage ist sehr angespannt. Es besteht großer Mangel an Facharbeitern und an ständigen Kräften in der Land-

<u>wirt-</u>

A-99-31

H3450-0203

3914-PS
201

wirtschaft. Es herrscht ein ungedeckter Bedarf von rund 80.000 Arbeitskräften, u.zw.:

1.) durch eine bedeutende Ausbreitung einzelner Betriebe,
2.) durch Neuaufrichtung, die die Verlegungen in Wien und Niederdonau gefunden haben,
3.) durch Aufhebung von Uk-Stellungen und durch Einziehung zur Wehrmacht der Jahrgänge 1922 und 1923,
4.) durch zunehmende Vertragsbrüche, erhöhten Krankenstand und
5.) durch den Abgang von Juden, die neuerdings nach Polen verschickt werden (ca 5000 Arbeitskräfte).

Die Verschärfung der Lage hat naturgemäß alle Kräfte wachgerüttelt und das Hereinnehmen ausländischer Arbeitskräfte forciert. Die Zuweisung von Kriegsgefangenen sollte auch der Verschärfung der Lage entgegenwirken. Der Einsatz von russischen Gefangenen ist nicht sehr einfach, da er einen 2-3fachen Umsatz an Kräften erfordert, als die übrigen Gefangenen. Nicht alle Stellen sind in der Lage, die außerordentlich scharfen Bestimmungen für die russischen Kriegsgefangenen auch einzuhalten.

Durch Heranziehung der Frauen wurde versucht, die Lage zu bessern, doch ist der Erfolg unzureichend. Erstens melden sich die Frauen deshalb nicht gern, weil sie nach kurzer Zeit dienstverpflichtet werden. Es wird daher den freiwillig sich meldenden Frauen keine Dienstverpflichtung auferlegt.

Zweitens befürchten jene Frauen,die vor allem Kinder haben, auch nach dem Krieg noch arbeiten zu müssen. Diese Frauen erhalten vom Arbeitsamt nur Arbeitskarten ausgestellt und werden wieder freigestellt, sobald man ihre Kräfte entbehren kann.

Durch Leistungssteigerung wird versucht, dem Arbeitsmangel abzuhelfen. Es wurde auch versucht, die Ostmärker aus dem Altreich wieder zurückzubekommen. Diese Aktion hat noch keinen Erfolg zu verzeichnen, weil eine Reihe von Ostmärkern nicht mehr zurückkehren will, andere in kriegswichtigen Betrieben stehen und dort nicht freigemacht werden können.

Präsident Proksch kommt auf jene Dienstverpflichteten zu sprechen, die weniger Gehalt bekommen als früher. Im allgemeinen ist das Arbeitsamt bemüht, für jeden Dienstverpflichteten eine Stelle mit gleichem, wenn nicht sogar höherem Einkommen zu finden. Für nicht im eigenen Wohnort Dienstverpflichtete ist eine Trennungsentschädigung vorgesehen. Ein Ausgleich des Minderverdienstes ist möglich.

Über

A-399032

H3450-0204

3914-PS
202

Über die italienfeindliche Stimmung bemerkt Präsident Proksch von Seiten des Arbeitseinsatzes, daß auch bei den ausländischen Arbeitskräften eine vielfach italienfeindliche Stimmung herrscht. Die Italiener sind bei den Kroaten und auch bei den Bulgaren nicht sehr beliebt.

1.) Stellt der italienische Arbeiter hohe Anforderungen, die selbst von den deutschen Arbeitern nicht gestellt werden,
2.) sind bei den Italienern allgemein geringere Leistungen zu verzeichnen,
3.) ist die auch nicht von uns verschuldete Einstellung zu anderen Nationen und
4.) sind die Ansprüche in der Versorgung

vielfach Ursache der schlechten Stimmung gegen die italienischen Arbeiter.

Besonders erwähnenswert ist die Angelegenheit bezüglich der Verlagerung der Produktionsstätten aus dem Altreich nach Niederdonau, zudem ein Erfordernis an Arbeitskräften bis zu 52.000 erforderlich war. Bisher wurden keinerlei Schwierigkeiten bereitet, wenn solche Verlagerungen vorgenommen wurden, in Zukunft muß aber bei allen Absichten von Verlagerungen von Produktionen auch von hier aus mitgeredet werden, wenn auf die Dauer keine untragbare Situation entstehen soll.

Zum Schluß meldet noch General G a ut i e r, daß am 24.Oktober das Richtfest der Flugmotorenwerke stattfindet, zu dem Generaloberst Milch und andere Persönlichkeiten ihr Erscheinen bekanntgegeben haben.

Der Reichsleiter schließt die Sitzung.

h

A 99034

Hl.

H3450-0205

3914-PS
203

Wien, am 14. Oktober 1941.

GEHEIM!

Anschließend an die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses fand eine Besprechung statt, an der unter Vorsitz des Reichsleiters teilnahmen:

A 099033

H3450-0206

3914-PS
204

General S t r e c c i u s erklärt: "Als die Ereignisse sich zuspitzten und erkennen ließen, daß der Krieg im Osten ausbricht und bis zum siegreichen Ende durchgefochten werden muß, ist in der Allgemeinheit erkannt worden, daß wir alles hergeben müssen, um diesen Kampf siegreich durchzuführen. Wir dürfen aber nicht glauben, daß wir mit diesem Feldzug in Rußland den Krieg gewonnen haben. Wir stehen noch vor sehr schweren Aufgaben. Dieser Winter wird noch verschiedene Belastungen bringen."

Darauf spricht Generalmajor Z e l l n e r über die Ersatzlage.

Die Ersatzlage ist recht gespannt und eine Auffüllung dringend nötig. Ein Zuwachs für den Abgang von Kv-Leuten tritt durch Einbeziehung des Jahrganges 22 ein, der mit 11.000 Mann anfang dieses Monats und mit 3.000 Leuten anfang Dezember zum Einsatz kommen wird. Hiebei darf nicht vergessen werden, daß diese jungen Männer erst nach 3 monatlicher Ausbildung verwendungsfähig sind. Weiters wurden noch ältere und GVH-Leute, insgesamt 5.000, einberufen.

Im Wehrkreis XVII stehen

unter den Waffen		475.100 Mann
davon Heer	382.000	
Luftwaffe	79.700	
Marine	13.400	
Uk-gestellt sind		280.300 Mann.

(Höchststand, der im Sinken begriffen ist).

Stärke des Ersatzheeres ohne Landesschützen: 52.400.

Von diesen eigentlichen Ersatz- ohne Stammleuten und ohne Kommandobehörden (27.000) sind 18.000 nicht ausgebildet. Das sind der Jahrgang 1922 und die noch dazu einberufenen älteren Jahrgänge, die ab Jänner zur Verfügung stehen. Die Genesenden zählen 10.000 Mann, davon stehen nach 2 Monaten 50 % als KV. zur Verfügung.

Die nicht ganz 10.000 zählenden kv-fähigen Leute sind bis 1. Jänner verwendungsfähig.

Bei den Landesschützen stehen . . . . . 40.000 Mann, davon sind 25.000 zur Bewachung der Kriegsgefangenen eingesetzt. Auch hier wird gewissenhaft geprüft, ob sich die Zahl nicht restringieren läßt.

A 099 Der 35

3914-PS
205

H3450-0207

Der Vorrat an Gedienten beträgt 136 Mann. Dazu kommt das Ergebnis der Überprüfungen.

Ersatzreserve I zählt an Nichtausgebildeten 27.600,mit den Geburtsjahrgängen 23, die erst im Frühjahr zu den Waffen sollen. Es ist der Befehl des Führers, daß diese möglichst spät, dann aber nach gründlicher Ausbildung,eingesetzt werden sollen.

Ersatzreserve II für Landesschützen ist mit 5.800 festgesetzt.

Uk-Stellungen: 280.255.

Rüstungsbetriebe stehen mit 20 % = 56.000, an erster Stelle.

In dieser Zahl sind die Jahrgänge 14 und jünger enthalten, die 50 % der Uk-gestellten aller Jahrgänge darstellen.

Landwirtschaft ist durchaus nicht mit Uk-Anträgen liberal bedacht worden. Sie hat im Wehrkreis 24 % der Bevölkerung.

Reichsbahn: Hier ist nichts zu erwarten, auch durch Einbeziehung sonstiger Kriegswirtschafts-, = Halbfabrikatsbetriebe und andere Zubringerbetriebe ist wenig zu erwarten.

Reichs-und Verwaltungsbehörden: Hier sind fast 20.000 Uk-Gestellte. Es ist zu erwarten, daß die im Gange befindliche Überprüfung etwas einbringt.

Ernährungswirtschaft: aus den großen Betrieben ist wenig zu erwarten.

Polizei: hier dürfte wenig zu erwarten sein,dürfte aber durch eine Umgliederung, die zwischen Generalleutnant Schwarzenecker und General Retzlaff besprochen wurde, etwas bringen.Viel ist nicht zu erwarten.

Sonstige Berufsgruppen haben nichts zu sagen.

Beim Baugewerbe wird überprüft, ob es sich tatsächlich um kriegswichtige Bauten handelt.

Reichspost: von hier ist nichts zu erwarten, ihre Aufgaben werden immer größer.

Forst-und Holzwirtschaft: ist gering bedacht.

Zu den Kommissionen,die im Gange sind,ist zu bemerken,daß durch Besprechungen am runden Tisch die beiden Ersatzinspektionen es Dank des Entgegenkommens aller Bedarfsträger zustandegebracht haben,

A 69036

H3450-0208

3914-PS
206

haben, ungefähr 15.000 Leute, die bisher uk-gestellt wurden, zu erfassen. Das sind 6 % aller Uk-gestellten. Damit ist die Grenze dessen, was für die Wirtschaft tragbar ist, erreicht.

General Streccius spricht hier den Dank aus für das Entgegenkommen, das die Prüfungskommissionen gefunden haben.

Unterkunftsfragen: Die Unterkunftsverhältnisse sind als ungünstig zu bezeichnen, da diesem Wehrkreis nicht die Zeit zur Verfügung stand, wie den Wehrkreisen des Altreiches für den Ausbau des Heeres. Hier konnte in der kurzen Zeit (1 Jahr)nicht eine einzige Heereskaserne fertig gebaut werden, dazu kommt, daß im Jahre 1918 dem Militär gute Kasernen und Unterkünfte entzogen und bis heute nicht zurückgegeben wurden. So z.B. die technische Militärakademie in Mödling, die Artillerie-Kaserne in Traiskirchen, die Baumgartner Kaserne usw. Die Folge ist die erhöhte Inanspruchnahme von zivilen Unterkunftsräumen, darunter vielen Schulen (von 780 Schulen wurden 100 beschlagnahmt). Der starke Zuwachs an Verwundeten (800-1000 Mann pro Tag in Wien und Umgebung) und die Not an Ärzten führt dazu, daß kleine Objekte nicht für die Aufnahme von Verwundeten genommen werden können, da sie nicht geräumig genug sind. Es muß auf große Objekte gedrungen werden. 2 Kirchen, die für Verwundete angeboten wurden, mußten als für militärische Belange ungeeignet abgelehnt werden. Gute neue Klostergebäude sind längst vergeben, die alten kleinen Klöster entsprechen aber nicht den hygienischen Anforderungen.

Bei dieser Gelegenheit ist die Frage anzuschneiden,ob es nicht zweckmäßig wäre, einen Verbindungsoffizier zu entsenden, der die Belange der Wehrmacht wahren könnte und in der Lage wäre, zu sagen, was gegeben werden könnte. Aus dieser Not hat sich das Wehrkreiskommando entschlossen, die bestehenden Krankenreviere zu erweitern, um dadurch Ärzte einzusparen.

Derzeit fehlen Reservelazarette für 5.000 Verwundete und Erholungsheime für Soldaten in Höhe von 200 Mann. Zu den 18.000 Verwundeten, die am 8.Oktober gezählt wurden, kommen täglich 800-1000 Mann.

Der Einsatz des Heeres zu Gunsten der Landwirtschaft betrug nahezu 1 Million unentgeltliche Arbeitstage.

Die

3414-PS
207

H3450-0209

Die Stimmung der Bevölkerung war bei Beginn des Krieges mit Rußland sehr niedergedrückt. Es herrschte allgemein Angst vor dem unbekannten großen Gegner und Sorge vor Luftangriffen. Nach den Siegen von Kiew und denen der letzten Tage trat ein großer Stimmungsumschwung ein. Heute darf die Stimmung als gut bezeichnet werden.

Anonyme Schreiben mit Vorwürfen und Beschuldigungen werden der Geheimen Staatspolizei übergeben. Das Wehrkreiskommando bittet, anonyme Schreiber in allen öffentlichen Parteiversammlungen verächtlich zu machen.

Das Stimmungsbarometer zeigt sich in den Sabotage-Fällen. Es wurden heuer 12 Sabotage-Fälle gezählt und 53 sabotageverdächtige Fälle. Das ist nicht mehr als im Vorjahre. Die Untersuchungen über den Brand in Floridsdorf sind noch nicht abgeschlossen. Die Geh.Staatspolizei neigt zu der Ansicht, daß es sich nicht um Sabotage, sondern eher um Fahrlässigkeit handelt, die durch Handwerker, beschäftigt mit dem Decken des Daches, hervorgerufen worden sein könnte.

Infolge der starken Lederknappheit hat der Kommandierende General für seinen Bereich befohlen, das Tragen der hohen Stiefel einzuschränken. Es wäre zu erwägen, ob eine ähnliche Maßnahme nicht auch bei der Partei und ihren Formationen eingeführt werden könnte.

Da alle Behörden derzeit sehr stark in Anspruch genommen sind und die Urlaube nicht annähernd ausreichend gegeben werden konnten, zeigt sich eine gewisse nervöse Gereiztheit und auch Überempfindlichkeit bei verschiedenen Dienststellen. Der Kommandierende General hat für seinen Bereich allen Offizieren und Beamten im Verkehr mit Partei und Behörden große Höflichkeit empfohlen.

Das Verhalten deutscher Volksangehöriger gegenüber Kriegsgefangenen, besonders Franzosen, hat in letzter Zeit die Grenze des Erlaubten überschritten. Die Gefangenen erhielten Geld und Kleider, was die geringe Fluchtmöglichkeit erleichtert. "Feind bleibt Feind" muß auch bei den französischen Gefangenen in Geltung bleiben.

In den letzten Tagen sind mehr russische Kriegsgefangene angekommen. Hier zeigt die Erfahrung, daß eine große Menge dieser Leute zu uns vollkommen wesensfremden Menschen durch die Gepflogenheiten des Kommunismus geworden sind. Diese Kriegsgefangenen schätzen weder ihr eigenes Leben noch das des nächsten hoch ein.

Im

A 00903

H3450-0210

3914-PS
208

Im Verkehr mit diesen Gefangenen ist daher besondere Vorsicht am Platze. Immerhin darf aber auch bei dieser Stelle Panikgerüchten entgegengetreten werden. Die Stimmung der Gefangenen ist wesentlich beeinflußt durch die Zuteilung an Lebensmitteln. Es ist anzunehmen, daß die Arbeitswilligkeit dadurch gehoben wird. Alle mit russischen Gefangenen beteiligten Stellen erklären jedoch, daß sie alle arbeitswillig sind, wenn auch nicht arbeitsfähig durch Unterernährung.

Die Stimmung im Heer ist sehr positiv, das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft vorbildlich. Die Neigung der Jugend im Heer gehört der Panzertruppe und auch wieder der Infanterie. Sowohl im Ersatzheer, wie im Feldheer ist religiöses Bedürfnis lebhaft und Seelsorger erwünscht. Der energische Widerstand Rußlands hat stark enttäuscht, weil vorher die Propaganda fehl geleitet war. Das Interesse an der Propaganda ist gesunken. Kriminalität und Selbstmorde im Heer und Ersatzheer sind gesunken.

Der Reichsleiter bemerkt zu den anonymen Schreiben, er halte es für zweckmäßiger, die Schreiben sofort der Gestapo zu übergeben und gar nicht darüber zu sprechen. Denn sobald ein solcher Briefschreiber das Gefühl hat, daß er zur Kenntnis genommen wird, schreibt er mehr.

Zum Punkt Propaganda erwähnt der Reichsleiter, daß er auch der Überzeugung ist, daß die Propaganda in der ersten Zeit des Feldzuges falsch geleitet war und manche Schwierigkeit erspart worden wäre, wenn man von vornherein die Schwere dieses Kampfes erkannt hätte.

A 099 39

Hl.

H3450-0211

3914-PS
209 58

Z - RV - K 1010/630/41 gRs. 19. Dezember 1941.

Geheime Reichssache Geheim.

An den

Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung
zu Händen von Herrn Ministerialrat J a c o b i
B e r l i n NW 7, Unter den Linden 72.

Betrifft : Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 14. X. 1941. Niederschriften.

Bezug : ohne

Anlagen : 2

Ich nehme Bezug auf die mündliche ~~Einmahnung~~ Zeichnung und überreiche in der Anlage Abschrift des Protokolles über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 14. Oktober 1941 und Abschrift eines Protokolles einer Besprechung im kleinen Kreise unter Vorsitz des Reichsleiters Baldur v.Schirach.

In Vertretung:

z.d.A.

A099040

Reing. St.
Vergl.
Begl. e.h.
Abgef. Schu
23. Dez. 1941

H3450-0212

3914-PS

21 Z-RV - K 1010/630/41 Rs.

Empfangsbescheinigung Nr.

Ich bestätige den Empfang des Schreibens des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis XVII
~~Statthalters in Wien~~ vom 20. XII. 1941

mit 2 Anlage, gerichtet an den Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung zu Händen von Herrn Ministerialrat Jacobi Berlin NW 7, Unter den Linden 72

durch meine Unterschrift.

Berlin, am 27. 12. 1941

Offen zurück an:

Reichsstatthalter in Wien
Referat Z - RV
Wien I., Ballhausplatz 2

Reichsministerium des Innern Kanzlei

Dienststempel

(Unterschrift)

A 99641

H3450-0212A

3914- PS

H3450-0213

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 23 July 1948

I certify that Document Number 3914-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-863 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3450-0214

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3914-PS No. USA - 863 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 4 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H-3450

EXHIBIT U.S.A. 863 (3914-PS)

Filed 27 May 1946
William G. Seitzer
1st Lt. FA

INTERNATIONAL MILITARY TRIALS · NÜRNBERG ·

EXHIBIT U.S.A.

863

(3914-PS)

A098834

210

H3450-0215

H3450-0216

1 Book 210 pages

613

H3450-0217

EXHIBIT U.S.A. 863 (_____)

H3450-0218

FRITZSCHE

No 23

H3450-0219

FRITZSCHE